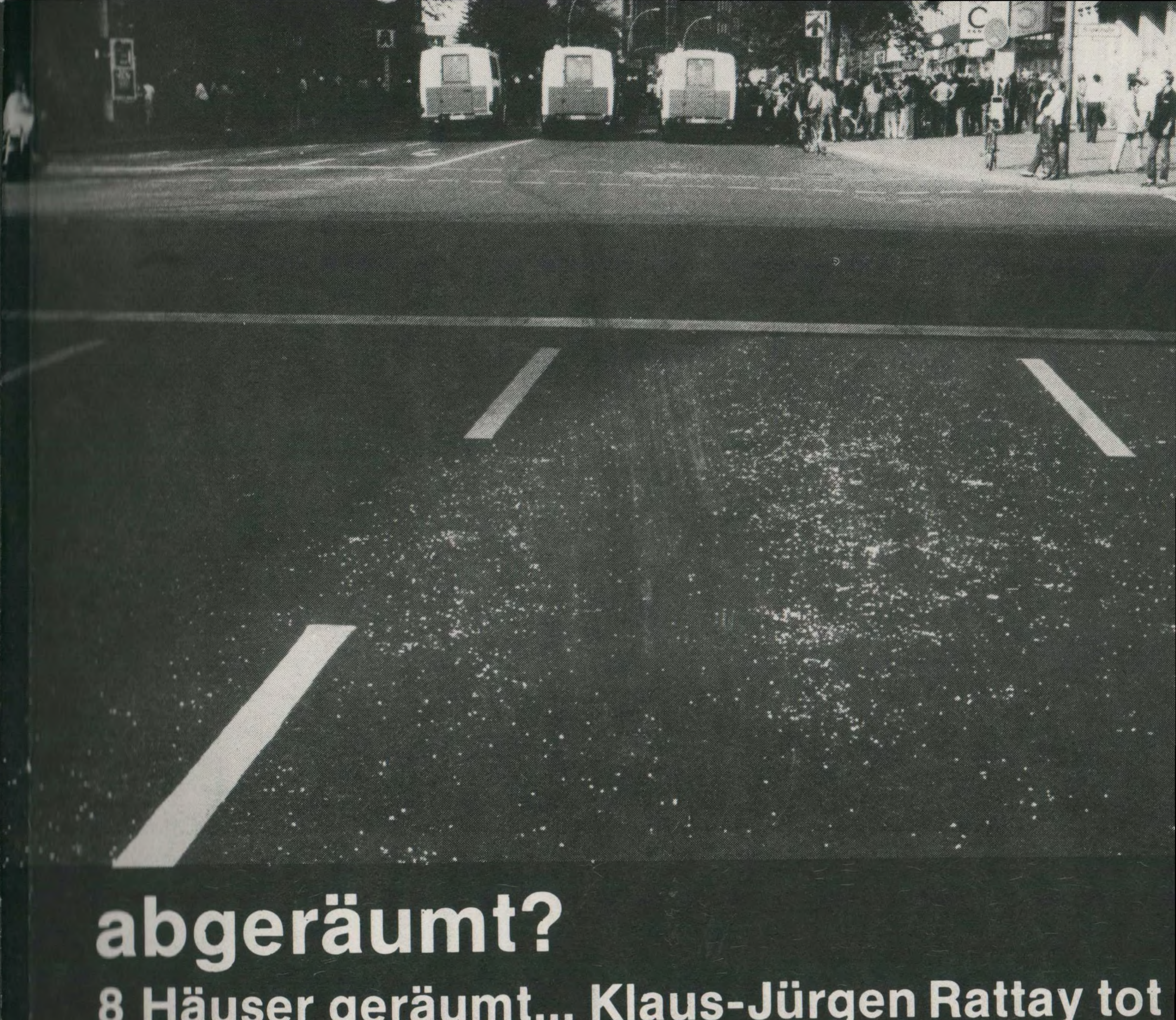


abgeräumt?

8 Häuser geräumt... Klaus-Jürgen Rattay tot

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS

Eine Dokumentation

IMPRESSUM

Herausgeber:
ERMITTLUNGSAUSSCHUSS im Mehring-hof
Gneisenaustr.2, 1 Berlin 61
Tel. (030) 65 24 00
Satz: Eigensatz.
Druck: Eigendruck
Vertrieb: Regenbogen

Anfang November 1981
Auflage: 8000
Preis: 5.-DM

Nachdruck unbedingt erwünscht.

BERLIN - 22.9.81

Inhaltsverzeichnis:

Warum wir diese Dokumentation gemacht haben

Daß wir zur Erarbeitung einer Dokumentation der Vorfälle rund um 22. September 1981 länger als einen Monat gebraucht haben, hat seinen Grund vor allem darin, daß wir nach der Räumungsaktion wichtigeres zu erledigen hatten. Unsere erste Sorge galt den Gefangenen in den Berliner Knästen, für die wir Zeugen suchen mußten. um ihnen ihren schweren Stand vor den Haftrichtern wenigstens etws zu erleichtern.
Da der Berliner Staatsanwaltschaft das starke öffentliche Interesse an einer umfassenden Aufklärung der Ereignisse bekannt ist und da sie unsere Arbeit zur Unterstützung der Angeklagten sehr wohl zu würdigen weiß, war sie der Ansicht, daß uns bei der Information der Öffentlichkeit helfend unter die Arme gegriffen werden muß. So engagierte sie auf Kosten des Steuerzahlers acht Staatsschutzbeamte mit dem Auftrag, unser Material zu sammeln, zu sichten, auszuwerten und für eine Dokumentation zusammenzustellen.
Diesem Treiben konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen, wo wir doch dieselbe Arbeit viel billiger und ohne Pensionsberechtigung aus der unmittelbaren Erfahrung heraus mindestens ebensogut leisten können.
Der Inhalt der Dokumentation spricht für sich selbst.
Den Solidaritätspreis bitten wir so zu verstehen. daß sämtliche Überschüsse ausschließlich dazu verwendet werden, unsere Genossinnen und Genossen so schnell wie möglich aus den Klauen dieses BRD-Systems der organisierten Umenschlichkeit zu befreien.
Der Ermittlungsausschuß, im November 1981

Spendenkonto des Ermittlungsausschusses:
Klaus Schmidt, Sonderkonto
Kopischstr. 4
1000 Berlin 61
Postscheckamt Berlin-West
Konto Nr. 20610-106

Offener Brief des Ermitttlungsausschusses
An 1. Herrn Lummer
2. Herrn Kittlaus (Chef der Abteilung Staatsschutz)
3. Richter Ebsen am Amtsgericht Tiergarten
4. Polizeipräsident Hübner

Betr.: Durchsuchungsaktion des Mehringhofes in den Morgenstunden des 8. Oktober 1981

Bericht:Am Donnerstag, den 8. Oktober 1981 trafen gegen 8.00 Uhr drei Mannschaftswagen der Berliner Polizei vor den Toren des Mehringhofes ein, brachen ohne weitere Anstalten zu machen das Schloß des ersten Eisentores auf und errichteten eine erste Sperre. Im ersten Hof errichteten sie eine zweite Sperre, offenbar in Erwartung ungebetener Zeugen ihrer Nebelaktion. Die Polizei wagte sich dann weiter vor, brach das zweite Eisentor auf und errichtete im ersten Hinterhof eine dritte Sperre. Sie machte sich nicht die Mühe, die Tür des Handwerkskollektivs Hand & Fuß zu öffnen, sondern zerstörte kurzerhand die Scheibe eines Fensters. Fünf Staatsschutzbeamte in wackerer Kooperation mit drei Sekre-

tärinnen betraten durch dieses Fenster die derzeitigen Räumlichkeiten des Ermittlungsausschusses. Als Zeuge wurde der ca. eine Stunde später erscheinende Hausmeister (nach Ausweiskontrolle) zugelassen. Nach erfolgloser Suche nach „Beweismaterial" gegen die „Verantwortlichen des Ermittlungsausschusses" bzw. vergeblichen Aufspürens eines Gedächtnisprotokolls, brachen die im Dienst des Staates stehenden Personen ihre Aktion ab und verließen den Ort wieder durch das Fenster. Nur der Hausmeister benutzte, wie unter zivilisierten Menschen üblich, die Tür. Sie hinterließen zwei Durchsuchungsbeschlüsse — beide von Anfang August — nebst den dazugehörigen Durchsuchungsprotokollen. Für einen der Durchsuchungsbeschlüsse mußte sogar das Landgericht bemüht werden, nachdem das Amtsgericht den Erlaß eines derartigen Beschlusses abgelehnt hatte. Für drei von ihnen geführte Telephongespräche hinterließen sie außerdem 0,70 DM.

Ergebnis: Es wurden zwei Schlösser geknackt und eine Fensterscheibe zerdeppert. Um gegenüber ihren Dienstherren nicht mit leeren Händen dazustehen, beschlagnahmten sie belanglose Nebensächlichkeiten, z. B. die in Anlage beigefügten Formblätter (zur Erstattung vorformulierter Strafanzeigen).

Stellungnahme: Wir möchten uns für unsere Abwesenheit entschuldigen, unsere Geschäftszeiten sind von 20.00 bis 22.00 Uhr und nicht, wie fälschlicherweise angenommen, von 8.00 bis 10.00 Uhr. Ihr destruktives Eindringen müssen wir allerdings aufs schärfste verurteilen. Wir sehen es als selbstverständlich an, daß Sie ohne weitere Aufforderung den Schaden am Gatter des Mehringhofes beheben und die zerschlagene Fensterscheibe ersetzen lassen oder uns mitteilen, zu wessen Händen wir die Rechnung schicken können. Eine Frist von 14 Tagen sei hiermit gesetzt. Weitere Rechtsmittel behalten wir uns vor. Die von Ihnen ehrlicherweise hinterlassenen 0.70 DM für drei geführte Telefongespräche übersteigen die entstandenen Kosten um 0.01 DM. Diesen Betrag möchten wir Ihnen überweisen und bitten um Mitteilung einer Kontonummer. Sollte eine Überweisung innerhalb von 14 Tagen nicht möglich sein, so werden wir den zuviel bezahlten Betrag unserem Spendenkonto gutschreiben.
Wir können uns allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie Ihre Berührungsängste, die Sie bisher mit uns hatten, mit dem heutigen Tage erfolgreich überwunden haben. Während Sie bisher nur über informelle Kanäle wie Telephon oder Zivilbeamte mit uns in Kontakt getreten sind, so haben Sie mit Ihrem heutigen Besuch bei uns endgültig für klare Verhältnisse gesorgt. Wir betrachten uns somit als diplomatisch anerkannt und können den weiteren Auseinandersetzungen mit Ihnen guten Mutes entgegensehen. Übrigens, Ihr Besuch bedeutet für uns selbstverfreilich eine Anerkennung unserer Arbeit und zugleich eindringliche Aufforderung, diese zum Teil mit Mühen behaftete Arbeit fortzusetzen und zu intensivieren.
Abschließend möchten wir uns bei Ihnen für den Beweis bedanken, daß unsere bisher vorgenommenen Maßnahmen zur Diebstahlssicherung wirksam sind und verbleiben auf ein hoffnungsvolles Nimmerwiedersehen

Ihr Ermittlungsausschuß

Einzug auf Zeit in besetzte Häuser — Initiative gegen die Eskalation der Gewalt

22.7.81

Eine falsche Wohnungsbau- und Sanierungspolitik hat zu so skandalösen sozialen Zuständen in Berlin geführt, daß beherzte Mitbürger schließlich zur Selbsthilfe gegriffen haben: sie haben wenigstens 164 von den vielen hundert Häusern, die in Berlin leerstehen, instandbesetzt. Obwohl die Zustände, die diese Selbsthilfe-Aktionen notwendig machten, unverändert fortdauern, sollen nun die instandbesetzten Häuser wieder geräumt werden. Nicht der Skandal (der im Leerstehenlassen vieler tausender Wohnungen besteht) wird ausgeräumt, sondern diejenigen, die tatkräftig und beispielhaft etwas dagegen unternommen haben.

In dieser Situation ist praktische Solidarität notwendig. Deshalb haben sich Hochschullehrer, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Pfarrer u.a. bereit erklärt, für die kommenden Wochen in einigen der von Räumung bedrohten Häuser anwesend zu sein und zu übernachten. Wir wollen durch unsere Anwesenheit in diesen Häusern deutlich machen, daß wir die Sache, um die es im Kern bei den Instandbesetzungen geht, unterstützen. Solange eine verhängnisvolle Wirtschaftspolitik einseitig die Besitzenden begünstigt, kann eine Lösung des Problems nicht darin bestehen, daß ein Teil der Nichtbesitzenden, der in Polizeiuniformen steckt, gegen einen anderen Teil, der Häuser instandbesetzt, in die Schlacht geschickt wird. Frontale Konflikte können mit staatlicher Gewalt zwar unterdrückt, aber nicht gelöst werden. Wir fordern den Senat von Berlin und die Staatsanwaltschaft auf, die Ursachen der sozialen Mißstände zu bekämpfen, anstatt die Symptome gewaltsam zu verdrängen.

In der Verfassung von Berlin steht, daß jedermann ein Recht auf Wohnraum hat — von einem Recht auf Grundstücksspekulation uind Wohnraumzerstörung auf Kosten des Steuerzahlers steht kein Wort in der Verfassung.

Wir fordern den Senat, die Parteien und die Staatsanwaltschaft auf,

— unverzüglich zusammen mit den Betroffenen ein Instandsetzungsprogramm zu entwickeln, das den Bewohnern dient;

— Nutzungsverträge mit den Instandbesetzern abzuschließen, die deren Rechte achten;

— keine instandbesetzten Häuser mehr zu räumen und damit die Eskalation der Gewalt zu beenden;

— Durchsuchungen, die der Einschüchterung dienen, zu unterlassen;

— alle Strafverfahren einzustellen und alle Strafanträge zurückzunehmen, die ihre Ursache in der Wohnungsnot und den Instndbesetzungen haben;

— Schluß zu machen mit der Kriminalisierung der Instandbesetzer.

Wir fordern andere Bürger auf, sich unserer Initiative anzuschließen und sich mit den Instandbesetzern zu solidarisieren.

Offener Brief an die Bürger Berlins!



Foto: AP

Viele von Euch sind ängstlich oder wütend wegen dem, was in den letzten Wochen und Monaten in Berlin passiert ist. Getreu den Parolen aus BZ und Bild werden wir, die Besetzer und Ihre Unterstützer, beschimpft als Chaoten und Kriminelle, dreckig und arbeitsscheu. Ihr wettert über zerbrochene Scheiben und einige kaputte Autos, und Ihr vergeßt dabei alles andere, was vorher war.

Es ist doch **nicht die reine Zerstörungswut,** die uns zu den Steinen greifen läßt, sondern ohnmächtige **Wut** gegenüber dem militärischen Apparat. Was sind Steine gegen Tränengas, Panzerwagen und bewaffnete Truppen?

Ihr habt Angst um Euer Auto. Gut, versteht Ihr dann, um wieviel mehr Angst wir um unsere Häuser haben? Als wir sie besetzten, ging es um **mehr als nur um den Erhalt von Wohnraum,.** Wir wollten wieder **zusammen leben und arbeiten.** Wir wollten der Vereinzelung und der Zerstörung des Zusammenlebens Einhalt gebieten. Wer in dieser Stadt kennt sie nicht, die **quälende Einsamkeit** und Leere des Alltags, die entstanden ist mit immer weiterer Zerstörung der alten Zusammenhänge durch Sanierung und sonstige Stadtzerstörung? Diese hat mehr Leute aus ihren Wohnungen vertrieben als der Krieg.

Viele von uns haben in den besetzten Häusern **zum ersten Mal eine wirkliche Heimat** gefunden. Viele, die sonst vielleicht kaputt gegangen wären: an Drogen oder Selbstmord oder Strich. Wir versuchen in den Häusern das zu leben, was in der Gesellschaft nicht mehr geht: **Zusammenhänge und Hoffnung.**

Träumt Ihr nicht auch von Zusammenhängen und Liebe, anstatt des alltäglichen Einerleis? Ihr sagt, wir wollen nicht arbeiten. Abgesehen davon, daß fast keiner von uns sein Geld geschenkt bekommt und deshalb arbeiten muß; wer von Euch hat nicht auch schon geschimpft über die **tägliche Plackerei für den Profit anderer?** Es stimmt: Wir wollen, wenn's geht, nicht mehr arbeiten für Dinge, die keinen Sinn haben. Wir wollen aber **arbeiten für uns selbst.** Und es soll **sinnvolle Arbeit** sein. Sei es



nun für den Erhalt von billigem Wohnraum oder die Wiedereinrichtung von Werkstätten im Kiez. Und die sollen uns selber gehören. **Habt Ihr Euch das nicht auch oft gewünscht?** Warum schimpft Ihr also statt zu helfen? Habt Ihr Angst zu merken, daß Ihr vergessen habt, **Eure eigenen Träume einzulösen?**

Ihr sagt, wir seien gewalttätig. Aber seht doch, **woher kommt denn die Gewalt?** Haben wir die Stadt, Zug um Zug, kaputtsaniert? Bauen wir die **Autobahnen durch die Wohngebiete?** Haben wir die **Wohnsilos** bauen lassen, die die Menschen kaputtmachen? Haben wir diese Welt aus Beton und Plastik gebaut, wo für die Kinder kein Platz mehr ist?

„Wer von uns wäre nicht gegen Gewalt, aber die andere Seite übt sie aus und gießt sie in Gesetze" (P. P. Zahl). Nicht wir haben den **Dialog Jahrzehnte lang verweigert,** sondern sie. Bis wir angefangen haben, ihre Sprache zu sprechen, die der Gewalt. **Polizisten sind auch Menschen,** sagt Ihr. Klar, wenn sie nicht im Dienst sind. Aber ist es denn **menschlich, sich wie eine Puppe** in eine Uniform stecken zu lassen und auf Befehl jeden zu knüppeln oder mit Tränengas zu bewerfen, egal wen man vor sich hat?

Der Senat sagt, wir wollten nicht verhandeln. Aber wer gibt schon seinem Henker die Hand? Mit der einen Hand bieten sie uns sogenannte **Ersatzhäuser** an, die entweder **vermietet, besetzt oder unbewohnbar** sind; mit der anderen hetzen sie ihre Truppen auf uns und stecken uns in den Knast.

Die nächsten Häuserräumungen sind angekündigt. Wir können nicht verhandeln mit dem **Rücken an der Wand.** Wer jetzt noch von weiteren Räumungen redet, dem glauben wir nichts, außer daß er **unsere Vernichtung** plant. Deshalb **helft uns, weitere Räumungen zu verhindern,** anstatt auf uns zu hetzen oder uns gar tätlich anzugreifen. Glaubt doch nicht, daß es für Euch besser wird, wenn wir aus dem Weg geräumt sind. **Sie werden Euch weiter aus Euren Wohnungen vertreiben, Euch vom Arbeitsplatz wegrationalisieren, Eure Steuergelder den Spekulanten in den Rachen werfen.** Es geht um unser aller Zukunft. Ohne Bullen kein Krawall!!

Daß wir uns wehren müssen, wenn wir nicht untergehen wollen, das müßt Ihr doch verstehen.

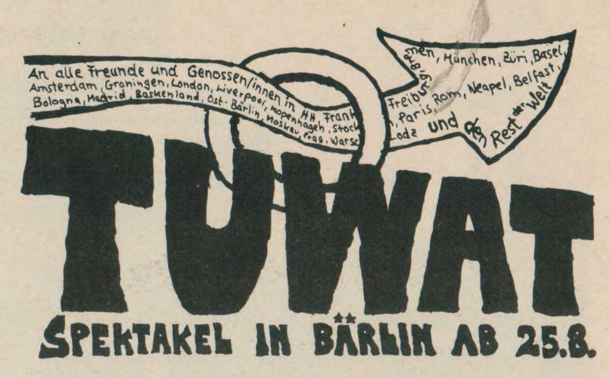
Schöneberger Besetzerrat

Foto: Ralph Rieth

Was vorher passiert ist

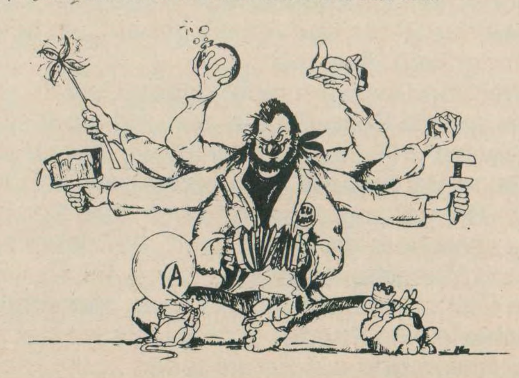
31. Juli 1981:
Der CDU-Bausenator Rastemborski kündigt an, in absehbarer Zeit, das heißt nach Ferienende, neun Häuser zu räumen. Folgende Häuser sind davon betroffen:
Die Luckauer Str. 3, im Besitz der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft (GSG), die Dieffenbachstr. 27, private Besitzer, die Hermsdorfer Str. 4, ebenfalls GSG, die Knobelsdorffstr. 40/42, die Bülowstr. 89, die Winterfeldtstr. 20/22/24, die zuletzt genannten Häuser befinden sich alle im Besitz der Neuen Heimat (NH). Gleichzeitig betont Rastemborski, daß die Neue Heimat bereit ist, zeitlich begrenzte Nutzungsverträge für leerstehende Wohnungen abzuschließen, die sich in den Häusern Bülowstr. 52/54/55 und in der Blumenthalstr. 13/14/15 befinden sollen. Allerdings sagt er nicht, daß diese Häuser schon längere Zeit besetzt sind.
Ebenfalls kündigt er an, daß er sich am 20.8. einer Diskussion mit Vermittlern und Vertretern des Besetzerrates stellen will.
In den folgenden Tagen werden viele Proteste in der Öffentlichkeit laut. Unterschriftsaktionen werden veranstaltet und Patenschaften für die besetzten Häuser übernommen.

5. August 1981:
Die Besetzer lehnen das von Rastemborski vorgeschlagene Angebot, in die oben erwähnten Häuser zu ziehen, ab. Und eine Idee wird geboren: TUWAT



Ganz Europa ist in Bewegung.
Kraaker, Anti-AKWler, Instandbesetzer, AJZ-Kämpfer, Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies und Gamler, Schwarze und Indianer, Schwule und Lesben, Alternative und Grüne Radler, Anti-Militaristen, Sozialisten und Antifaschisten, die Autonomie und der Untergrund und überall die Menschen, die für die Freiheit kämpfen......

TUWAT heisst das Spektakel.
Ein Kongress, ein Festival, ein Ausdruck für den Kampf der uns verbindet.
Stattfinden wird das Ganze in BERLIN, dem gespaltenen Arsch der Nationen. BERLIN wo sich der Kalte Krieg der Regierungen in reinster Form offenbart. Ein Krieg, der gegen uns geführt wird.
Die Berliner Regierung hat uns den Kampf angesagt. Sie will 9 besetzte Häuser räumen, deren Bedeutung für uns mehr ist als nur der bloße Wohnraum. Sie wollen uns unseren Lebensraum und unsere Zusammenhänge vernichten. Wir werden ihnen, stellvertretend für alle Regierungen, die immer noch glauben, daß sie mit uns machen können was sie wollen, zeigen, was wir davon halten.
Schmeissen wir die Atomwaffen in die Grachten von Amsterdam!
Verbrennen wir die AKW Pläne unter dem Triumphbogen!
Vergraben wir die unmenschlichen Sanierungskonzepte im Gorlebener Salzstock!
Zertrümmern wir ihren Beton und machen ihn zum Hochzeitsgeschenk der Lady Di !
Wir werden Feste feiern, die die Stadt erzittern lassen!
Wir werden Demonstrationen machen, die ihnen die nackte Furcht lehren wird!!
Und wir werden uns unterhalten; werden erzählen von den vielen kleinen Kämpfen, von unseren Erfahrungen und unserem Wissen.
TUWAT, das sind vier Wochen in denen die Berliner Strassen von den Musikanten und Gauklern Europas bevölkert werden.
TUWAT heißt etwas tun für uns, und das heißt auch, daß TUWAT nichts fertiges sein wird. Wir werden Höhepunkte organisieren und die alltäglichen Kleinigkeiten wie Schlafplätze und was zu fressen. Die Zwischenräume werden alle ausfüllen mit ihrer Phantasie und den Ideen. Jeder soll Ausdruck finden für das, was ihn bewegt, soll seine Zusammenhänge zur Diskussion stellen.
Wir fordern die Kulturgruppen aller Länder auf ab dem 25. August 1981 nach Berlin zu kommen.
Ebenso alle politischen Organisationen, Knast- und Friedensgruppen, AKWler und Besetzer und alle anderen....
sprengen wir unsere Isolation. Die Offenheit war schon immer unsere Stärke.



Die Medien verschaffen durch ihre hysterische Reaktion der Idee eine ungeheure Publicity.

Terroristen drohen mit einem „heißen Herbst" für Berlin, mit einem Sturm auf die Stadt. Bürger und Politiker reagieren empört: Das nehmen wir nicht hin!

„Die Chaoten und Scharfmacher wollen unsere Stadt ruinieren!"

Wie lange läßt Berlin sich das noch gefallen?

Chaoten drohen „heißen Herbst" an: „Wir überfluten die Stadt mit Terroristen, Gammlern und Ausgeflippten. Wir lehren die rechte Furcht"

So berichtete die „BZ" über das Flugblatt der Terroristen.

Der Tagesspiegel: „Am Rande bemerkt", 7.8.81

Was jetzt auf den „Tuwat"-Flugblättern steht, muß eine Generation ernst nehmen, der schon einmal auf Flugblättern Kaufhausbrandstiftungen angekündigt worden sind, worauf ihr die Bestürzung zunächst als Humorlosigkeit ausgelegt wurde, bis die ersten Kaufhäuser brannten — Fanal des beginnenden Terrorismus. Solche Spuren schrecken.

Die anarchistische Arroganz, mit der sich manche Hausbesetzer, zum Teil in Kriegsbemalung, als eine Art Widerpart einer demokratischen Regierung deklarieren und deren angekündigte Maßnahmen als Kriegserklärung bezeichneten, erhärtet den Verdacht, daß diesen Leuten die Wohnungen nur ein Vorwand sind. Sie fürchten den Kompromiß wie der Teufel das Weihwasser.

Der Aufruf zum Anarchotourismus nach Berlin, der uns gerade noch gefehlt hat, bestätigt auch die Vermutung, daß die relative Ruhe in den letzten Wochen auf eine zahlenmäßige Erschöpfung des anarchistischen Potentials in Berlin hindeutete. Das soll offenbar aufgefrischt werden, zumal professorale Hilfsbesetzer wegen noch anderweitiger Beanspruchung keine nennenswerte Verstärkung bedeuten.

So sollten auch junge, aber nachdenkliche Leute sich bei der Beurteilung dieser Szene jenes Biedermanns erinnern, der laut Max Frisch die Brandstifter aus Angst und in der Hoffnung, sie besänftigen zu können, gewähren ließ, bis sein Haus brannte. —thes

Der Landesvorsitzende der **Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund**, Franke, hat aus Anlaß der geplanten Aktionen die Einberufung der freiwilligen Polizeireserve und eine Verstärkung der Berliner Polizei durch Einheiten aus dem Bundesgebiet gefordert. „Die Ankündigung der Terroristen, unter dem Stichwort ‚Tuwat' der Stadt einen heißen Herbst zu bescheren, muß dem Letzten deutlich gemacht haben, daß es hier nicht mehr um die Wohnungsnot, sondern um die Beendigung des demokratischen Lebens in Berlin geht", erklärte Franke dpa zufolge. Ferner forderte Franke den Innensenator und den Polizeipräsidenten auf, die für den 11. August geplante Demonstration zur „Neuen Heimat" und vorbei an einigen besetzten Häusern zu verbieten.

In einer Stellungnahme erklärten die Besetzer dazu folgendes:

„Als wir billige Wohnungen wollten, ließen sie Häuser leerstehen, als wir gemeinsam im Kiez leben wollten, rissen sie ganze Blöcke nieder, bauten sie Betonkästen dorthin, verlangten sie Wuchermieten. Als wir dagegen demonstrierten, ignorierten sie uns. Als wir Häuser besetzten, sagten sie, wir seien kriminell, als wir damals verhandeln wollten, drohten sie mit Räumung. Als wir protestierten, schlugen sie uns mit Knüppeln auf den Kopf, sagten sie, wir seien kriminelle Gewalttäter ..."

18. August 1981:
Ein Gespräch im Haus der Kirche zwischen dem regierenden Bürgermeister Weizsäcker und dem Bischof a.D. Kurt Scharf endet mit einer Zusicherung Weizsäckers, daß kein besetztes Haus mehr von der Polizei geräumt werden soll, ohne daß Verhandlungen über das betreffende Haus und das Konzept der Instandbesetzer geführt worden sind. Ein paar Tage später, am 26.8., erfolgt ein Dementi von Weizsäcker, im Rathaus wird das Gespräch als von Scharf falsch interpretiert bezeichnet.
Immer mehr öffentliche Gruppierungen erklären sich solidarisch mit den Hausbesetzern und übernehmen Patenschaften. Selbst eine Gruppe von Unternehmern will bei einer Lösung des Konflikts mitarbeiten.

9. September 1981:
„Neue Heimat-Vertreter posaunten Anfang September unverblümt aus, unverzüglich Räumungsanträge hinsichtlich der Häuser Bülowstr. 89 und Knobelsdorffstr. 40/42 vollziehen zu lassen, sobald es 'das polizeitaktische Kalkül' zuließe." (Die Wahrheit, 9.9.).

SPD fordert Gesamtlösung für besetzte landeseigene Häuser

Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Senat in einem gestern im Parlament eingebrachten Antrag aufgefordert, „umgehend, spätestens aber im Oktober dieses Jahres" eine Gesamtlösung für alle besetzten Häuser vorzulegen, die im Eigentum des Landes Berlin und der landeseigenen Gesellschaften stehen. Diese Gesamtlösung soll nach Auffassung der SPD-Fraktion von dem Treuhandmodell ausgehen und in intensiven Verhandlungen mit den Beteiligten erarbeitet werden. Für die Dauer dieser Verhandlungen sei weiterhin von Räumungen abzusehen, die rechtlich nicht zwingend geboten seien.

Der Tagesspiegel, 9.9.81

Der Justizsenator Scholz (CDU) gibt eine juristische Rechtfertigung im Voraus, um gegen die Hausbesetzungen vorzugehen.



Foto: Carsten Grau

16. September 1981:
Folgender Kommentar erscheint in der Berliner Morgenpost

Besetzer tabu?

Von ROBERT HORN

„Die Bürger wünschen sich keinen abhängigen, sondern einen starken und handlungsfähigen Senat." Die Worte des Regierenden Bürgermeisters Dr. Richard von Weizsäcker klingen noch nach. Es ist an der Zeit nachzufragen, wie es der neue Senat mit der Berliner Linie hält.

Die Zurückhaltung gegenüber der Hausbesetzerszene hat sich nicht ausgezahlt. Obgleich es keine Räumungen gegeben hat, ist es zu zahlreichen Ausschreitungen gekommen. Die Rechtsunsicherheit ist größer als zuvor. Von einem Austrocknen der Hausbesetzerszene kann keine Rede sein. Die Hausbesetzung hat im Gegenteil eine neue Qualität gewonnen. Es geht um dauerhafte Enteignung. Das neue Angebot des Bausenators wirkt wie Schwäche und Ratlosigkeit.

Die Sogwirkung ist bedrohlich. Die rechtsfreien Räume locken. Der Winterfeldtplatz ist zum neuen militanten Zentrum geworden.

Die Staatsanwaltschaft, die unter dem Vogel-Senat Beharrlichkeit, Härte und Ausdauer demonstrierte, muß sich fragen lassen, ob sie sich der Politik beugt. Wann wird eigentlich wegen der aus dem Bereich von Politik, Hochschule und Kirche übernommenen Patenschaften für besetzte Häuser wegen Beihilfe zum Hausfriedensbruch und zur Nötigung ermittelt? Wer Räumungsvorhaben den Besetzern mitteilt, macht sich der Strafvereitelung verdächtig. Die Festnahmen anläßlich der Krawalle sind im Verhältnis zur Zahl der Straftaten und des Ausmaßes der Schäden merklich gering.

Die Berliner hatten bei der Wahl darauf gesetzt, daß nicht alles so weitergehen kann wie bisher.

Am Nachmittag desselben Tages gibt Lummer eine Pressekonferenz, in der er den Besetzern der Häuser Bülowstr. 89, Winterfeldtstr. 20/22/24, Knobelsdorffstr. 40/42, Dieffenbachstr. 27 und Hermsdorfer Str. 4 ein Ultimatum stellt, die Gebäude bis zum Wochenende freiwillig zu verlassen.

Begründet wird es damit, daß alle Voraussetzungen für eine Räumung erfüllt seien, d.h.: Strafanträge gegen die Besetzer, Nutzungskonzepte für die Häuser und eine sichergestellte Finanzierung. Er betont noch einmal, daß Verhandlungsangebote von Seiten des Senats auf taube Ohren gestoßen wären.



**Liebe Leute aus den 8 Häusern
Laßt euch umärmeln und küssen, laßt euch noch Mut machen. Wir brauchen viel Kraft und Entschlossenheit, auch wenn uns die Tränen angesichts der Sachlage in die Augen schießen. Auch wenn SIE uns diese Häuser nehmen, können SIE nicht das zerstören, was in der Zwischenzeit entstanden ist. Die Häuser sind für unser Leben wichtig, wichtiger aber ist, daß wir über die Räumungen hinaus zusammenbleiben, nicht den Bach der Frustrationen und Depressionen hinab gehen und jeder wieder einzeln vor sich hinwurstelt.**

Erklärung des Besetzerrates K 36

Der CDU-Senat droht mit Massenräumungen. Er will uns zwingen, entweder aufzugeben oder in andere leerstehende Häuser umzusiedeln und dort unsinnige Verträge zu akzeptieren. Es ist wohl für jeden klar, daß wir keine Lust haben, über etliche Jahre hinweg Häuser instandzusetzen und sie dann dem Senat zu überlassen. Wir lassen uns nicht in andere Häuser deportieren - wir bleiben drin in allen unseren Häusern. Richtet die leerstehenden 600 Häuser her, für dia es genug Wohnungssuchende gibt - und laßt uns in Ruhe.
Wir haben die Schnauze voll von Eurer Unfähigkeit, die von Euch verursachte Wohnungsmisere zu verändern, ohne den Betroffenen (Mietern, Wohungssuchenden, Besetzern) zu schaden, da ihr völlig andere Interessen und Strukturen habt. Eine grundlegende Veränderung kann nur durch Enteignung herbeigeführt werden.
Die besetzten Häuser und Wohnungen betrachten wir als öffentliches Eigentum. Sie werden von den Benutzern und Bewohnern instandgesetzt, instandgehalten und verwaltet.
Zu diesem Zweck haben sich die Häuser blockweise zusammengeschlossen und einen Blockrat gebildet. Statt der herkömmlichen Miete zahlt jeder Bewohner einen monatlichen Beitrag in die Blockkasse. Aus diesem Fond wird die Instandbesetzung und -erhaltung der mitwirkenden Häuser finanziert. Dringlichkeit der Arbeiten, Aufteilung der Gelder, gegenseitige Hilfe, Unterstützung durch Handwerkskollektive und anderes werden im Blockrat miteinander abgestimmt. Mieter, die nicht wollen, daß ihre Gelder in den dunklen Kanälen der Sanierungs..... verschwinden, können sich im Blockrat beteiligen.
Wir haben damit angefangen und werden weitermachen - egal, wie sehr die da oben spinnen. Wir müssen sehr schnell die vergammelten Häuser winterfest machen und brauchen dafür konkrete Unterstützung von außen: Mithilfe, Geld, ...
Daß wir gerade jetzt unsere autonomen Baustellen verteidigen, ist selbstverständlich.

Es herrscht keine Ruhe im Land!

Als Reaktionen auf Lummers Räumungsandrohungen zwei Pressereaktionen:

Mit seinen Räumungsplänen kommt der CDU-Minderheitssenat einem SPD-Antrag zuvor, der in der kommenden Woche im Parlament behandelt werden soll und vorsieht, vor dem Vorliegen einer Gesamtlösung für alle besetzten Häuser in der Stadt von jeder Räumung abzusehen, „die rechtlich nicht zwingend geboten ist"; diese Parlamentsinitiative gilt bei Unterstützung durch die Alternative Liste und die FDP als mehrheitsfähig. SPD-Sprecher Wilhelm Wiegreffe erklärte zu der bevorstehenden Räumungsaktion, damit habe sich der Innensenator seiner „rechten CDU-Basis und der ‚Berliner Morgenpost' gebeugt, unbeschadet der Gefahr, daß die Fronten weiter verhärtet werden". Die Springer-Zeitung hatte dem Senat am Mittwoch indirekt Wählerbetrug vorgeworfen, weil er nicht entschieden genug gegen die Hausbesetzer vorgehe.

Kommentar

Eine schöne Allianz

"Statt Konflikt und Krise braucht Berlin Gespräch und Konsens" war im Landespressedienst von gestern zu lesen. Doch dieser Satz bezog sich auf eine Rede des Wirtschaftssenators Pieroth vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer. Zwei Seiten weiter spricht Innensenator Lummer eine andere Sprache: "Polizeiliche Räumung, strafrechtliche Konsequenzen...". Jedem das seine. Welche Konflikte und Krisen, Verhärtungen, Wutausbrüche und Verzweiflungstaten er damit provozieren wird, darauf wurde der Senat von allen Seiten hingewiesen - er weiß was er tut. Und er weiß, daß die angekündigten Räumungen einen irreversiblen Einschnitt im "Häusertango" markieren werden. Die CDU folgt dabei einer durchaus zwingenden Logik. Getan werden muß etwas. Spätestens wenn Springers "Morgenpost" dem CDU-Senat vorwirft, er verhalte sich gegenüber den Besetzern noch schlaffer als die SPD, hört für ihn der Spaß auf. Was aus CDU-Sicht nicht getan werden darf, ist auch klar: Die Besetzer als politische Kraft anzuerkennen und dementsprechend eine politische Gesamtlösung zu suchen, die zumindest der grundsätzlichen Kritik an der Sanierungspolitik Rechnung trägt. Wozu der Senat sich eben noch durchringen konnte, war "den jungen Leuten" andere Wohnungen anzubieten.
Ob SPD und FDP letztendlich zu politischen Lösungen fähig gewesen wären, darüber lohnt es sich derzeit nicht zu spekulieren. Was sie jetzt bieten, ist eine miese Schmierenkomödie: Mit starken Worten wird protestiert. Aber tatsächlich zu intervenieren, Verantwortung zu übernehmen, davor hütet man sich. Es ist ja auch viel bequemer, hinterher zu sagen, man habe es ja gleich gesagt. Hinterher, wenn die Verletzten und Verhafteten gezählt werden, wenn die Hoffnungen der Besetzer/innen sich in dumpfe Wut verwandelt haben wird. Solcher Kriegsgewinnlergeist ist im Grunde widerlicher als der hilflose und plumpe Konfrontationskurs der CDU.
Und wer verdient an diesem Jammer? Allen voran die gewerkschaftseigene Neue Heimat. 15,4 Millionen will sie in ganze sechs jetzt zu räumende Häuser investieren, Steuermillionen, versteht sich. Und sie bekommt sie samt Räumung von der CDU serviert - ein Triumpf der rechten sozialdemokratischen Mafia um den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Neuen Heimat und SPD-Abgeordneten DGB-Chef Walter Sickert. Welch eine Allianz, wo Ignoranz und Feigheit mit Filz und Profit sich paaren! Was bleibt da noch, als mit aller Ohnmacht, die darin steckt zu drohen: Ihr werdet Euch noch wundern!

Benny Härlin

In den folgenden Tagen wird von vielen Seiten heftige Kritik an Lummers Vorhaben geübt.

Foto Carla Neumann



Die AL bezeichnet Lummers Vorhaben als einen schweren politischen Fehler, weil dadurch alle Ansätze für eine konstruktive Lösung zerstört und viele engagierte Menschen in eine Hoffnungslosigkeit getrieben würden, deren Folgen niemand wünschen kann. Auf einer Pressekonferenz der AL richtete der Abgeordnete Jänicke noch einmal einen leidenschaftlichen Appell an den Senat, die Räumungen vorerst zu verschieben, da sonst „der soziale Friede auf lange Zeit in der Stadt zerstört werde“.
Weiterhin wurde betont, daß offensichtlich keine Bereitschaft beim Senat zu erkennen sei, Verhandlungen zu führen, da dieser, wie es scheint, nicht die für den 29.9. geplante Diskussion der Konzepte von Seiten der Besetzer abwarten will. Die AL betont nochmal, daß die Folgen der Räumung ganz allein vom Senat zu tragen seien. Sie kündigte auch an, im Falle einer Räumung einen Mißtrauensantrag gegen Innensenator Lummer wegen politischer Unfähigkeit zu stellen.
Die Paten und Solidaritätsgruppen der besetzten Häuser kündigten an, in die räumungsbedrohten Häuser mit rund 150 Personen aus Parteien, Hochschulen, Gewerkschaften und Kirche einzuziehen.
Der Berliner Mieterverein legte in einer Presseerklärung besonderen Wert auf die wohnungspolitischen Aspekte der angedrohten Räumung. Anstatt über 10.000 Wohnungen in mehr als 600 leerstehenden Häusern wieder bewohnbar zu machen, schlage der Senat auf diejenigen ein, die gegen diesen Mißstand praktische und sinnvolle Maßnahmen ergriffen haben. Die SPD wies zu den beabsichtigten Räumungen darauf hin, daß der Senat bei der Realisierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen den Willen des Parlaments handeln würde. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Vogel, schrieb dem regierenden Bürgermeister von Weizsäcker einen Brief, in dem er noch einmal eindringlich bat, von den angekündigten Räumungen abzusehen. Dabei bestritt er allerdings nicht die Rechtmäßigkeit der Senatsdrohung, doch sei ein Vorgehen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht geboten. Es wäre nötig, erst eine Gesamtkonzeption über die besetzten Häuser zu erstellen. Weiterhin plädierte er dafür, von einer Räumung, zumindest bis zum 24. September, abzusehen, weil dann eine Diskussion im Parlament zum Thema Hausbesetzer sttatfinden sollte.
Die FDP-Fraktion warnte ebenfalls vor der ultimativen Räumungsaufforderung Lummers, weil er damit scharfmacherischen Kreisen innerhalb seiner Fraktion nachgegeben habe.
Der FDP-Politiker Rasch erwarte vom Senat ein funktionierendes Gesamtkonzept, das bisher noch nicht entstanden sei.
Die CDU stellte sich entschlossen hinter Lummer. So begrüßte der CDU-Fraktionsvorsitzende Diepgen das Senatsultimatum und sagte, für den Senat bestehe kein Handlungsspielraum.
Für Sonntag, den 20. September, war von verschiedenen Gruppen (AStA FU, AL, Besetzerrat, Jusos, Judos u.a.) zu einer Großdemonstration gegen die beabsichtigten Räumungen und für eine Änderung der Senatspolitik aufgerufen worden. An dieser Demonstration beteiligten sich mehr als 15.000 Personen. Sie verlief friedlich, was wohl auch darauf zurückzuführen war, daß die Polizei auf Provokationen verzichtete (von ihr war nichts zu sehen).
Ebenfalls am 20. September erschien folgende bemerkenswerte Anzeige im Tagesspiegel:

Unternehmer und Selbständige unterstützen Instandbesetzer.

Aus der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker vom 2. Juli 1981:

»Eine durch Planungsunsicherheit, Überbürokratie und politische Fehler gekennzeichnete Bau- und Sanierungspolitik hat einen gewaltigen Leerstand von Wohnungen begünstigt und damit einen Skandal ohne Beispiel in Deutschland entstehen lassen. Hausbesetzer haben ihn in der breiten Öffentlichkeit drastisch bewußt gemacht. Ziel des Senats ist es, nicht Symptome zu kurieren, sondern den Anlaß für diese rechtswidrigen Besetzungen zu beseitigen.«

Die Initiative »Unternehmer und Selbständige unterstützen Instandbesetzer« fragt den Regierenden Bürgermeister von Berlin:
Sind die Anlässe für Besetzungen tatsächlich schon beseitigt?


BANNMEILE

22. September: Acht Häuser werden geräumt

Ab ca. 9 Uhr wurde am 22.9.81 damit begonnen, die acht besetzten Häuser (Bülowstr. 89, Winterfeldtstr. 20/22/24, Knobelsdorffstr. 40/42, Dieffenbachstr. 27 und Hermsdorferstr. 4) polizeilich zu räumen. Obwohl alle Häuser eindeutig gewaltfreien passiven Widerstand leisteten, kam es schon während dieser Vorgänge innerhalb der Häuser zu teilweise recht brutalen Übergriffen der Polizei, wie diverse Zeugenaussagen der zu dieser Zeit in den Häusern Anwesenden deutlich veranschaulichen. Als Beispiele hier einige Auszüge aus von Anwesenden verfaßten Protokollen über die Räumungen:
Zur Räumung der Dieffenbachstr. 27 heißt es:
„Gegen 9.15 Uhr kamen über Funk die ersten Durchsagen über die ersten Polizeiaufgebote in den restlichen sieben Häusern. Um ca. 9.30 Uhr fuhren auch bei uns die ersten Wannen vor. Polizeiliche Absperrmaßnahmen wurden vorgenommen:
Graefe- Ecke Dieffenbachstraße jeweils an allen drei Zufahrtsstraßen sowie am anderen Ende der Dieffenbachstr.: Hohenstaufenplatz. Vor 10 Uhr hörten wir bereits die ersten Geräusche aus den oberen Stockwerken. 'Bergsteiger' mußten übers Dach eingestiegen sein. Die Tür unten war verbarrikadiert. Gegen 10 Uhr erfolgte die erste Aufforderung, das Haus freiwillig zu räumen. Wir gaben daraufhin ausdrücklich bekannt, daß wir passiven Widerstand leisten wollten, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Nach der dritten polizeilichen Aufforderung erfolgte eine Aufforderung an die dreißig vor der Tür sitzenden Leute, den Eingang frei zu machen. Sie sind sitzen geblieben, woraufhin die B die ersten Leute ziemlich gewaltsam wegzerrten. Das Bemühen des Kriminalbeamten, auf die E mäßigend einzuwirken, war zunächst vergebens. Mit geübtem Griff wurden die Sitzenden angepackt: am Kiefer, in den Nacken, es wurde an den Haaren gezgen, Schlagstockeinsätze erfolgten, die Leute wurden über den Boden geschleift. Ein Besetzer erhielt dabei Verletzungen im Gesicht, woraufhin er ins Krankenhaus mußte. Einer Frau wurde ins Gesicht geschlagen. Die Leute vor und im Haus reagierten mit Schreien. Erst auf Grund der Einsprüche einiger Paten beim Einsatzleiter Schulz sowie bei einem Kriminalbeamten sahen die Polizisten von ihrer gewaltsamen Vorgehensweise ab.

Im Haus selber waren die Besetzer und deren Unterstützer verteilt im ersten Stock in mehreren Räumen. Die Treppen waren von Polizisten besetzt. Die Wohnungstür des ersten Stocks war nicht verbarrikadiert, so daß die Polizei keine Schwierigkeit hatte einzudringen. Der Kriminalbeamte sowie Einsatzleiter Schulz machten uns darauf aufmerksam, daß ihnen nichts an einem gewaltsamen Abtransport liege. Sie gaben uns Anweisungen, wie wir uns herausbringen lassen sollten. Wir sollten uns nicht wehren, sonst sei das schon



Foto: Ulrich Camin

Grund für eine Anklage nach § 114 StGB. Wir wurden dann jeweils einzeln von einem B... aufgefordert, unsere Sachen mitzunehmen und uns „herausführen“ zu lassen. Einer der ersten aus dem Haus Geschleppten wurde von zwei B... zu einer Knastwanne getragen, wobei kurz vor der Wanne zwei weitere B... ziemlich hart zugriffen. Der Besetzer wurde dann in die Wanne gezogen, auch durch Griff in die Haare. Dort mußte er nochmals seine Personalien angeben, die Wanne fuhr dann von der Ecke Graefestr. direkt vor das Haus Dieffenbachstr. 27 und der Besetzer wurde wieder herausgelassen.
Einer ließ sich aus den Räumen heraustragen, wobei wir nicht beurteilen können, wie er angepackt wurde, da wir keinen Einblick auf die Treppe hatten. Andere Leute gingen nach Aufforderung, wobei sie sofort ihre Ausweispapiere abgeben mußten. Auf der Treppe wurden die Personalien von der Kripo aufgeschrieben. Wie wir jetzt erfahren haben, wurden, abgesehen von einem Paten, die Aufnahme der Personalien der Paten verweigert. (...) Keiner der Besetzer wurde festgenommen, alle Herausgebrachten befanden sich während der gesamten Räumung vor dem Haus, möglicherweise auch hinter den Absperrungen. Die Räumung war gegen 12.30 Uhr beendet.“

Über die Räumung der Bülowstraße 89 berichtet eine Zeugin:
„Ca. zehn Uhr: zwölf Wannen und ein Wasserwerfer fahren vor und machen die Fahrbahn vor dem Haus dicht. Wasserwerfer wird direkt auf uns gerichtet. Wir sitzen mit ca. hundert Leuten im zweiten Stock in einem Raum Richtung Straße zusmmen, aneinandergehakt. Die B.... kommen übers Dach auf den Balkon und schlagen mit einer Eisenstange die Balkontür von außen auf (Scherben fliegen durch die Gegend). Sie kommen herein und postieren sich vor die Fenster und die Balkontür. Beim Rausschauen sehen wir fast nur Wannen, B... mit Hunden und Unterstützer hinter der Absperrung — sind noch nicht viele da. Die Cops kommen inzwischen auch von der anderen Seite — durch die aufgebrochene Haustür über die Treppe. Während der ganzen Zeit singen wir alle lauthals und übertönen so die Aufforderung der B..., das Haus freiwillig zu räumen. (...) Später werde ich — nachdem ich nicht von alleine gehe — in den Vorderraum geschleppt. Dort wird mir mein Personalausweis abgenommen. Dann werde ich gefragt, ob ich die Treppe freiwillig runtergehe. Ich verneine und der B... macht irgendwo ein Kreuz auf einem gelben Zettel. Dann werde ich von zwei B... rechts und links gepackt und gehe die Treppe runter — halb laufend, halb von den B... getragen. Im Hausflur ist alles grün vor lauter B..., eine Beamtin nimmt sich meiner an — abtasten. Danach gibts im Hof ein Polaroidfoto. Die ganze Zeit über kommen üble Anmachsprüche von den B...: guck mal, wie die aussieht usw.
Ich stehe neben Pablo mit dem Rücken zur Wanne, wir warten, bis wir eingeladen werden. Die haben ihre Wannen so hingestellt, daß die Leute hinter der Absperrung nicht sehen können, wie wir abtransportiert werden. Gegen 14 Uhr werden wir zu fünft weggefahren. (...) später kommen wir mit drei Frauen aus der Winterfeldt 24 in eine Zelle. Wir durften nicht aufs Klo und nicht telefonieren. Wir haben rumgebrüllt, geklopft und gesungen. Dann werden wir in blauer Wanne zur ED-Behandlung gebracht. (...) Zwischen 20 und 21 Uhr haben die B... uns wieder freigelassen. Wir haben alle Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Widerstand bekommen.“

Ein weiterer Zeuge berichtet über die Räumung der Winterfeldtstr. 20:

„Ich saß im vorderen Drittel des hinteren Zimmers und konnte beobachten, daß ein B... einige Male mit dem Ellenbogen nach Leuten stieß, die an ihm vorbeigetragen wurden. Er stand an der Türe. (...) Vor der Räumung des zweiten Zimmers macht ein B... die Zusage, wir könnten in Dreiergruppen zusammenbleiben. Ich hake mich mit zwei anderen sitzend ein. Ein B... fordert mich auf aufzustehen, ich weigere mich. Daraufhin trennen mich einige B... mit Gewalt von der Dreierkette, zwei B... schleifen mich an den Armen ziehend in den Kücheneingang und werfen mich dort zu Boden. Ein B... treibt mich mit Fußtritten ca. zwei Meter vorwärts, er zieht mich an den Haaren hoch. Ich gebe meinen Personalausweis, sie schreiben meine Personalien auf."

Während sich diese Vorgänge in den Häusern abspielten, sammelten sich auf der Straße vor den Häusern nach und nach immer mehr Leute, um ihre Betroffenheit und ihre Unterstützung mit den Besetzern auf diese Weise zu dokumentieren. Mit Ausnahme der Winterfeldtstraße handelte es sich hierbei ausschließlich um friedliche Ansammlungen. In der Winterfeldtstraße waren einige Barrikaden aus umgekippten Müllcontainern gebaut worden, die kurz nach Ankunft der ersten Polizeifahrzeuge ca. gegen zehn Uhr angezündet wurden.

Gegen elf Uhr wurde die Winterfeldtstraße dann mit massivem Tränengaseinsatz in Richtung Nollendorfplatz geräumt. Ein Augenzeuge berichtet:

„Gegen 10.30 Uhr traf ich mit einigen Leuten aus meiner Schulklasse auf dem Winterfeldtplatz ein. (...) Als wir dort ankamen, standen die Barrikaden bereits, ein Auto war schon fast ausgebrannt. Aus der Winterfeldtstr. nahm man massiv Tränengas wahr. Seitdem ich auf dem Winterfeldtplatz war, gab es von unserer Seite her keine Veranlassung für die B..., in irgendeiner Weise gegen die Leute dort vorzugehen. Es blieb auch alles ruhig erstmal. Wannen fuhren vor und dann wieder zurück, es tauchten zwei Wasserwerfer auf, einer verschwand dann wieder usw. Gegen 11.15 Uhr formierten sich die B... zu einer Kette, Richtung Nollendorfplatz. Außer einigen Sprüchen passierte nichts. (...) Ich stand den Polizisten etwa fünf Meter gegenüber und habe alles gut mitbekommen. Plötzlich kam ein schon etwas älterer Schläger in Uniform auf einen aus der Kette zu und flüsterte ihm etwas ins Ohr. Dieser nickte nur mit dem Kopf, seine Mimik wurde ernster. Dann ging alles sehr schnell, so schnell, daß man keine Möglichkeit hatte, sich auf irgendetwas vorzubereiten. Die Polizeikette rannte plötzlich wild auf die Menge drauf zu und knüppelte auf alles ein, was ihnen im Wege stand. Auch der Wasserwerfer kam im selben Moment zum Einsatz. (...) Ich wurde mit einigen anderen an die Häuserwand gedrängt und wir bekamen dann ganz massiv den Schlagstock zu spüren. Ich wurde am Ellenbogengelenk meines linken Armes getroffen, andere erlitten schlimmere Verletzungen."

Im Umfeld des Nollendorfplatzes — in der Bülowstraße und den kleineren Seitenstraßen — befanden sich zu dieser Zeit viele Menschen, die aus Anlaß der Räumungen gekommen waren, größtenteils abe rnichts von den Auseinandersetzungen in der Winterfeldtstraße mitgekriegt hatten und auch nichts damit zu tun hatten. Einige von ihnen wurden — nichtsahnend — von dem nun folgenden, massiven Einsatz der B... völlig überrannt, teil-



Foto: Ulrich Camin

weise grundlos verhaftet oder sogar brutal verletzt. So wurde in diesem Zusammenhang eine Gruppe von sechs Leuten (vier Frauen, zwei Männer) verhaftet, darunter eine Frau, die brutal von den Bullen zusammengeschlagen wurde. Eine Betroffene berichtet:
„Bin mit Freunden über Froben- und Ziethenstraße Richtung Nollendorfplatz gegangen (gegen elf Uhr)—, viele Leute auf der Straße, plötzlich rannten einige weg vom Nollendorfplatz in Richtung Bülowstraße. Bin mitgerannt (hatte keine Panik), habe mich umgedreht und mehrere Wannen vom Nollendorfplatz in Richtung Bülowstraße fahren sehen.
Eine Wanne fuhr kurz vor der Ecke Ziethenstraße (rechte Seite vom Nollendorfplatz aus) auf den Bürgersteig, mehrere Polizisten (6?) in Kampfanzügen und voller Ausrüstung sprangen raus und einer packte mich von hinten. Ich wurde grob rumgestoßen und angeherrscht, mich mit erhobenen Armen und gespreizten Beinen an die Hauswand zu stellen. Ich wurde grob und unangemessen gründlich durchsucht und die ganze Zeit geduzt. Ich drehte mcih um und sagte: 'Sie, bitte!' Daraufhin wurde der Polizist, der mich festgenommen hat, korrekter und fast höflich (war sehr jung und unsicher, konnte mir kaum in die Augen gucken). Mußte mit erhobenen Armen und gespreizten Beinen an der Hauswand stehen bleiben und durfte mich kaum umsehen.
(...) Wir vier Frauen wurden , jeweils mit den Polizisten, die uns verhaftet haben, in eine Wanne verfrachtet und zur Bülowstr. 89 gefahren. Dort standen wir ca. 15 Minuten, mußten dann in einen Gefangenentransporter mit den drei Männern zusammen umsteigen und wurden nach Tempelhof, Abschnitt 48 (?) (Ullsteinstraße) gebracht (ca. 12.15 Uhr).
Getrennte Zellen (Männer und Frauen), dann Einzeldurchsuchung (bis auf Hemd, Slip und Socken ausziehen) Mir wurden folgende Gegenstände gegen Unterschrift abgenommen: Kette, Ring, Schlüssel, Geld, Broschen, Schal. Habe ich bei der Entlassung wiederbekommen. Danach mußte ich mit den drei Frauen in eine andere Zelle und im Laufe der ncähsten Stunden (bis ca. 22 Uhr) wurden wir einzeln von der Kripo verhört. Mir wird folgendes vorgeworfen:
— Verdacht auf Landfriedensbruch, evtl. schwerer Landfriedensbruch
— Beteiligung an einer „kriminellen Demonstration“.
Ich habe Auskunft zu meiner Person (außer über Eltern) gegeben, zur Anklage keine Aussage gemacht und dies unterschrieben. Ich wurde gegen 22 Uhr entlassen, die anderen kurz nach mir.“

Die Verletzte selbst beschreibt ihre Verhaftung wie folgt:
„Ich bin mit einer Gruppe von 10 - 15 Leuten gegen elf Uhr auf der linken Straßenseite der Bülowstr. (von der Potse aus gesehen) in Richtung Nollendorfplatz gegangen, bis kurz hinter Bülow- Ecke Ziethenstraße. In der Höhe kamen uns Leute entgegen, die meinten, die B... kämen aus der Maaßenstraße und würden einen Einsatz machen. Zwei (?) Wannen fuhren um die Ecke Maaßen- /Bülowstraße, eine fuhr über den Gehweg. B... stürzten raus, verteilten sich auf beiden Straßenseiten. Ich bin quer über die Bülowstr. gerannt auf die rechte Straßensetie (von der Potse aus) in Richtung Ziethenstraße zur Apostelkirche. Kurz vor der Ecke hat mich ein Typ, mir unbekannt, ziemlich groß, angefaßt und mitgezogen — soll schneller rennen. Ecke Ziethenstr. waren drei bis vier B... direkt hinter uns, schlugen den Typen, dann mich auf die rechte

Schulter (Prellung /Attest: markstückgroßes Hämatom, Bewglichkeit schmerzhaft eingeschränkt). Die B... haben mich alleine abgedrängt bis in ein Gatter vor einer Ladenwohnung in der Ziethenstrße (links von der Bülow aus). Fünf oder sechs B... haben mich eingekreist, einer hat mir sein Schild ins Gesicht geschlagen, wobei der linke Schneidezahn oben abgebrochen ist und mein Mund blutete — habe gebrüllt, sie sollen aufhören — haben weiter getreten (Schürfwunde am linken Knie) und mich zwischen ihren Schildern hin und her geschubst. Von da bin ich zur Bülowstraße geschleppt worden und immer noch sehr grob und brutal behandelt worden und B... haben blöde Sprüche abgelassen. Vor dem Haus Bülowstr. 45 (?) (ArWoBau) standen viele B..., mehrere Wannen und fünf Festgenommene, drei Frauen, zwei Männer. Ich wurde separat vor ein Toreinfahrtsgitter gestoßen, bin, bis sie mir die Jacke abgenommen haben, mich durchsucht haben, grob und brutal behandelt und beschimpft worden. (...) Vor dem Tor sind Polaroidfotos gemacht worden, Papiere und Schlüssel wurden mir abgenommen. Von der Bülowstr. 45 sind Frauen und Männer getrennt bis vor das besetzte Haus gefahren worden. Dort sind wir zusammen in einen Gefangenentransporter verladen worden und nach ca. 15 Minuten in die Ullsteinstraße, Polizeiabschnitt 48, gebracht worden. (...) Ca. 21.30 Uhr draußen."

Zusätzlich zu diesem Polzeieinsatz kam es im Laufe dieses Vormittags immer wieder zu kleineren Aktionen von Polizeieinheiten, die gegen die zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich friedlichen Menschengruppen auf der Straße mit Schlagstock, Tränengas und Wasserwerfer scheinbar völlig unmotiviert vorgingen. Schon hier wurden Tränengasgranaten offensichtlich gezielt auf Leute abgeschossen. Mehrere Zeugen berichten, wie eine Radfahrerin von einem solchen Geschoß ins Rückgrat getroffen stürzte und schwerverletzt ins Krankenhaus transportiert werden mußte.

„Gegen ca. 12.30 Uhr wurden die Leute, unter denen ich mich befand, aus der Winterfeldtstr. getrieben. Wir sammelten uns vor der Verkehrsinsel Maaßenstr. /Winterfeldtstr. Ich stand mit in erster Reihe, uns gegenüber eine Polizeieinheit, die dort auf der Straße neben dem Winterfeldtplatz postiert war. Sie formierten sich zum Angriff und begannen mit Tränengas zu schießen. Ich bemerkte neben mir eine Radfahrerin, die im selben Augenblick wie bewegungslos und steif vom Fahrrad stürzte und mit dem Kopf zuerst auf den Asphalt schlug. Wir (die Zeugen) transportierten die Frau in einen in nächster Nähe liegenden türkischen Laden, von wo aus wir einen Krankenwagen anriefen. Kurze Zeit später kamen Leute von der Sanitruppe, die die stark blutende Platzwunde verbanden. Die Frau war ca. fünf Minuten ohne Bewußtsein und hatte anschließend, als ich sie ins Krankenhaus begleitete, kein Erinnerungsvermögen und schwere Konzentrationsstörungen.
Nach Zeugenaussagen wurde die Frau von einem Stein oder einer Tränengaspatrone in den Rücken getroffen, der aus den Reihen der Poizeibeamten kam. Ich kann dies hundertprozentig bezeugen, da ich ganz vorne stand und mir gegenüber nur Polizeibeamte."

Der Tod von Klaus Jürgen Rattey

Um 14 Uhr trifft Innensenator Lummer vor dem Haus Bülowstraße 89 ein, um in dem gerade geräumten Haus eine Pressekonferenz abzuhalten. Ungefähr 60 Leute befinden sich zu der Zeit auf dem Mittelstreifen vor dem Haus. Die nördliche Fahrbahnhälfte zwischen Frobenstraße und Potsdamer Straße ist durch Wannen und B... abgesperrt. Lummer läßt sich am Fenster (und auf dem Balkon) blicken. Die Menge vor dem Haus bekommt Zulauf und fordert Lummer mit Sprechchören zum Verlassen des Hauses auf.
Ca. 5 Wannen, die vom Nollendofplatz gekommen sind, sperren jetzt auch die südliche Bülowstraße in Höhe Frobenstraße ab, und die B... bilden Ketten. Es befinden sich ca. 200 Leute vor der Bülowstraße 89. 10 Minuten nach Lummers Erscheinen beginnen die B... mit Knüppeleinsatz den Mittelstreifen in Richtung südliche Fahrbahn zu räumen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind nach übereinstimmenden Zeugenaussagen keine Steine geflogen. Beoabchtet wurde lediglich eine einsame Coladose, die auf die B... kette geflogen ist. Eine allgemein verständliche, laute Aufforderung zum Räumen wurde ebenfalls nicht vernommen. Nur einige Zeugen nahe der B... kette vernahmen eine undeutliche Aufforderung.
Die Menschen werden gegen die weißen Geländer am Fahrbahnrand gedrückt. Hier gibt es die ersten Verletzten, und eine leichte Panik macht sich breit. Völlig unvermittelt rückt nun die B...kette aus Richtung Frobenstaße vor und treibt die Leute, die nun vollends in Panik geraten, auf die Kreuzung Bülow /Ecke Potsdamer Straße, die für den Verkehr nicht abge-

„Als Lummer gegen 14.00 Uhr in das Haus gebracht wurde, diskutierte ich an der Ecke Potsdamer/Bülowstraße mit Passanten und Polizisten. Die Situation war relativ ruhig. Soweit ich von dort hören und beobachten konnte. wurde die Provokation von Lummer lediglich mit Sprechchören beantwortet. Dies bestätigte sich auch dann, als ich mich wieder vor das Haus begeben hatte. Ich habe keinen einzigen Stein, keine einzige Getränkebüchse durch die Luft fliegen sehen. Sogar die Sperre wurde —trozt dieser schlimmen Provokation durch Lummer- nicht angegriffen. Ich war kaum zwei Minuten vor dem Haus, als die Polizisten unvermittelt damit begannen, mit unglaublicher Brutalität auf uns einzuprügeln. Ich hatte Todesängste in diesem Moment und wollte so schnell wie möglich fliehen. Zunächst kam ich aber nur bis zu dem Gitter zwischen Mittelstreifen und Straße. Die Hände hatte ich zum Schutz über den Kopf verschränkt. Als es möglich wurde, rollte ich mich förmlich durch die anderen Leute durch. Mit einem Schwung durch das Gitter. Gerade im letzten Moment, denn der Schlag eines Polizisten konnte mich durch die schnelle Vorwärstbewegung nur noch am rechten Oberschenkel treffen Dieser schwoll so sehr an, daß ich später kaum die Hose ausziehen konnte...."

„... um die Mittagszeit des 22.9.1981 stand ich in der Menge protestierender Menschen schräg gegenüber der geräumten Bülow 89, unter der Hochbahn in Richtung Frobenstraße. Sprechchöre der versammelten Menschen:„Lummer raus", „Sieg Heil, Heinrich" etc., als plötzlich ohne Vorwarnung ein Knüppeleinsatz in unsere Richtung erfolgte. Ich blieb bei einer älteren Frau stehen, während die Polizei die Menschen rechts und links an



Fotos: Georg Dose

sperrt gewesen ist. Die Menschen flüchten teilweise auf den Mittelstreifen und größtenteils auf die südliche Bülowstraße, strömen auf die befahrene Kreuzung, verteilen sich in die Potsdamer Straße in Richtung Kleistpark oder in Richtung Kurfürstenstraße. Jetzt werden auch vier oder fünf Steinwürfe in Richtung B...kette beobachtet. Da die Fußwege die rennende Menschenmenge nicht fassen können, werden die Leute auch auf die Fahrbahn der Potsdamer Straße gedrängt; überqueren auch die Kreuzung teils auf den Zebrastreifen (soweit möglich), teils quer über die Kreuzung. Als ein Teil der Flüchtenden bereits die andere Kreuzungsseite (Richtung Dennewitzplatz) erreicht hat, schaltet die Ampel für den Verkehr auf der Potsdamer Straße auf Grün. Obwohl die Flüchtenden weiterhin aus der Bülowstraße auf die Kreuzung getrieben werden, setzt sich der Verkehr in Bewegung. Die PKWs aus Richtung Kurfürstenstraße kommen bald zum Stehen. Zwei PKWs aus Richtung Kleistpark können noch die Kreuzung durchfahren, die nachfolgenden bleiben sicherheitshalber wegen der Menschern auf der Kreuzung stehen.
Der Doppeldecker der Buslinie 48E mit dem Kennzeichen B-V-2270 startet beim Umschalten der Ampel mit gewohntem Vollgas, wobei er beinahe zwei Personen auf dem Zebrastreifen erfaßt, die sich noch durch einen Sprung retten können. Die Empörung der beiden macht sich durch Rufen und Fäuste gegen den Bus schlagen Luft. Der Bus fährt völlig unbeschädigt in den Kreuzungsbereich ein.
In Bezug auf das nun folgende Geschehen vor bzw. unter der alten U-Bahnbrücke bestehen gewisse Unterschiede in der Aussage der verarbeiteten Gedächtnisprotokolle. Die vor den B... flüchtenden Menschen sind viel zu sehr damit beschäftigt gewesen, sich selber in Si-
uns vorbei in Richtung Potsdamer Str. und freier Fahrspur der Bülowstr. trieben. Bei diesem Einsatz waren auch Hunde dabei. Direkt vor meinen Augen wurde ein fliehender junger Mann brutal zusammengeknüppelt —der Polizist lief weiter. Dann kümmerte ich mich sofort mit einer Frau um den am Boden liegenden jungen Mann, der eine große blutende Kopfwunde hatte und offensichtlich besinnungslos war. Ich rief laut nach einem Sani, worauf die Leute und ein Sani zur Stelle kamen.
Die erste Knüppelattacke war inzwischen beendet und die Knüppelgarde zog sich langsam aus Richtung Potsdamer Str. zurück. Zu dieser Zeit flogen keine Steine und es wurden auch keine anderen Formen der aktiven Gegenwehr eingesetzt. (...) ..., als unvermittelt ein zweiter Knüppeleinsatz erfolgte, der die Leute auf die nicht gesperrte und somit befahrene Potsdamer Str. trieb..."

„Gleichzeitig wurde links neben dem Bus erkennbar, wie vier Polizisten (aufgrund des sich durch den fahrenden Bus verändernden Sichtwinkels bin ich dieser Zahl nicht ganz sicher) aus der Polizeikette ausbrachen, die die Bülowstr. auf einer vorgestellten Verbindungslinie zwischen den jeweiligen Häuserkanten abgeriegelt hatte. Die Polizisten knüppelten hinter einigen Demonstranten her und trieben sie auf die PotsdamerStr. Es fiel mir bereits in diesem Zusammenhang auf, daß der Busfahrer mit hoher Geschwindigkeit auf die dort stehenden Personen zufuhr, die sich durch schnelles Wegspringen der Gefahr entziehen konnten. Das Verhalten des Busfahrers hielt sich aber noch in den Grenzen dessen, was ich auch sonst von Busfahrern gewohnt bin."

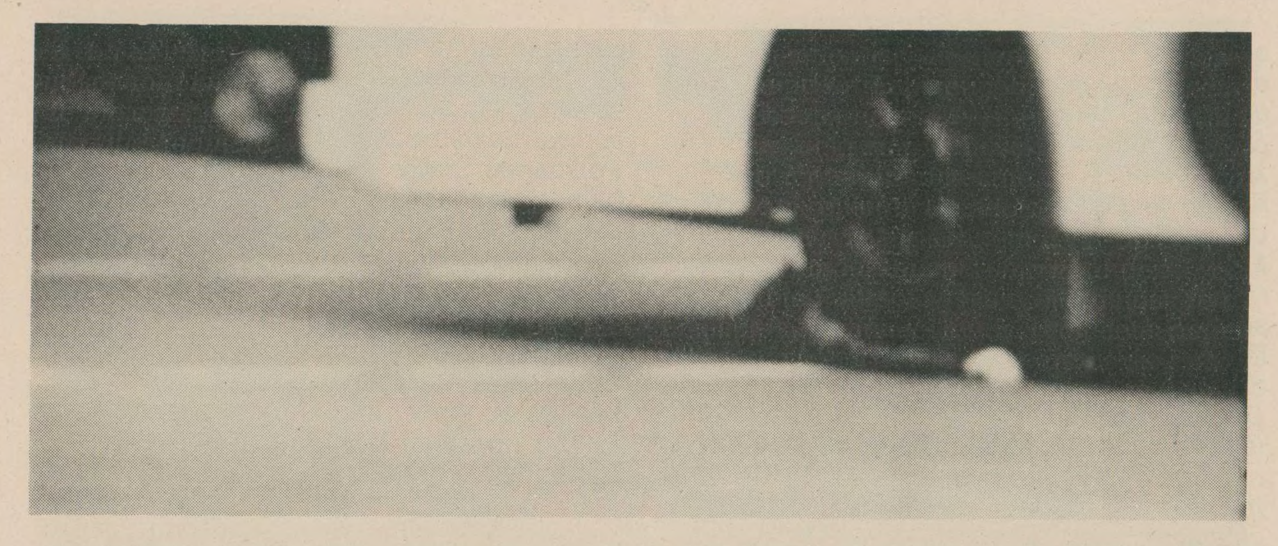
Fotos aus Super 8-Film

cherheit zu bringen, als daß sie den in Sekunden ablaufenden „Unfall" konzentriert hätten beobachten können. Für viele ist auch der Blick durch Brückenpfeiler und den Aufgang zu dem Türkenbazar versperrt. Fast einhellig ist aber die Aussage, daß der Bus der Linie 48E erst nach dem Unfall mit Steinen beworfen worden ist. Folgende Darstellung wird von jenen Zeugen bestätigt, die entweder direkt vor dem Aufgang zum Türkenbazar gestanden oder sich noch auf der Kreuzung in Höhe des Busses befunden haben.

Der Bus fährt mit ca. 20 km/h über die südlichen Fahrspuren der Bülowstraße. Ungefähr in der Mitte streift er mit der rechten vorderen Kante eine Person, die zur Seite geschleudert wird und sich gerade noch auf den Beinen halten kann. Der später getötete Klaus Jürgen Rattay bewegt sich zu diesem Zeitpunkt auf die Bahn des Busses zu. Er blickt zurück zu den B..., die am Rand der Kreuzung angelangt sind, und dreht sich dann wieder nach vorne. Erst in dem Moment kann er sehen, daß sich ihm der Bus nähert. Nach übereinstimmenden Aussagen hat er sich dem schon ca. 2 Meter vor ihm befindlichen Bus zugewandt und einen bzw. beide Arme hochgerissen. Der Bus erfaßt Klaus, der durch die Wucht des Aufpralls mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe knallt. Erst dann fällt er zu Boden, liegt auf dem Rücken und der Bus rollt so weit über ihn, bis das linke Vorderrad seinen Körper mitschleift und dabei blockiert wird. (Laut Polizeiversion vom 22.9.1981 soll der „... mit einer Kapuze maskierte Rattay über das Begrenzungsgitter der Bülowstraßen-Mittelinsel geklettert und auf die Stoßstange des Busses gesprungen ...„ sein (Tagesspiegel vom 23.9.1981). Was die werte Polizei aber zu übersehen haben scheint, ist die Tatsache, daß die Stoßstange a) sehr flach und b) nach

„... Dabei lief ich zwischen stehenden und langsam fahrenden Fahrzeugen hindurch und schwang mich über das Absperrungsgitter vor dem Eingang zum Türkischen Bazar. Hier blieb ich stehen und drehte mich um (zwei Meter vom späteren Unfallort entfernt). Direkt neben bzw. vor mir fuhr ein BVG-Bus der Linie 48E in langsamem Tempo auf der ganzen rechten Fahrspur, hielt allerdings nicht an. Der betreffende Klaus versuchte, genau wie ich, noch schnell vor dem Bus die Straße zu überqueren, weil die Polizisten inzwischen schon sehr nahe waren, drehte sich vor dem Bus halb um, erhob die Hände, so als wolle er den Bus aufhalten. Dann gab es ein dumpfes 'Plop' und Klaus wurde umgerissen. Im selben Moment, in dem der Busfahrer Gas gab, versuchten die Umstehenden mit allen Mitteln, mit Fäusten und Steinen, den Busfahrer zum Halten zu bewegen, der aber stattdessen sein Tempo beschleunigte. Dabei wurden aber auch einige Scheiben beschädigt, aber erst nachdem Klaus schon umgefahren worden ist."

„...als ich auf der anderen Seite der Potsdamer Str. angekommen war, direkt unter der U-Bahnbrücke, hörte ich hinter mir einen Aufprall, drehte mich um und sah, wie ein dunkelgekleideter Mensch auf der Fahrerseite des Busses zusammensank und direkt unter das linke Vorderrad des inzwischen fast stillstehenden Busses fiel. Dieser fuhr jetzt wieder an und überrollte den Menschen. Für mich sah es so aus, als ob er ihm direkt mitten über den Körper fuhr...."



Fotos aus Super 8-Film

oben und unten hin so stark abgerundet ist, daß es unmöglich ist, sich darauf — und sei des nur für Sekunden — zu halten.
Danach gibt der Busfahrer Gas (um den Kreuzungsbereich zu verlassen?), und jetzt erst fliegen ein paar Steine. Es ist beobachtet worden, daß ein Typ, ebenfalls maskiert aber mit heller Hose, vor den Bus läuft, vor dem Fahrer hochspringt und versucht, die linke Frontscheibe weiter zu zertrümmern. Dieser Typ läuft aber sofort zurück und veschwindet in der Menge.
Die rechts neben dem Bus herlaufenden Leute versuchen mit Schreien, Klopfen und Steinen den Busfahrer von der Weiterfahrt abzuhalten. Links an dem fahrenden Bus tauchen vereinzelt B...auf. Obwohl sie Klaus unter dem Rad mitschleifen sehen müßten, machen sie keine Anstalten, den Bus anzuhalten. Der Bus fährt weiter und hält erst nach ca. 40 Metern vor dem Eingang der Commerzbank. Jetzt versuchen Leute den Fahrer zu bewegen, den Bus zurückzusetzen, werden aber von den B... vertrieben, die sich erst danach dazu bequemen, den Busfahrer zum Rückwärtssetzen aufzufordern. Der Busfahrer fährt daraufhin um ca. 10 bis 15 Meter zurück und rammt den dort stehenden Bus der Linie 83.
Zwei zufällig anwesende Ärzte sowie ein Medizinstudent eilen zu Klaus und versuchen erste Hilfe zu leisten. Die Ärzte stellen noch Herztätigkeit und Pupillenreaktionen fest, die Arme und der Kopf sind stark verformt. Zwei Minuten später hat das Herz ausgesetzt und der klinische Tod ist eingetreten. Keiner der B... bemüht sich um Klaus, ganz im Gegenteil: Eine B...kette vertreibt knüppelnd die um Klaus stehenden und hinzueilenden Menschen und behindern somit eine erste Hilfe. Die herbeigerufene Feuerwehr kommt erst nach ca. 1 /4 Stunde und transportiert Klaus'

„Ich beobachtete, wie der Bus über die Kreuzung fuhr, unter der linken Vorderachse (Fahrerseite) lag der Körper des Opfers. Die Person wurde mitgeschleift. An der Ecke Bülow / Potsdamer Straße, als das Opfer schon unter dem Wagen lag, wurde der Bus von der Seite her (von der Fahrerseite gesehen rechts) mit Steinen beworfen (ca. 14.10 Uhr). Als der Bus dann zum Halten kam und langsam zurücksetzte, wurde die Fahrerseite mit Steinen eingeworfen. Als die Polizei das Fahrzeug und den Fahrer schützte bzw. geschützt hatte, kam es zu einer Unterhaltung zwischen der Polizei und dem Busfahrer. Auf Fragen der Polizei sagte der Fahrer, er habe den jungen Mann gesehen und plötzlich einen dumpfen Aufprall wahrgenommen. Aufgrund der die Fahrbahn überquerenden Personen habe er angenommen, es würden Steine geworfen. Er habe daraufhin Gas gegeben. Der Busfahrer hat zu keiner Zeit den Wagen verlassen, sondern hat nach einiger Zeit unter dem Schutz der Polizei das Fahrzeug gewendet und ist in Richtung Kleistpark gefahren. Während meiner Beobachtungen machte der Fahrer keineswegs den Eindruck, er habe einen Schock erlitten. Seelenruhig fuhr er den Bus rückwärts, blickte allerdings zu keiner Zeit auf das Opfer, ich hatte eher den Eindruck, als habe er bewußt weggesehen..."



Fotos anonym

Leiche ab.
Zwischenzeitlich wird dem Fahrer des 48er Busses unter Polizeischutz ermöglicht, den Bus zu wenden und zum BVG-Fuhrpark am Kleistpark zurückzufahren.
Abschließend ist festzustellen, daß die B... keinerlei Spurensicherung vorgenommen haben, sondern durch einen Wasserwerfereinsatz eine halbe Stunde später alles weggespritzt haben.

„... Ich befand mich nun ebenfalls auf dem Bürgersteig vor dem Commerzgebäude und sah, wie einige Personen, einer mit einem gutsichtbaren roten Kreuz auf dem Helm und der Armbinde, auf die Stelle vor der der Bus vor dem Zurücksetzen zum Stehen gekommen war, zuliefen. Ehe sie jedoch die Stelle erreichten, an der schon einige Personen standen, wurden sie von knüppelschwingenden Polizisten jedoch wieder aus dem Bereich weggetrieben....“

Foto Georg Dose



„Ich stand nachmittags mit Freunden vor dem geräumten Haus an der Bülowstr. 89. Lummer war gerade im Haus drin. Sprechchöre 'Lummer raus!' etc. Plötzlich wurde ich nach hinten gedrängt, obwohl alles noch ruhig war, sah einzelne Leute rennen, B... hinterher. Ich kletterte über das weiße Geländer und rannte mit einem Freund Richtung Potsdamer Straße. Dort blieb ich auf der Straße stehen, vor dem Türkenbazar. Ich sah, daß B... die Menschenmenge links von mir zur Potsdamer Straße trieben. Ich ging wieder ein paar Schritte zurück in die Mitte der Straße. Wir schauten nach links und sahen plötzlich den Bus, der vorher vor der Kreuzung stand, voll losfahren. Ich begriff es nicht! Die ganzen Leute wurden zur Potsdamer Straße getrieben und der Bus fuhr los. Ich konnte zur Seite springen — die Leute schrien — Klaus-Jürgen war etwa 3 Meter von mir entfernt, aber in der Mitte der Straße! Er sah den Bus nicht rechtzeitig, weil er sich noch zur Bülowstr. 89 gewandt hatte und noch rief. Er trug eine schwarze Mütze. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden keine Scheiben des Busses eingeschlagen. K.J.R. wurde voll vom Bus erfaßt, hochgehoben, wobei sein Kopf durch die Scheibe zu sehen war! Die Frontscheibe ging kaputt. Plötzlich war das Gesicht weg. Der Busfahrer fuhr weiter. Mehrere Leute rannten hinter dem Bus her, schrien: 'Anhalten, anhalten!' Einige sprangen hoch und schlugen die Scheiben ein. Der Bus fuhr, aber die Straße blieb leer. Auf der anderen Straßenseite hielt der Bus an, fuhr zurück und ich sah einen Menschenkörper liegen. Ich rannte hin — den Kopf konnte ich nicht mehr richtig sehen — ich weiß nicht, ob aus Entsetzen oder weil alles voller Blut war. Er lag auf dem Bauch. Unten floß Blut, Blut raus. Ich sah seinen Rücken, grau grün zerquetscht. Wir rannten herum und schrien: 'Er ist tot!' Wir konnten es nicht verstehen. Erst dann fingen Vermummte an, die Scheiben der Bank einzuwerfen. Ich setze mich — und Schock..."

„Am Nachmittag kam es vor dem geräumten Haus in der Bülowstraße zu einer Ansammlung von Demonstranten, als Lummer die Dreistigkeit besaß, in Siegerpose dort aufzutreten. Sprechchöre waren offensichtlich der Anlaß für die Polizei — entgegen den Radiomeldungen flogen keine Steine — unterm Etikett 'Räumen!' mit größter Brutalität auf die Leute einzuschlagen. Sie wurden von der Polizei auf die Potsdamer Straße gejagt. Ich befand mich bereits auf der anderen Seite, auf dem Gehweg unter der Hochbahn, als ich sah, wie plötzlich ein bisher haltender BVG-Doppeldecker anfuhr, direkt in die fliehenden Demonstranten. Der dann totgefahrene junge Mann riß kurz vor dem Aufprall, wahrscheinlich vor Schreck, beide Arme hoch und schlug dann mit dem Kopf gegen die Windschutzscheibe, die dabei zu Bruch ging. Er fiel um und kam direkt unter den Bus. Aber statt zu halten, gab der Fahrer noch Gas und schleifte den jungen Mann auf dem Boden mit, bis er dann vor der Commerzbank zum Stehen kam. Viele Leute brüllten dann vor Entsetzen 'Halt!' und rannten auf den Bus zu, um dem Fahrer klarzumachen, daß er halten solle. Dies wertete die Polizei wiederum als Angriff auf den Bus und schlug auf diejenigen, die helfen wollten, ein. Alle Beschädigungen am Bus fanden nach dem Unfall statt! Eine lange schwarze Spur rührte von der Lederjacke des Toten her, Bremsspuren des Busses waren keine zu sehen..."

Ein Brief von Christian Müller, Pfarrer für die Seelsorge Nichtseßhafter, an Herrn Bischof Kruse:

„Sehr geehrter Herr Bischof,
als Augenzeuge der Ereignisse, die sich um die Räumung des Hauses Bülowstr. 89 in Schöneberg heute abspielten, wende ich mich an Sie, um Sie davon zu informieren und mit der Bitte, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, damit sich Ähnliches nicht wiederholt.

Im Haus Bülowstr. 89 wohnten seit Anfang März auch einige Obdachlose. Von daher bin ich mit der Entwicklung im Haus vertraut. Doch ich will mich hier nicht zu der Frage der Hausbesetzungen äußern, sondern zu den heutigen Vorgängen. In der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes in der Levetzowstraße erfuhr ich heute vormittag, daß die Bülowstr. 89 geräumt werde. Daraufhin fuhr ich dorthin. Die Situation war dort ruhig. Die eine Fahrbahn war durch Polizei abgesperrt. Nach und nach wurden Besetzer und Paten aus dem Haus geführt, ihre Personalien aufgenommen und dann freigelassen. Nach deren Aussagen verlief auch die Räumung im Haus relativ ruhig. Jede Gewaltanwendung von Seiten der Bewohner unterblieb. Einige ließen sich heruntertragen. Dabei sei die Polizei nicht gerade zimperlich vorgegangen

In zwei Situatinen kam es zu einer gereizten Stimmung. Einmal fuhr ein Wasserwerfer auf der anderen Straßenseite vorbei, der mit der Räumung der Bülowstraße nichts zu tun hatte und richtete total unmotiviert seinen Wasserstrahl auf die Leute, die unter der Hochbahn standen.

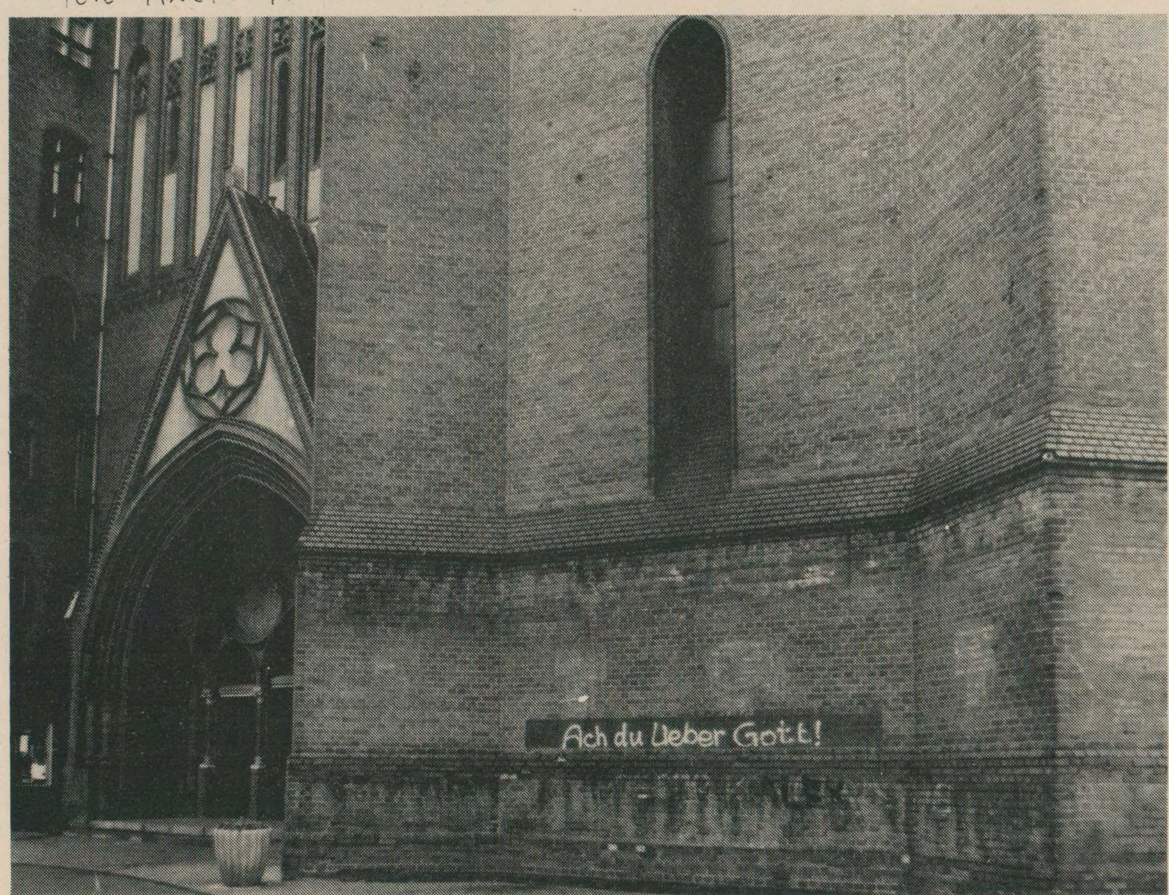
Das zweite Mal wurde einer der Bewohner, der nicht laufen wollte, von zwei Polizisten quer über den Bürgersteig geschleppt bis hinter die Absperrung. Insgesamt aber eine äußerst ruhige und nicht aggressive Stimmung.

Der letzte Bewohner war eben aus dem Haus gebracht, da, ich traute meinen Augen nicht, tauchte Herr Lummer mit Fernsehkameras und Presseleuten vor dem Haus auf und ging in das Haus. Dies empfand ich wie alle Umstehenden als eine einzige Provokation. Man konnte Herrn Lummer ab und zu durch die Fenster des Hauses sehen, Fernsehleute gingen auf den Balkon und filmten die Menschenmenge, die sich nun hinter der Absperrung sammelte. Es gab Sprechchöre, jedoch kam es zu keinerlei Gewalttätigkeiten; es flogen keine Steine. Allerdings holte die Polizei nun auch wieder die Hunde hervor, die sie vor dem Auftauchen des Herrn Lummer eingeschlossen hatten. Ich stand recht dicht von der Polizeikette entfernt (ca. 2 m), als plötzlich ohne jede Vorwarnung und ohne daß ein Grund ersichtlich war, die Polizei mit Schlagstöcken auf uns zustürmte und uns auf die nicht abgesperrte Gegenfahrbahn trieb.Die Folge war, daß eine kleine Panik ausbrach, die Menschen teilweise übereinanderstürzten und vor den anstürmenden Polizisten in Richtung Potsdamer Straße flohen. Da der Fahrzeugverkehr nicht gestoppt war, sahen sich plötzlich hunderte von Menschen zwischen den fahrenden Autos. Ein BVG-Bus, der anfangs noch jenseits der Kreuzung in der Potsdamer Straße gestanden hatte, versuchte noch durch die Menschenmenge auf die andere Seite zu kommen. Einige vereinzelte Steine flogen nun auch in Richtung der herankommenden Polizisten.

Folge dieser Panik: ein Mensch wurde von dem Bus überrollt, nach Auskunft von Leuten, die unmittelbar in der Nähe waren, wurde der Verletzte noch einige Meter mitgeschleppt und soll tot sein. Beim Bus wurden einige Fenster durch Steine eingeworfen. Mir geht es

nicht darum, dem Busfahrer die Schuld zu geben, die Panik hatte wahrscheinlich auch ihn ergriffen.
Die Verantwortung für das, was heute nachmittag an der Bülowstraße geschah trägt allein Herr Lummer. Es ist m. E. nicht nur instinktlos, unmittelbar nach der Räumung, eine Pressekonferenz im geräumten Haus abzuhalten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß er im vollen Bewußtsein, Körperverletzungen von Polizisten, beteiligten und unbeteiligten Menschen in Kauf genommen hat, um sich zur Schau zu stellen. Ich hoffe immer noch, daß der vom Bus überfahrene Mensch nicht tot ist. Ich weiß sonst nicht, wie Herr Lummer dies verantworten kann.
So bitte ich Sie, Herr Bischof, nochmals, bei Ihren Gesprächen mit dem Senat, diese für mich noch vor kurzem unvorstellbaren Ereignisse anzusprechen.„

Foto Axel Arft





Int. Liga für Menschenrechte
Mommsenstr. 27,
D-1000 Berlin 12

Teilweiser Auszug eines Berichts eines Beobachters der Internationalen Liga für Menschenrechte:

„1.) Es bestand zu dem Zeitpunkt der Räumung des Mittelstreifens (etwa 14.12 Uhr) nach meinem Eindruck und dem anderer Herumstehender keine gefährliche Lage; es gab keine Angriffe gegen die Polizisten oder entsprechende Gewalthandlungen, die eine Räumung dringlich erscheinen ließen.
2.) Wenn die Polizei dennoch aus ihrer Sicht der Lage meinte, den Mittelstreifen räumen zu müssen, hätte sie ihn zu diesem Zeitpunkt niemals in Richtung Potsdamer Straße räumen dürfen und können.
3.) Tatsächlich war die Lage so übersichtlich, daß die Polizei ohne weiteres von der Potsdamer Straße aus zur offenen Seite Richtung Frobenstraße hätte räumen können.
4.) Auch wenn zu Beginn zwei Räumungsaufforderungen erfolgten, die an der anderen Seite der Demonstrationsgruppe nahe der Potsdamer Str. nicht allgemein gehört worden sein sollen, so vermißte man doch eine Aufforderung, wie sich denn die Gruppe so schnell auflösen sollte. Die 150 bis 200 Menschen waren genötigt, in die verkehrsreiche Potsdamer Straße und den Kreuzungsbereich zu fliehen, da die Polizei ja von der Frobenstraße und vom Mittelstreifen in Richtung Potsdamer Str. massiv vorrückte.
5.) Die Räumung des Mittelstreifens in Richtung Potsdamer Str und in den Kreuzungsbereich hinein, ohne vorher wenigstens den Verkehr in der Potsdamer Str. für kurze Zeit polizeilich zu sperren, war eine unverantwortliche und fahrlässige Aktionsweise, bei der man mit Unglücksfällen rechnen m u ß t e.
6.) Auch wenn polizeiintern inzwischen von einem Mißverständnis die Rede sein soll, („Nicht über die Potsdamer Str. hinaus räumen"), so würde gerade dieses Kommando bestätigen, daß man für angebracht hielt, überhaupt zur verkehrsreichen Potsdamer Str. hin 150 bis 200 Menschen abzudrängen!
7.) Wer trägt die polizeiliche, wer die politische Verantwortung für diesen gefährlichen und fahrlässigen Einsatz, in dessen Verlauf auf der Kreuzung Potsdamer/Bülowstraße ein Demonstrant getötet wurde?
Polizeipräsident Hübner und Innensenator Lummer, die Vertreter unseres demokratischen Rechtsstaates, müßten es wissen!"

Die Springerhetze:

Um die Ursachen der Reaktionen des Berliner „Durchschnittsbürgers" zu den Räumungen und Auseinandersetzungen des 22.9. besser zu verstehen, wollen wir hier exemplarisch für die gesamte „Berichterstattung" der Springerpresse gegen Hausbesetzungen und Besetzer, die in den letzten Monaten gelaufen ist, einige Schlagzeilen zwischen dem Räumungsultimatum und den Räumungen zeigen:



Die Kannen, die mehr können
EMSA-THERMOSTARS
Mit dem praktischen Klapp-Schraub-Verschluß drucken-drehen - dicht. Da bleibt Heißes länger heiß. Und das Schönste: es gibt sie passend zu jedem Service
EMSA überall zuhaus
Hausbesetzer horten Stahlkugeln, Steine – Eingänge verrammelt
Warum?
algemarin
das Wirkstoff-Bad
3 Tage vor der Räumung
Besetzte Häuser wie Festungen
In drei Tagen läuft die Räumungsfrist für acht besetzte Häuser ab –
gestern: „Die Häuser sind wie Festungen." (Weiter S. 4.)
Acht Häuser räumen – wa
ÜBERPARTEILICH
Kreuzer
Edinburgh
120 Zent
Von HELMUT VOSS
Berlin vor schwersten Tagen
Besetzer holten 800 Mann Verstärkung
ALTBAYERISCHER
KARTOFFELSCHNAPS
Problem's mal!
Leichte Wahl
CIGARILLOS
Aromatisch und leicht im Geschmack
RINN & CLOOS AG
Montag, 21. Sept. 1981 - 40 Pf
BERLIN-AUSGABE
Nr. 219/39
C 21371 A
Bild
Entführte Frau des Konsuls frei
„Gold Dollar – das ist Tabakqualität, die mir einfach besser schmeckt."

Räumung der Mahnwache

Die früheste Einordnung der Räumung der Mahnwache wird mit 15 bis 15.30 Uhr angegeben. Dazu heißt es:
„Nach dem Todesfall von K. J. Rattay wurde von ca. zweihundert Leuten ein Sitzstreik auf der Potsdamer Straße Ecke Bülowstraße gemacht. Die Polizei fuhr mehrmals provozierend mit mehreren Wannen vorbei. Als in der Menge nur Sprechchöre laut wurden, rasten sie zwei, drei Mal auf die Menge los und zogen wieder ab. Mit Verstärkung wieder angekommen, forderten sie die Menge auf, die Straße zu räumen, weil angeblich durch den Sitzstreik eine strafbare Handlung vorliege. Plötzlich schossen sie eine unüberschaubare Menge Tränengasbomben in die Menschenmenge, dabei zielten sie scheinbar direkt auf Personen. Mit Blaulicht und Sirene rasten die Wannen los und trieben die Menschenmenge vor sich her. An der Ecke Potsdamer Straße Kurfürstenstr. sprangen die B... ab und trieben die übriggebliebenen Demonstranten unter Schlagstockeinstatz auseinander."

Für offenbar den gleichen Vorfall gibt ein anderer Zeuge folgende Schilderung und datiert sie auf ca. 16 Uhr:
„Plötzlich starteten die Polizeiwagen und fuhren sehr schnell auf die Menge zu. Viele Leute liefen weg, einige blieben sitzen und rückten eng zusammen. Polizeibeamte kamen auf uns zu und packten einzeln oder zu mehreren Demonstranten und transportierten sie ab. Außer mir befanden sich schließlich noch fünf andere Verhaftete im Mannschaftswagen. Wir mußten uns auf den Boden setzen, obwohl es dort viel zu eng für sechs Leute ist und obwohl auf der Bank noch Plätze frei waren. Als im Funkgerät durchgesagt wurde, daß die Polizeifahrzeuge nun gehalten seien, die mit Blumen gekennzeichnete Stelle zu umfahren, sagte ein Beamter 'nicht drumherum, sondern mitten durch'."

Nach der ersten Räumung der Mahnwache (ca. 15.30 Uhr) hatten sich zwischen 16 und 17 Uhr ca. hundert bis zweihundert Menschen eingefunden, die ihre Trauer und Betroffenheit nach dem Tod von Klaus Rattay zum Ausdruck bringen wollten. Ein Anwesender beschreibt die Situation:
„Zwischen 16.30 und 17 Uhr kam ich an die Stelle, an der der Demonstrant überfahren worden war. Die Blutlache war inzwischen von Blumen überdeckt. Um die Stelle herum fand eine Sitzdemonstration statt. Ab und zu brachten Leute Blumensträuße. Ich machte ein Foto von einer älteren Frau, die einen Blumenstrauß niederlegte. Da sie einer ganz anderen Generation als die hier Sitzenden angehörte, fand sie allgemein Beachtung. Sie blieb dann hinter den Sitzenden stehen. Der

Junge sei sicherlich erst 18 gewesen, sagte sie und hatte Tränen in den Augen. Es war still an dieser Stelle, die Atmosphäre erschien sehr friedlich. Journalisten kamen und machten Aufnahmen von den Blumen. Ich nahm an und hielt das auch für völlig natürlich, daß diese Trauerbekundung von der Polizei respektiert wurde. Ein massives Verkehrshindernis stellte die Ansammlung ohnehin nicht dar, denn die Fahrbahn war nicht in voller Breite blockiert. Außerdem ging seit längerer Zeit kein Durchgangsverkehr durch die Potsdamer Straße..."

Gegen 17 Uhr fuhren mehrere Wannen an der Straßenkreuzung Potsdamer-/Kurfürstenstraße auf. Die B... sprangen heraus und stellten sich mit ihren Schildern vor die Wannen. In den Reihen der Sitzenden kam Unruhe auf, einige standen auf und riefen verschiedene Parolen. Andere versuchten, die Leute wieder zu beruhigen. Wie aus vielen Schilderungen von Anwesenden hervorgeht, ermahnte die bereits oben erwähnte ältere Frau die Sitzenden mehrmals, „sich nicht provozieren zu lassen, da dies eine Totenwache sei". Viele klatschten ihr zu und nickten. Es war ganz



Foto Ali Paczensky

Foto Peter Lafrentz



offensichtlich, „daß die absolute Einhaltung der Gewaltfreiheit in dieser Situation dem allgemeinen Konsensus entsprach". Nach kurzer Zeit stiegen die B... wieder in die Wannen, diese wendeten und entfernten sich in Richtung Kurfürstenstraße. Unmittelbar danach fuhren auf der gegenüberliegenden Seite, also Potsdamer-/Bülowstraße mehrere Wannen auf und stellten sich parallel zur Hochbahn. Die B... postierten sich vor den Wannen und über Lautsprecher wurden die Sitzenden aufgefordert, die Kreuzung zu verlassen. Ein Anwesender schildert:

„Ein Polizeilautsprecher gab etwas durch, das wohl eine Aufforderung zum Räumen sein sollte. Es ging aber in Sprechchören wie 'Mörder, Mörder' und Rufen wie 'Sitzenbleiben, nicht werfen' usw. unter. Gleich darauf wurden Tränengasgranaten auf die Sitzenden geschossen."



Foto Thomas Augustin

Mehrere Personen beobachteten, wie die alte Frau, von einer Tränengaspatrone am Kopf getroffen, zu Boden fiel. Gleichzeitig stürmten die B... auf die Sitzenden los, so daß diesen keine Zeit gelassen wurde, die Kreuzung freiwillig zu verlassen. Es kam Panik auf, da jeder versuchte, sich vor den knüppelnden B... und dem Tränengas zu retten. Ein Zeuge beschreibt, daß er mitansehen mußte, „wie die Ordnungskräfte alles Lebendige mit Knüppeln und Fußtritten nach Norden (Richtung Kurfürstenstraße) trieben." Ein anderer:
„Auf die Stelle der Totenwache waren jetzt mehrere Wannen gefahren, die Blumen wurden mit den Füßen auseinandergeschoben und zertreten."
Nachdem die Lage sich wieder beruhigt hatte, schildert ein Zeuge:
„Ich ging zur Ecke Bülowstraße zurück. Die Passanten dort waren erregt und empört über den brutalen und ganz offensichtlich unnötigen Einsatz. Ein Mann, der den Ausweis irgendeiner Organisation vorwies, verlangte nach der Dienstnummer eines Beamten mit Megaphon in der Hand. Die könne, so dessen Antwort, nur über den Einsatzleiter verlangt werden. Wo der Einsatzleiter sei? Der Beamte wies vage in eine Richtung: Vielleicht da hinten irgendwo. Ich frage an der angegebenen Stelle nach dem Einsatzleiter. Es kam zu folgendem Dialog mit einem baumlangen breitschultrigen Polizisten. 'Halt die Klappe. Einsatzleiter haben wir hier nicht.' Ein Passant neben mir: 'Ach so, ihr knüppelt also ohne Anweisung?' Der angesprochene Polizist: 'Natürlich. Immer auf die Köpfe. Auf deinen zuerst, wenn du nicht abhaust'. Seine Kollegen neben ihm lachten. Mir war nicht zum Lachen zumute."

Auch die Presse wird nicht verschont

Ein anderer Vorfall, der sich um 17.30 Uhr in der Potsdamer Straße gegenüber dem besetzten Haus Nr. 130 ereignete und von einem Zeugen geschildert wird:
„Ein Bekannter (Benny) und ich saßen beide in der Hocke, ca. ein Meter vom Randstein entfernt. Er notierte auf einem Block auf dem Knie. Er schreibt gerade den Namen und Rechtsanwalt eines Verhafteten auf, der an uns vorbeigeführt wurde.
Ein B... springt aus einer Wanne und reißt meinem Bekannten den Zettel weg. Wir springen auf, ich rufe 'Hey, was soll das, haut ab'. Ich wurde von zwei oder mehr B... gepackt und ohne Gegenwehr in eine Wanne geschoben. Kurz danach wird mein Bekannter in die Wanne gestoßen. Durch die Tür zeigten wir mehreren Leuten unsere taz-Ausweise."
Aus der gezielten Festnahme dieser Personen, die augenscheinlich die Vorfälle protokollierten, ist zu schließen, daß die Polizei versuchte, Vertreter einer nicht polizeifreundlichen Berichtestattung einzuschüchtern und damit Gegenöffentlichkeit zu verhindern.

„Halts Maul, sonst schlagen wir dich tot, du Sau !" (Ausspruch eines B. am 22.9.)

Wasserwerfer auf Menschenjagd

„Siegfried, Conny, ich stehen unter der Hochbahn in der Bülowstr. auf Höhe der Steinmetzstr., als der Wasserwerfer vom Bülowbogen her Richtung Potsdamer Str. auf der rechten Fahrbahn uns entgegenkam (im Schrittempo). Wir gehen Richtung Steinmetzstr. Der Wasserwerfer biegt links ab in die Steinmetzstr. ein und erhöht schlagartig seine Geschwindigkeit. Die Werfer werden ... eingeschaltet und decken die ganze Breite der Fahrbahn ab. Conny und ich laufen und suchen nach einer Schutzmöglichkeit vor den Wasserstrahlen. Als der Werfer nur noch ca. dreißig Meter von uns entfernt war und weiterhin seine hohe Geschwindigkeit beibehielt, haben wir versucht, hinter einem PKW Schutz zu suchen.“ *Was wäre wohl geschehen, wenn nun zufällig kein Schutz bietender PKW in der Nähe gewesen wäre?*

Räumung der Liebenwalder Str. (ca. 16 Uhr)

Ein B..., der morgens um zehn Uhr an einer Straßenabsperung im Zusammenhang mit der Räumung der Hermsdorfer Straße seinem unsauberen Berufe nachging, erkennt sechs Stunden später im Zusammenhang mit der Räumung der Liebenwalder Str. eine Frau wieder, mit der er morgens schon verbal aneinander geraten war. Die Frau schreibt:

„Ich stand zwischen meinen Fahrrad und der Mauer. Plötzlich hörte ich einen B... rufen: 'Das ist doch die von heute morgen', und erkannte den schon beschriebenen Polizisten wieder. Was danach passierte, weiß ich nicht mehr. Ich hab laut Aussage von Zeugen und der Ärzte Schläge auf den rechten Arm, den Brustkorb, Rücken und das Genick bzw. den Hinterkopf abbekommen.“

Die nächsten vier Tage verbrachte die Frau im Krankenhaus.

22./23.9.81, Zeit ab Schweigemarsch

Um ca. 19.30 Uhr begann ein Schweigemarsch vom Olivaer Platz zum Savignyplatz, und von dort aus weiter als Spontandemo zur Unfallstelle. Viele setzten sich dann auf die Kreuzung. Eine Teilnehmerin des Schweigemarsches schilderte diese anfängliche Situation so:

„Ich war von Anfang an Teilnehmerin des Schweigemarsches und nachdem ich meine Begleiterin aus den Augen verloren hatte, schloß ich mich einer friedlichen Gruppe an, die singend in größerer Anzahl um den Unglücksort des getöteten Demonstranten saß. Bereits nach kurzer Zeit rasten Polizeiautos wie schon zuvor in rasender Fahrt auf uns zu, und sofort hagelten Tränengasgeschosse, die von in der Hocke sitzenden Polizisten gezielt aus drei bis vier Meter auf uns abgegeben wurden. In Panik und nach Luft ringend rannten wir durcheinander, wurden jedoch von den sitzengebliebenen Demonstranten zum weiteren Verharren ermutigt.

So sangen wir weiter und unterbrachen, wenn Steine von den am äußersten Rand stehenden Demo-Leuten geworfen wurden, mit Sprechchören wie 'Aufhören' oder 'Schmeißt keine Steine'. Dann kamen erneut die Polizisten, diesmal prügelbereit, ließen jedoch davon ab, nachdem wir sie von unserem friedlichen Verhalten überzeugen konnten. Sie fuhren also wieder fort.

Nach kurzer Zeit kam jedoch wieder eine Polizeigruppe, aber diesmal wesentlich aggressiver. Sie packten zugleich eine Teilnehmerin, um sie in die Wanne zu ziehen, als sie den prügelbereiten Herren mit Blumen unsere friedliche Absicht wiederholt demonstrieren wollte. Wir befreiten die Frau und die Polizisten zogen zögernd ab.“

Anschließend wird diese Frau festgenommen, während sie zusammen mit einem Sani versucht, einem Verletzten zu helfen. Auf dem B...revier erging es ihr folgendermaßen:
„Nach sehr sorgfältiger Ausweiskontrolle und Ausfüllen von viel Papier (zwei große Briefumschläge, Eigentumsprotokoll, sowie sogenannter Verhaftungsschein) — die B... konnten nun den Rest (?) ihrer Aggression am Papier auslassen.
Meine Mitteilung, ich sei schwanger, wurde kaum beachtet. Ein weiblicher B... genoß offensichtlich in meiner Ansicht nach sadistischer Weise die Leibesvisitation in einem Toilettenraum. Sie forderte mich auf, mich nackt — auch Schlüpfer und Unterhemd — also alles auszuziehen. Auf meinen Protest und Weigerung hin drohte sie mir ' Verstärkung' an, von der sie jedoch Abstand nahm und lieber allein schon mit Gewalt (sie wurde ja auch nervös) mir die Sachen vom Leibe riß. Sie forderte mich auf, meine Jeans auszuziehen und zu 'geben', die ich ihr jedoch vor die Füße schmiß. Die kriegte sich fast nicht mehr ein. Dann riß sie gewaltsam meinen Schlüpfer herunter, daß er echt krachte (Saum riß auf). Dann wusch sie sich die Hände."

An der Mahnwche wurden von den B... Tränengasgeschosse immer wieder gezielt in die sitzende Menge geschossen mit dem Ziel, die Leute zu vertreiben. Dabei wurden viele an Kopf, Brust, Bauch etc. getroffen und zum Teil erheblich verletzt. An dieser Stelle prügelten die B... auch immer wieder auf die Sitzenden ein. In der Zwischenzeit hatten sich im Bereich Winterfeldplatz, Nollendorfplatz, Potsdamer Straße Tausende gesammelt. Überall entstanden brennende Barrikaden, Schaufensterscheiben gingen zu Bruch. Die Wut, die an diesem Abend herrschte, äußerte sich hier. An vielen Stellen zugleich kam es zu schweren Zusammenstößen mit den B..., vielen Verletzungen und Festnahmen. Im folgenden versuchen wir, einige Zeugenaussagen wiederzugeben, um einen kleinen Eindruck von dieser Nacht zu vermitteln.
Ob es an diesem Abend eine besondere Taktik seitens der B... gab, ist schwer zu sagen. Auffallend sind sehr häufig Wannenjagden über Gehwege, Herausgreifen und Verprügeln einzelner, da sie offenbar leichter zu packen waren, und reichlich wahllose Verhaftungen. Eine Zeugin berichtete, wie sie gegen 22.30 Uhr in der Bülow/Ecke Frobenstraße verprügelt wurde:
„Ganz unvermittelt hat mir dann ein B... im Vorbeilaufen von hinten mit seinem Knüppel im Vorbeilaufen in den Rücken (ins Kreuz) geschlagen. Aus Angst vor Schlägen auf den Kopf habe ich meine Arme gehoben, um mich vor eventuellen Schlägen schützen zu können, während die B... weiter an uns vorbeiliefen. Einen Augenblick später hat ein anderer B... mir seinen Knüppel mit solcher Wucht in die linke Seite geschlagen oder gerammt, daß ich vor Schmerz erst einmal zusammengebrochen bin. Mein Begleiter und ein weiter Zeuge haben nach der Dientsnummer verlangt. Ich

habe mich auch aufgerappeltund von den B... die Dienstnummer verlangt. Ich solle doch zum Einsatzleiter gehen, wurde mit gesagt, und auf die Frage, wo er denn sei, höhnisch „da vorne". „Da vorne" gab es an der Potsdamer Straße gerade einen Knüppel- und Tränengaseinsatz. Wir drei sind von mehreren B... bedroht worden: „Haut bloß ab, sonst kriegt ihr einen in die Fresse."

Ein anderer Zeuge schilderte den Hergang einer starken Prügelei durch die B..., bei der seine Freundin erhebliche Kopfverletzungen mit einer Schädigung des Sprachzentrums davontrug.

„Am 22.9.1981 nahmen meine Braut und ich an dem Schweigemarsch bis zum Ort des Todesfalls teil. Wir setzten uns in Höhe des Café 'Niemandsland' mit vielen anderen Teilnehmern auf die Straße und dachten an den vorangegangenen 'Unglücksfall'. Plötzlich wurde es vor uns (ca. 30m) unruhig. Wir sahen, wie einige Polizeifahrzeuge die stehenden und sitzenden Leute zur Seite schoben. Wir riefen „sitzenbleiben", doch in diesem Augenblick flogen zahlreiche Tränengasbomben in die sitzende Menge. Daraufhin spritzte alles auseinander. Ich griff meine Braut bei der Hand und versuchte aus dem Getümmel zu entkommen. Es gelang uns auch nach längerem Bemühen durch den entstandenen Tumult zu entkommen. Wir fuhren mit dem Motorrad über Grunewaldstraße zur Goltzstraße in ein Cafe. Dort hielten wir uns bis ca. 0.30 Uhr auf. Wir wollten dann nach Hause fahren, fuhren in Richtung Hohenstaufenstraße und wollten über Pallas- und Potsdamer Straße. Wir kamen aber nur bis zur Hohenstaufenstraße, als einige Polizeiwagen aus Richtung Pallasstraße die Straße einnahmen. Wir haben angehalten, weil kein Durchkommen war. PKWs und B..-wanne ließen es im Augenblick nicht zu. Wir stellten das Motorrad ab an Goltz/Ecke Hohenstaufenstraße. Meine Braut sagte, wir werden besser nochmal ins Café zurückgehen und noch warten bis es ruhiger wird. Ich schloß das Motorrad ab. In diesem Augenblick sah ich bloß noch Polizisten mit Schlagstock um uns rum losschlagen. Ich schrie, sie solle den Helm wieder aufsetzen und wegrennen. Ich versuchte auch mein Heil in der Flucht. Sie kam nur ein paar Schritte weit. Sie schaffte nicht mehr, ihren Helm aufzusetzen, da sie ihren Nierengurt in dem Helm abgelegt hatte. Sie stürzte und wurde von ca. vier Polizisten mit dem Schlagstock geprügelt. Sie schlugen von allen Seiten auf sie ein. Ich selbst hatte meinen Helm noch auf und bekam dadurch nur Schläge auf Schultern und Rücken. Ein Polizist rief noch: „Schlagt sie nur auf die Beine", was sie dann auch noch taten. Sie hatte mindestens 15 starke Schläge erhalten. Plötzlich rannten die Polizisten weiter in Richtung brennender Barrikade und der Kirche am Winterfeldtplatz. Ich sprang auf und richtete meine Braut etwas auf. Sie sah mich nur an und das Blut lief ihr am Kopf über Brust und Hose. In diesem Augenblick fuhr ein PKW heran und beleuchtete die Stelle, wo ich mit meiner Braut saß. Er bot sich sofort an, uns in ein Krankenhaus zu fahren. Als wir meine Braut ins Auto gelegt hatten, fuhren noch mehr Polizeiwagen aus der Hohenstaufenstraße in Richtung Winterfeldplatz. Wir fuhren ins Wenkebach-Krankenhaus. Dort wurde ein 6 cm langer Riß am Hinterkopf festgestellt und sofort genäht. Sie mußte über Nacht erst einmal auf der Intensivstation bleiben, da Verdacht auf Schädelbruch bestand. Ich fuhr gegen 3.45 Uhr früh nach Hause. Zu der Zeit wurde mir mitgeteilt, daß auch ihr Sprachzentrum nicht mehr richtig funktionierte (näheres siehe Krankenhausbericht).

Insgesamt: Mittelhandbruch (rechts), Ellenbruch (rechts), Schädelplatzwunde (durch drei Schichten Kopfhaut), Sprachzentrum gestört (nicht durch Schockeinwirkung), mehrere blau-rote Prellungen an Rücken, Beinen und Schulter, schwere Gehirnerschütterung.

Foto aus Super 8 Film



Bürgerwehr? Schußverletzungen

Vorfall Nollendorfstr. zwischen Froben- und Zietenstr. ca. 22 bis 22.30 Uhr:

„Beim Weglaufen vor dem Tränengas ging ich mit mehreren Leuten in Richtung Meßmannstr. Ich habe dabei einen Schlag in den Rücken erhalten. Erst zuhause bemerkte meine Freundin eine runde Platzwunde. Am nächsten Tag ging ich in ein Krankenhaus, der behandelnde Arzt meinte, daß es eine Schußwunde von einem 6 mm Geschoß, Querschläger sei."

Um 21.30 Uhr wurde eine Teilnehmer am Schweigemarsch auf der Kreuzung Froben / Ecke Bülowstr. mit einem Luftgewehr beschossen und getroffen. Das Projektil traf ihn an der oberen rechten Brust und hinterließ einen 5 mm große Einschußstelle. Nach diesem Vorfall verließ er die Demo und versuchte, bei einem Fahrer einer Funkstreife Anzeige zu erstatten. Er schildert: „Der Beamte erklärte mir, daß er, bzw. sie dafür nicht zuständig seien und verwies mich an den Gruppenführer des direkt an der Ecke stehenden Einsatzkommandos (Mannschaftswagen). Ich wandte mich daraufhin an den 'Gruppenführer', der mir ebenfalls erklärte, nicht kompetent zu sein. Statt dessen sollte ich nach Auskunft dieses Herren 110 anrufen, um mich mit der zuständigen Abschnittsstelle in Verbindung zu setzen. Außerdem wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn ich nicht genau wüßte, von wo geschossen worden wäre (ich konnte nur angeben, daß ich den Schuß auf mich aus dem an der Kreuzung befindlichen Haus vermutete, wußte allerding nicht, aus welchem Stockwerk), die Chancen sehr gering seien, dieser Sache nachzugehen."

COOP-Laden Goebenstraße, zwischen 22.00 und 22.30 Uhr

Laut der vorliegenden Protokolle beobachteten mehrere Zeugen am 22.9. zwischen 22.00 und 22.30 Uhr, wie eine ca. 10 Mann starke Polizeikette sich anscheinend zum Objektschutz vor den Coop-Laden Goebenstraße stellten. Dabei sahen mehrer Zeugen, wie einer der Beamten mit dem Knüppel gegen die Scheibe schlug, die kurz darauf zersplitterte. Da keine gegenteilige Aussage vorliegt und laut Aussage eines Zeugen er „auch bei näherem Umsehen ausschließen konnte, daß die Scheibe durch einen Steinwurf zersplitterte", *ist anzunehmen, daß die Scheibe durch Polizistenhand zertrümmert wurde. Dieser Vorfall gliedert sich ein in die erkennbare Taktik, die offensichtlich darauf abzielt, Demonstranten zu provozieren, zu illegalen Handlungen hinzureißen, sie so dem Bürger auf der Straße zu entfremden und damit ihre immer brutaler werdenden Einsätze gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit zu legitimieren.*

Eine Frau beobachtete aus dem Fenster ihrer Wohnung regelrechte Treibjagden, die die B.... veranstalteten:

„Gegen 22.30 Uhr sahen wir, wie ca. 500 Leute Winterfeldstr. /Ecke Potse versammelt waren. Sie fingen an, Barrikaden zu bauen zwischen Pallasstr. / Winterfeldstr. Plötzlich tauchten aus Richtung Bülowstr. ohne vorherige Ankündigung 6 Wannen in Fahrtrichtung Kleistpark auf. 4 Wannen befanden sich auf der Potsdamerstr., jeweils eine Wanne war auf dem Bürgersteig rechts und links aufgefahren. Die Wannen gaben Gas und fuhren mit 40-50 Std /km in die Menge hinein. Die Leute

flohen panisch auseinander, wir beobachteten, wie eine Person nur knapp auf der Straße einer Wanne entkam. Auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig beobachteten wir, wie eine Wanne die Personen regelrecht an die Wand der Häuser drückte und anhielt, wieder anfuhr und die auf dem Bürgersteig flüchtenden Personen vor sich hertrieb. Diese Treibjagd fand mehrere Male statt.

Wie auch sonst häufig bei ähnlichen Anlässen erwischte es an diesem Abend auch oft Leute, die nicht schnell genug waren, wenn Steine um sie herum flogen. Ein später Festgenommener berichtet von der Situation vor seiner Festnahme:
„Ich ging zur Potse und sah in Richtung Kleistpark eine Straßensperre mit Wannen (fahrbereit). Ich beschloß, über die Alvenslebenstr. zur Yorckstr. zu gehen. Ich überquerte die Potse, an allen Ecken standen Leute, auch auf der Straße, ich ging ziemlich eilig durch die Gruppe, die Potsdamer/Ecke Alvenslebener Str. stand. Denn inzwischen waren einige Wannen aus der Straßensperre auf diese Kreuzung zugefahren. Aus der Gruppe, die ich gerade durchquerte, wurden Klamotten auf die anfahrenden Wannen geschmisen. Die „Werfer" hatten die gleiche Absicht wie ich, sich über die Alvenslebener Straße zu entfernen. Sie rannten an mir vorbei, ich hinterher und dann die beworfene Wanne. Die „Werfer" waren sehr schnell von der Bildfläche verschwunden (Hauseingänge und um die Ecke Steinmetzstr.). Als ich an der Ecke ankam, tauchte plötzlich ein sehr kräftiger Typ auf und drückte mich nieder. Gleich danach spürte ich die Knüppel, Tritte und Fäuste der Wannen-B..., und ging dann zu Boden. Einer zog mich an den Haaren hoch und schleppte mich in die Wanne, wo ich auf den Boden flog."

Der folgende Zeugenbericht beschreibt eine „typische" Situation dieses Abends, wo Demonstranten erst gejagt und anschließend verprügelt werden:
„Am 22.9.81 wurde gegen (schätzungsweise) 22.30 Uhr die Potsdamer Str. in Richtung Potsdamer Brücke von der Polizei geräumt. Wir, eine Gruppe von ca. 15-20 Leuten entfernten uns in diese Richtung. Ein Konvoi von ca. 10 Polizeimannschaftswagen (Mercedes Benz) verfolgte uns mit hoher Geschwindigkeit, worauf wir panikartig davonrannten. An der Ecke Potsdamer Str./Schöneberger Ufer auf der rechten Seite (vor dem Parkplatz der Vertriebsvereinigung) riegelte die Polizei mit ihren Fahrzeugen den Bürgersteig ab. Auf unsere Gruppe, die darin eingeschlossen war, stürmten daraufhin mehrere Dutzende von Polizisten mit gezogenen Knüppeln und schlugen auf uns ein. Was mit den anderen Personen geschah, weiß ich nicht, da ich später niemanden mehr sah. Ich selbst wurde mehrmals von den Polizisten mit den Holzknüppeln geschlagen, und als ich auf der Erde lag, mit den Füßen attackiert. Dann wurde ich an den Haaren in einen Mannschaftswagen gezogen und mußte mich dort auf den Boden legen. Nach ca. 5 min wurde ich herausgestoßen und durchsucht. Dabei wurden bei mir zwei sog. Krähenfüße gefunden. Aufgrund dessen wurde ich nochmals mehrmals mit Knüppeln geschlagen und Stiefeln getreten. Danach mußte ich mich wieder in den Mannschaftswagen legen und wurde zur Kruppstr. gefahren. Auf dem Weg dorthin wurde ich mehrmals getreten, unter anderem in die Geschlechtsteile."

Viele wurden allerdings auch nach der Festnahme auf dem B...revier noch schikaniert oder geschlagen. Ein Festgenommener berichtet:

„Die Festnahme erfolgte mit gezogener Waffe und die Hände wurden sofort auf den Rücken gedreht und gefesselt. Beim Verladen zum Abtransport in einen anderen Bulli wurde ich an Handschellen und Haaren über die Straße gezogen. In diesem Bulli mußte ich bis zum Eintreffen auf dem Revier (Bismarckstr. Mst.31) auf dem Boden knien und durfte mich nicht bewegen. Wenn ich mich bewegte, wurde ich getreten. Beim Eintreffen auf dem Revier mußte ich mich völlig ausziehen und filzen lassen, dann erhielt ich Unterhose, T-Shirt und Strümpfe zurück. Später kam ein B...., den ich bisher noch nicht kannte in die Zelle und fragte mich nach den Namen der anderen Personen. Nachdem ich sagte, daß mir keine Namen einfielen und ich meinen Anwalt anrufen wollte, begann der B... ein Gespräch mit dem Schließer, wo sie sagten, sie wollten uns zeigen, was ein Polizeistaat sei. Der B... verließ die Zelle, holte einen Wasserschlauch und begann mich durch die Zellentür ca. 3 bis 5 Minuten lang abzuspritzen. Danach durchnäßte er noch meine Sachen, die im Zellenvorraum lagen und ging mit der Bemerkung, daß ich jetzt nachdenken könne und er später nochmal komme. Nach ca. 45 min kam dieser B... mit einem der B..., die mich festgenommen haben, wieder. Dieser fragte mich dann wieder nach Namen. Als ich antwortete, daß ich nichts weiß und telefonieren will, schlug mir der andere mit der Faust, an der er zwei Siegelringe trug, von hinten in die linke Niere. Dies wiederholte sich sechs bis sieben Mal, dann gingen die B.. mit derselben Bemerkung wie vorher.

Später kam ein Kripob..., holte mich in sein Büro und sagte, er wisse schon, daß ich störrisch sei, aber ich solle wenigstens Angaben zur Person machen. Danach kam ich wieder in die Zelle. Nach ca. 30 min sagte man mir dann, daß ich gehen könne und händigte mir die sichergestellten Sachen aus."

Auch gutgläubige Fußgänger auf dem Nachhause-Wege waren vor einer Festnahme nicht geschützt:

„Er rief: 'So'n Blödsinn, warum rennen wir weg, wir haben dir nichts getan.' Er öffnete die Tür, mit Schlagstockeinsatz wurde er gleich festgenommen, obwohl er die Hände hoch hatte. Ein Polizist rannte die Treppe hoch. In diesem Moment kam ich gerade mit erhobenen Händen runter. Der Polizist rief mir zu: 'Hau ab und geh nach Hause!' Das wollte ich auch tun, aber ein anderer Polizist rief: 'Halt, wir brauchen noch ein paar! Sofort festnehmen!' Da wurde ich festgenommen und erhielt ein paar Schläge von den Schlagstöcken."

Auch Heckenschützen wissen, daß Hecken schützen. Hierzu ein Auszug aus einem Zeugenprotokoll:

„Direkt nach dem Polizeirevier Ecke Fugger / Kalckreuthstr. kamen plötzlich drei bis vier B... in Kampfanzug und Helm und Knüppel hinter einem Gebüsch hervor und schlugen auf die Leute, die vor uns liefen, ein. Diese drehten sofort um und rannten mit uns zusammen zurück. Wir überquerten dann die Straße und liefen auf die andere Seite an der Stelle vorbei. Die B. standen wieder hinter dem Gebüsch und warteten offensichtlich auf die nächsten Passanten."

Demonstranten, die den Aufforderungen der B. Folge leisteten, konnten nicht sicher sein, unbehelligt davon zu kommen:

„Über den B....lautsprecher kam die Aufforderung, die Leute 'mögen sich bitte (!) in Rich-

tunq Winterfeldtplatz entfernen'. Einzelne kamen der Aufforderung nach und standen plötzlich in der Falle. Die B... liefen vor, ergriffen einen Mann und prügelten ihn zu Boden. Sie versuchten das Spiel noch öfter, aber keiner kam mehr der Auffoderung nach."

Nach einem Tränengaseinsatz vor der „Meisengeige" Ecke Kulmer Straße hörte ein Zeuge folgendes:
„In der vierten Wanne ging die seitliche Schiebetür auf, ein Polizist sprang heraus, lief zu den Wannen vor der seinigen und sagte sehr laut und streng, bzw. brüllte schon fast (sinngemäß): 'Spinnt ihr eigentlich, wir sind hier doch nicht im Wilden Westen'."

Während der ganzen Nacht und auch in den letzten Tagen tauchten immer wieder Gerüchte von Schwerverletzten bzw. weiteren Toten auf, was sich natürlich auf die Stimmung entsprechend auswirkte. Wochenlange gründliche Recherchen ergaben allerdings, daß durch direkte oder indirekte Polizei-Einwirkung kein weiterer Mensch starb. Auch wenn die B... bei ihrem Vorgehen oft mindestens schwere Verletzungen der Demonstranten in Kauf nahmen, meinen wir, daß man in Zukunft mit solchen Gerüchten doch vorsichtiger umgehen sollte.

Im folgenden zitieren wir aus zwei Zeugenprotokollen, die Situationen beschreiben, aus denen wahrscheinlich solche Gerüchte hervorgegangen sind. Im ersten Fall stellte sich heraus, daß der Verletzte aufstehen und weglaufen konnte. Im zweiten Fall ergaben Nachforschungen, daß höchstwahrscheinlich niemand angefahren worden ist.
„Als wir hinter der Ecke Alvenslebenerstr./ Kulmerstr. ankamen, sahen wir vielleicht ... Wannen die Kulmerstraße hochfahren in Richtung Dennewitzplatz. Eine Wanne wurde plötzlich beschleunigt und bog schnell in Richtung Bülowstr. (Sackgasse) rechts ab und stoppte plötzlich. Ich sah, wie ein Typ von der Wanne nach vorne geschleudert wurde. Kurz danach kamen die Bullen aus der Wanne und standen im Kreis vor der Wanne. Sie haben Bewegungen gemacht, als ob sie etwas aufheben würden. Ich kann das aber nicht genau sagen, ob und was sie aufgehoben haben. Drei andere Wannen fuhren auf der Kulmerstr. weiter bis zu den Barrikaden und räumten sie ab. Wir sind dann zur Unfallstelle gegangen, um zu schauen, ob jemand verletzt wurde. Im zweiten Stock eines Hauses in der Bülowstr. schaute eine Frau aus dem Fenster und sagte: „Es ist nichts passiert. Der Typ ist weggelaufen." Ich ging dann in die Kneipe in der Bülowstr., wo viele Leute davor standen und sagten, daß der Typ in der Kneipe sei."
„Am 22.9.81 um ca. 22.30 Uhr wurde ich Zeuge eines Zwischenfalls in der Bülow/Ecke Kulmerstr. Ich beobachtete, wie zwei Polizeifahrzeuge (Mercedes Benz 406, Farbe blau) in die Kulmer Str. von der Yorckstr. herkommend einbogen. Als sich die Fahrzeuge von der Bülowstr. befanden, scherten beide mit ziemlich hoher Geschwindigkeit plötzlich in der dortigen Sackgasse der Bülowstr. ein und bremsten stark. Dem Quitschen der Bremsen folgte ein dumpfer Schlag, was ich genau hörte. Danach sah ich, wie die Polizisten aus dem Auto heraussprangen und eine Weile, wie ein Schutzschild, sich rechts neben ihr Fahrzeug stellten. Nach kurzer Zeit konnte ich aber erkennen, wie sie mit ca. 6-8 Mann jemanden in das Polizeifahrzueg hinten hineinhoben. Die Entfernung zum Ort des Geschehens betrug ca. 15-20 Meter".

Auffallend war während des 22.9. eine extreme Behinderung der autonomen Sanitäter bei ihrer Arbeit. Waren sie bei vorangegangenen Demos schon immer häufiger von B... verprügelt worden, so erscheint es diesmal, als ob Bullen gezielt Sanis herausgegriffen, verprügelt und sogar verhaftet haben. Unter dem Vorwand, Steine geschmissen zu habne, erhielten zwei Sanis anschließend Haftbefehle, die erst nach 14 Tagen in Haftverschonung abgeändert worden sind. Die Verhandlungen sind noch nicht in Sicht. Zwei Sanifrauen, die seit Anfang des Trauermarsches auf der Demo waren, schildern die Situation ihrer Verhaftung:

„Gegen ca. 23.45 Uhr gingen wir vorbei an Wasserwerfern und etlichen Wannen die Steinmetzstr. (Fußgängerzone) zur Bülowstraße hoch. Dort warnte man uns vor faschistischen Teds, worauf wir die Bülowstraße überquerten. An dieser Straßenecke standen ca. 25 Leute, die zusahen, wie eine Straßenecke weiter Potsdamer/Bülowstr. an der Berliner Bank die Besatzung von drei Wannen die dort stehenden Menschen niederknüppelten und z.T. in die Wannen verfrachteten. Aus dieser schreienden Menschentraube heraus - wir gingen auf sie zu, um eventuelle Verletzte zu bergen - kam uns unter anderen ein ca. 30jähriger Mann entgegen, der eine Brand-

Foto Ulrich Camin



wunde an der Hand vorzeigte. Hierauf zogen wir ihn in einen vorstehende Hausecke, um ihn dort zu verarzten. Nach ca. drei min.Stille kamen blitzschnell ca. 8 Ordnungshüter auf uns zugestürmt. Schreiend „mitkommen, Steinewerfer, festgenommen", schlugen sie auf unsere Sani-Helme und Schultern ein und drängten uns unter Schlägen in die Wanne. Wir wurden dann sofort in die Kruppstr. gebracht (die B... sichtlich erleichtert, Trophäen ergattert zu haben und in das sichere Revier zu kommen). Dort wurden wir von dem Verletzten getrennt. Unsere Personalien wurden festgestellt, unsere Sachen beschlagnahmt und wir Frauen wurden nackt leibesvisitiert. Nach ca. 2 1/2 Stunden in einer riesigen Zelle mit vier weiteren Frauen wurde ich ohne Verhör entlassen."

Auch während der Mahnwache wurden zwei Sanis bei ihrer Arbeit festgenommen. Ein Zeuge berichtet dazu:

„An der linken Straßenseite saß ein Verletzer und blutete stark. Zwei Sanitäter kamen ihm zu Hilfe und untersuchten ihn. Daraufhin zogen die B.. die Sanis zurück und schlugen auf sie ein. Dann wurden beide zu einer Wanne gebracht. Gleichzeitig kamen die B... wieder auf uns zu."

Ein selbst Festgenommener erlebte ebenfalls die Festnahme eines Sanis:

„Nach dem Befehl 'alle festnehmen' sind zwei B... auf mich losgestürmt und haben mich in eine Wanne gezerrt. Mit einigen Schlägen warfen sie mich auf den Fahrzeugboden. Mir folgten noch fünf weitere Personen, die sich alle übereinander auf den Boden legen mußten. Die dritte Person, ein Sani, wurde von drei bis vier B... brutal geschlagen und getreten und flog kopfvor in die Wanne. Nach kurzer Zeit wurden wieder vier Personen aus der Wanne geholt und in eine andere verladen. Dabei wurde wieder der Sani am brutalsten behandelt, er mußte wieder Schläge und Tritte über sich ergehen lassen. Nach kurzer Pause landeten wir in der Kruppstr."

Einer der beidenSanis, die in der Nacht noch einen Haftbefehl erhielten, erklärte dazu folgendes:

„Ich bin Medizinstudent und habe auch eine Ausbildung in ärztlicher Nothilfe. Wenn ich als Sanitäter gekennzeichnet zu einer Demonstration gehe, steht für mich von vornherein fest, daß dies eine absolut gewaltfreie Sache für mich ist. Die Bewegung der Demo-Sanitäter versteht sich so, daß sie von sich grundsätzlich keine Gewalt ausübt. Ich würde mir wegen meiner auffallenden Kennzeichnung auch eine zusätzliche Blöße geben, wenn ich Gewalttaten verüben würde. Ich habe zu keiner Zeit des Abends einen Stein in der Hand gehabt. Zur angeblichen Tatzeit, d.h. 23.50 Uhr plus /minus 1/4 Stunde, habe ich meiner Erinnerung nach zusammen mit Frau X. einen Verletzten versorgt. Dies war in der Maaßenstraße, ziemlich dicht am Nollendorfplatz auf einer Fußgängerinsel. Wir haben den Verletzte in ein zufällig vorbeikommendes Taxi gelegt, um ihn abtransportieren zu können, dabei haben noch zwei weitere Sanitäter geholfen. An diesem Abend waren in diesem Bereich um den Nollendorfplatz noch mehrere andere Sanitätergruppen im Einsatz. Wir arbeiten bei den Demonstrationen meistens in Zweiergruppen. Direkt auf dem Nollendorfplatz haben wir dann ca. 15 bis 20 min vor unserer Festnahme drei Sanitäter vom DRK getrofen, die uns mit Verbandszeug aushalfen. Als dann mehrere Polizeifahrzeuge in Richtung Motzstr. fuhren, haben wir, d.h. Frau X und ich, uns in einen Hauseingang gestellt, um nicht in Konflikte mit der Polizei zu kommen, während die DRK-Leute, dir rot unifor-

miert waren und von der Polizei nichts zu befürchten hatten, davor stehen blieben. Anschließend haben wir uns wieder zu den DRK-Leuten gestellt und sind dann mit diesen bis zu unserer Festnahme, die praktisch unmittelbar nachdem wir aus dem Hausflur kamen, erfolgte, zusammengeblieben. Ich würde es für wichtig halten, wenn diese DRK-Leute als Zeugen ermittelt werden könnten, als weitere Zeugen kämen noch jene beiden Demo-Sanitäter in Betracht, die mit Frau X. und mir die verletzte Person auf dem Nollendorfplatz behandelt haben, schließlich auch noch der Taxifahrer."

Foto Rolf Rieth



Augenzeugenbericht vom Abend des 22.9.

„Am Abend des 22. September sitze ich bei Tee und Musik in meiner Wohnung in der Gleditschstraße, im Stadtteil Schöneberg. Es ist etwa halb zehn, als ich das Sirenengeheul der Polizei bemerke. Es scheint kein Ende zu nehmen und ich frage mich, was wohl nun schon wieder los ist. Ich stecke meinen Personalausweis ein, gehe hinunter, steige aufs Fahrrad und fahre zur Grunewaldstr., auf der eine fast endlose Polizeikolonne mit Sirenengehuel in Richtung Kleistpark rast. Ich nehme den Weg durch die Goltzstr., biege am Winterfeldplatz in die Pallasstr. ein und fahre Richtung Potsdamer. Auf allen Straßen bewegen sich unzählige Menschen zur Potsdamer hin. In der Pallastr. stehen ungefähr 10-15 Polizeifahrzeuge mit Blaulicht, ich fahre an ihnen vorbei zur Potsdamer hin, die Polizeiwagen stehen ungefähr 300 Meter von der Kreuzung entfernt.

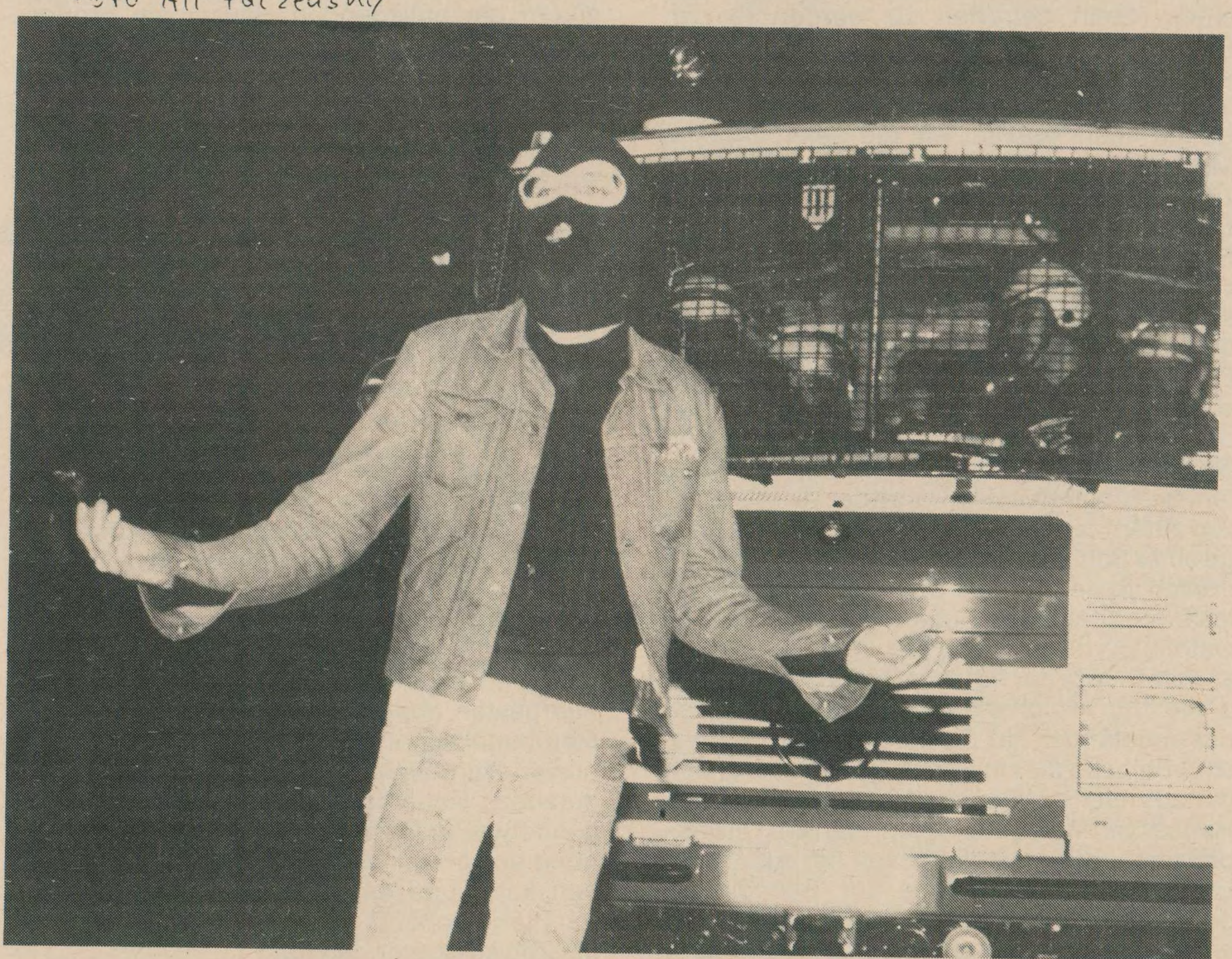
Vom Kleistpark her wälzt sich eine stumme Menge teilweise vermummter Demonstranten die Potsdamer herab, von einem Geräusch begleitet, das Hunderttausende von Krebsen verursachen würden, die mit ihren klappernden Scheren über Kieselsteine krabbeln, mit einer ums hundertfache verstärkten Lautstärke - das sind die Steine, die auf den Asphalt prasseln, die Holzbohlen, Rohre und Schilder der Baustellen an dieser Kreuzung. Ich stehe dort an der Ecke und in gespenstischer Stummheit demontieren die Demonstranten, nicht nur die Baustellen, sondern die gesamten Wertvorsttellungen der herrschenden Gesellschaft. Ich schlottere am ganzen Körper angesichts dieses Angriffes. Die gespenstische Szene, erhellt von künstlichen Neonreklamen, die noch nie so absurd waren wie in diesem Augenblick, der unheimliche Laut, der die Menge begleitete, die bis zum Zerreissen gespannte Atmosphäre, das läßt sich nicht mit Worten beschreiben, die Gefühle sich nicht ausreichend artikulieren.

Es ist der totale Bürgerkrieg, es geht ums Ganze, um meine Zukunft, um deine Zukunft, um die Zukunft eines jeden Menschen, es ist die Demontage aller geheiligten Werte der heutigen Gesellschaft. Eine totale Verzweiflung über den Verlust der Menschlichkeit spricht aus dieser Menge, die alles Bewegliche, dessen sie habhaft werden kann, auf die Straße wirft, um eine Barrikade gegen die nachrückenden Polizei-streit-kräfte zu erreichen. Und die Polizei hat in allen vier Straßen Stellung bezogen, ich spüre, daß ich rundum eingekesselt bin, vor mir tausend verzweifelter Menschen, hinter mir die Vertreter der staatlichen Macht. Angesichts der Absurdität zittern mir die Knie: Hier stehe ich nun in der stummen Menge, die das zerstört, was ihnen die Lebensfreude gestohlen hat, umringt von den Streitkräften einer Macht, deren Interesse es ist, den Menschen das Leben hassenswert zu machen, einer Macht, die mit entnervendem Sirenengeheul, bedrohlichen Fahrzeugen, dicken Holzknüppeln, beißendem Tränengas, futuristisch wirkenden Schutzschilden und unheimlichen Wasserwerfern eine Opposition mundtot zu machen versucht. Diese Macht geht vor gegen eine wütende fast wehrlose Menge, die ihre Sehnsucht nach Liebe und Menschlichkeit nicht mehr durch Worte auszudrücken vermag. Ich stehe auf dieser Kreuzung, umgeben von unmenschli-

chen Betonsilos, unwirklichem Neonlicht, absurden Leuchtreklamen, den Symbolen eines künstlichen Lebensraumes und all meine persönlichen Ziele und Probleme erscheinen mir so nichtig - hier geht es um viel mehr als um mein Einzelschicksal, dies ist ein verzweifelter, stummer Kampf um ein neues Leben.

Die bedrohliche Atmosphäre an der Kreuzung nimmt zu, immer mehr Menschen sammeln sich. Ich frage einen jungen Typen: „Habt ihr denn gar keine Angst?" Achselzuckend wendet er sich ab. Ich fasse ihn am Arm: „Wie fühlst du dich denn?" „Großartig", sagt er, „Jetzt ist doch sowieso alles egal." Da

Foto Ali Paczensky



beginnt die Menge drohend ihre Stimme zu erheben, sie hat die Polizeiwagen in der Pallasstraße entdeckt und ein Regen von Steinen prasselt herunter. Augenblicklich heulen die Motoren auf, die Wannen ziehen sich zurück, nur um zwei Wasserwerfern Platz zu schaffen, die jetzt langsam gegen die Kreuzung vorrücken. In einen Hauseingang gedrückt beobachte ich alles, renne dann aus Angst, von einem Stein getroffen zu werden in den Rücken der Wasserwerfer. Die Menge wird von den Wasserwerfern in Richtung der Yorckbrücken davongetrieben, langsam folge ich nach, ebenso wie die vielen anderen Menschen auf der Straße, die gebannt wieder zur Kreuzung zurückströmen, um zu sehen.
Die Menge hat sich zerstreut, von allen vier Straßenseiten stoßen die Wannen der Polizei vor, Fußtrupps mit Sturzhelmen und Schutzschilden räumen die Straße von den Barrikaden frei, damit die Fahrzeuge durchkommen. Es sieht hier aus, als habe eine Bombe eingeschlagen. Ich überquere die Potsdamer, noch den Anblick der monströsen Wasserwerfer im Nacken, die nach vollbrachter Tat zurücksetzten, die fühlergleichen Rohre der Wasserspritzen zittern hin und her wie die witternde Zunge einer Schlange auf Beutegang, darüber die grellen Scheinwerfer: überdimensionale, allesdurchdringende Augen - „Big brother is watching you" - „Krieg der Welten". Auf der anderen Seite der Potsdamer spreche ich eine junge Frau an, ich will von ihr wissen, wann all das angefangen hat. Sie berichtet, die Demonstration habe als ein Schweigemarsch für den mittags nach der Räumung der acht besetzten Häuser verunglückten 18jährigen am Olivaerplatz begonnen, begleitet von der AL. Deren Lautsprecherwagen habe zur Beendigung der Demonstration aufgerufen, als der Zug am Savignyplatz angelangt sei. Doch die Menge habe weiterziehen wollen, bis zur Bülowstr., wo der Todesfall sich ereignet hatte. Eine Gruppe habe sich im Laufe des Marsches abgelöst, um zum Schöneberger Rathaus zu ziehen, sei dort von einer Front polizeilicher Fußtruppen aufgehalten worden und daraufhin zum Kleistpark hinuntermarschiert. Unterdessen habe der andere Zug sich die Bülowstraße entlangbewegt, wo plötzlich aus einem der anliegenden Häuser ein großes Glasgefäß auf die Menge geworfen wurde, wodurch die ersten Steinwürfe ausgelöst wurden. Die Polizei habe nicht lange auf sich warten lassen.

Den da? Nee den da! Wir brauchen noch zwei, dann können wir zum Abladen fahren (Ausspruch eines B.. am 22.9.)

Ich rauche mit der Frau eine Zigarette. Aus allen Nebenstraßen drängt die zerstreute Menge wieder zur Kreuzung hin. Auch wir gehen auf die Potsdamer zurück, wo alle Leute, die sich in Kneipen und Hauseingänge zurückgezogen hatten, wieder auf der Straße stehen. Wir stellen uns zu ihnen und ich entdecke mitten auf der Kreuzung ein Taxi mit Fahrgästen, das dort wohl mitten im wildesten Getümmel schon gestanden haben muß und nun endlich seinen Weg fortsetzen kann. Es ist geradezu lächerlich, daß überhaupt noch irgendetwas existiert, das einer gewissen Ordnung entspricht, daß dieses Taxi ein Ziel haben kann und es auch noch zu erreichen trachtet, nachdem für eine Weile sozusagen die Zeit stillgestanden hat.

Plötzlich läuft ein etwa 50jähriger Mann um die Straßenecke, in der Hand eine Bohrmaschine, deren Kabel um seinen Unterarm gewickelt ist. Ihm folgt ein etwa 30jähriger Mann, der ihm „Du Bürgerwehrschwein, mach, daß du wegkommst!" nachschreit. Der Mann mit der Bohrmaschine bleibt stehen, schwenkt die Maschine um sich und versucht, seinen Verfolger zu treffen. Eine Frau löst sich aus der Gruppe, rennt hinzu und schreit: „Und wo bleibt die Polizei jetzt! So ein Bürgerwehrschwein, der Mann ist ja gemeingefährlich. Warum tut die Polizei denn da nichts?"

Sie dringt, den Weg freiräumend, auf die Kreuzung vor. Tränengassschwaden und der bedrohliche Anblick der unberechenbar erscheinenden Staatsmacht veranlassen uns, in die Kneipe hineizuflüchten. Es ist eine typische, durchschnittliche Kneipe: Angestellte, Handwerker, Arbeiter etc., fast alle zwischen 30 und 50. Der eine jammert, man solle die Vorhänge nicht aufziehen, damit die B... nicht aufmerksam werden und eindringen, schließlich sei die Kneipe das Einzige, was er habe und sie solle nicht demoliert werden. Daran hat ohnehin kein Mensch ein Interesse, ist sie doch vorerst ein sicherer Zufluchtsort. Ein anderer Mann, mit Berufung auf seine Präsenz im 2. Weltkrieg und auf seine kommunistische Erziehung, fordert - paradoxerweise - man solle diese „bolschewstisch verseuchten Chaoten" mit Maschinengewehren niedermähen, dann werde schon wieder Ruhe einkehren.

Die Fußtrupps ziehen an der Kneipe vorruber, wir trauen uns wieder auf die Straße. Ich überquere mit meiner neuen Bekanntschaft die Potsdamer und wir beobachten, wie ein Bagger die großen Teile von der Straße räumt, den Rest besorgen die Fußtrupps. Ich treffe einige Bekannte, die ihre Erlebnisse berichten, bis wir uns entschließen, zur Bülowstr. hinunterzugehen, um von dort zum U-Bahnhof Nollendorfplatz zu kommen. Wir gelangen bis Bülow/Ecke Potsdamerstraße. Dort wird gerade eine Drogerie geplündert. Scheiben klirren, Rufe werden laut, es brennt, Tränengas brennt in den Augen. Plötzlich schießt mit Sirenengeheul und Blaulicht eine Polizeikolonne um die Straßenecke, prescht mitten in die Menge hinein und feuert Tränengas ab. Alles rennt in Panik davon. Das Tränengas treibt auch uns zurück, doch als die Schwaden sich verzogen und die Situatin sich beruhigt hat, überqueren wir die Bülowstraße, betreten den Unfallort, wo an die 100 Menschen auf der Straße sitzen. Sie klatschen in die Hände, rufen 'Hinsetzen, hinsetzen' und bedenken einen Typen, der eine Scheibe zertrümmert, mit Buhrufen. Vor ihnen ist ein weißes Band mit Klopapier aus der geplünderten Drogerie über die Straße gespannt und sie rufen sich gegenseitig zu, keine Steine mehr zu werfen. Doch die B... auf der Potsdamer rücken weiter vor und plötzlich stößt auch hier

Willste 'ne Zigarette? Mußte aber fressen! Haste noch alle Zähne? - Bald nicht mehr! Willste nicht fliehen? Du wärst nicht der erste, den'se auf der Flucht erschossen haben. (Sprüche eines B. gegenüber einem Festgenommenen am 22.9.)

eine Kolonne von Wannen um die Ecke, fast in die sitzende Gruppe hinein. Viele springen in Panik auf, rennen Hals über Kopf davon. Langsam schwillt ein dumpfer Ruf an: „Mörder, Mörder."
Die B.... stoppen nur für die Zeit, die sie benötigen, um Mengen von Tränengas in die Gruppe der Sitzenden abzufeuern, die augenblicklich von einer dicken Nebelwolke umhüllt ist. Dann preschen die Fahrzeuge wieder vor und es bleibt nichts als die wilde Flucht. Blind vom Tränengas renne ich zur Kurfürstenstraße hin, wo ich kurz vor der Kreuzung zwei Sanitätswagen bemerke. Dort will ich hin, um mir ein Mittel gegen das beißende Tränengas zu holen, doch ich laufe ahnungsvoll auf den Fußweg zurück und da schießen sie auch schon um die Ecke, stoppen mitten auf der Potsdamer und entlassen eine Flut von B... mit Sturzhelmen, Schutzschilden und hocherhobenen Schlagstöcken. Ein Aufschrei geht durch die Passanten, Menschen versuchen, sich in Hauseingängen in Sicherheit zu bringen, rütteln an verschlossenen Türen , klettern über drei Meter hohe Drahzäune, nur schnell weg, damit einen der Hieb eines Schlagstockes nicht trifft. Schluchzend und wie betäubt stehe ich da, einer meiner Begleiter greift meinen Arm und reißt mich fort, er rennt mit mir zur Kurfürstenstraße, dorthin, wo jetzt keine B.. mehr sein können. Wie durch ein Wunder kommen wir an ihnen vorbei und durch sie hindurch, ohne daß uns ein Schlag trifft, rennen noch ein paar hundert Meter, bis wir verschnaufen müssen. Wir treffen die Versprengten unserer kleinen Gruppe wieder und erstatten einander Bericht, hocken uns auf den Fußweg, mir versagen fast die Beine. Von der Potsdamer her hören wir eine Lautsprecherdurchsage: Die Polizei fordert die Demonstranten auf, den Schauplatz des Geschehens zu verlassen, sie werde in acht Minuten mit der Räumung der Straßen beginnen. Einige Minuten später wird die Durchsage wiederholt und etwas wie Schießbefehl dabei laut. Wir ziehen uns auf den Hinterhof eines Altenheimes zurück, schließen die eisernen Torflügel hinter uns und verbarrikadieren sie mit Müllcontainern. Hinten ist der Hof mit Büschen bepflanzt, durch die wir uns hindurchkämmen, bis zu einem Zaun, über den wir klettern, um zum nächsten Hinterhof zu gelangen. Der jedoch öffnet sich zur Potsdamer, wo es zu gefährlich ist. Über eine etwa sechs Meter hohe Brandmauer, die einen weiteren Hof abtrennt, klettert eine Gruppe von ca. 30 Leuten, die ebenfalls von B... verfolgt wird. Wir gehen den gleichen Weg wieder zurück, hoffen, wir kommen über den ersten Hinterhof rechtzeitig weg. Doch als wir die Toreinfahrt erreichen, steht schon die ganze Straße voll Wannen und die B... dringen in die Höfe ein. Wir machen sofort halt, rennen in Panik auf die Büsche zu, werfen uns geradezu hinein, bis zum äußersten Winkel, wo wir uns umarmen und niederkauern, die Arme über den Kopf gelegt. Mein Herz klopft zum Zerspringn, und ich möchte am liebsten schreien, als ich die schweren Stiefel der B... näherkommen höre. Scheinwerferlicht streift suchend durch die Büsche: „Da müssen sie sein. Los, rauskommen, oder wir holen euch." Rund um mich geht der Tumult los, ich höre, wie die Leute aus dem Gebüsch gezerrt werden, höre dumpfe Schläge, hoffe, daß wir drei, die wir dichtaneinandergedrängt dahocken, nicht entdeckt werden. „Los, systematisch durchsuchen. Da ist noch einer." Da saust ein Knüppel auf den Rücken meines Begleiters nieder, der schützend die Arme um mich gelegt hat. Wir werden grob hochgerissen, vorwärtsgeschubst, daß wir zu Fall kommen und wieder

ins Gebüsch stürzen, wieder hochgerissen und mit Tritten auf die Rasenfläche vor den Büschen befördert. Ich rufe: „Laßt uns doch, wir tun euch doch gar nichts.“ Ich kann diese Aggression nicht fassen, wir leisten nicht den geringsten Widerstand und werden dennoch geschlagen. Die B... glotzen uns neugierig und feindselig an, ihr Chef fragt nach den Ausweisen. Ich krame meinen hervor, er entreißt ihn mir: „Ah, das ham wa gerne, ne Zujereiste, wa?“ Ohne weitere Erklärung steckt er den Ausweis in die Tasche.

Foto Thomas Augustin



Inzwischen haben die B..... alle anderen auch aus dem Gebüsch gezerrt, Handschellen können sie uns nicht anlegen — sie haben keine mehr. Ich frage den B..., der meinen Ausweis hat, ob ich ihm folgen solle. „Wer hat hier was von folgen gesagt?“, schnauzt er. „Hier wird nur geredet, wenn gefragt wird.“ Schließlich gibt er den Befehl, mit den Festgenommenen zu den Wagen zurückzukehren. Ein Bulle nimmt mich im Polizeigriff und rennt mit mir zum Tor. „Ich kann nicht so schnell“, keuche ich. “Wennste Steine schmeißen kannst, kannste auch rennen“, ist seine Antwort. Er befördert mich mit Schwung in die Wanne, in der zufällig schon einer meiner Freunde drinsitzt. Er reibt sich Kopf und Knie, da haben die Polizeiknüppel ihn getroffen.
Im Wagen sind die B... plötzlich wieder Menschen, nachdem sie auf völlig wehrlose, verängstigte Menschen eingedroschen haben, die nicht mal Widerstand geleistet haben, fragen wir uns, was wir uns denn beim Steineschmeissen gedacht hätten. Völlig unbegreiflich ist ihnen auch, daß wir wie die Karnickel vor Angst zitternd im Gebüsch gehockt haben, zu keiner Bewegung und keinem Gedanken mehr fähig.

Sie kurven ungefähr eine Dreiviertelstunde mit uns durch die Gegend, erhalten über Funk ständig widersprüchliche Einsatzbefehle und Fahrrouten, halten zwischendurch an, springen mit Stock und Schild auf die Straße, wieder zurück in die Wanne und weiter geht die Fahrt. Einer von ihnen beschwert sich darüber, von einem Vorgesetzten in eine Gefahrenzone hineingeschubst worden zu sein. Auf meine Frage, wielange sie schon im Dienst seien, antworten sie nur vage 'ein paar Stunden'. Der Freund jammert wegen seiner Ver-

letzung, übertreibt dabei natürlich und die Bullen sind wirklich besorgt und verunsichert, denn auf welcher rechtlichen Grundlage basiert unsere Festnahme eigentlich? Ich frage mich, was auf der Wache mit uns passieren wird, denke an meine Mutter, die seit der Haig-Demonstration fast täglich aus Westdeutschland anruft und sich Sorgen macht. Ich versuche, Ruhe zu bewahren: "Ich bin ein Mensch und die hier sind auch Menschen. Wenn ich stark und aufrecht bleibe, wird mir nichts passieren — und mein Körper kann viel ertragen, wenn ich nur die nötige innere Kraft aufbringe. Ob es im 3. Reich auch so war?" Mit einem Mal hält die Wanne, man gibt uns die Ausweise zurück: „Ihr könnt froh sein, daß wir euch laufen lassen, ihr würdet sonst wegen Hausfriedensbruch und widerrechtlichen Eindringens auf Privtgrundstück eine Anzeige kriegen." Da mein Freund aber nicht laufen kann, fahren sie uns zur nächsten Telefonzelle, geben uns noch 2 Groschen und ich rufe den Notruf an. Meinen Freund setzen sie auf die Straße. Zehn Minuten später ist ein Krankenwagen da, wir landen im Urbankrankenhaus in Kreuzberg, wo die Krankenschwestern etwas von 74 Verletzten innerhalb der letzten zwei, drei Stunden erzählen.
Um vier Uhr morgens bin ich endlich wieder zu Hause, der Spuk ist vorbei — vorläufig, aber wie wird all das weitergehen?„

Kommentar

„Wenn man die Darstellungen der Presse vom 23.9.1981 mit dem tatsächlichen Geschehen vergleicht, werden die Verschweige- und Verleumdungstaktiken deutlich, mit denen die öffentliche Meinung manipuliert werden soll. Die Demonstranten werden als Störer und Politrocker bezeichnet,als eine 'Minderheit', die mit der Gewalt begonnen hat, als Chaoten und Krawallmacher ohne geistigen Überbau. Und genau das ist es, was die heutigen Auseinandersetzungen von denen der 60er Jahre unterscheidet. Nachdem die intellektuelle Revolution gescheitert war, wurden in den 70er Jahren Reformen im Schulwesen durchgeführt, die verhinderten, daß eine neue geistige Elite heranwachsen konnte. Systematisch hat man die Ausdrucksmöglichkeiten der Heranwachsenden geknebelt, sie in rücksichtslosem Konkurrenzkampf unterwiesen und ihre Opposition mit Konsumterror tot gemacht. Der heutigen Jugend sind keine ideellen Werte vermittelt worden, man hat sie nur gelehrt, das Leben mit einem unbefriedigenden materiellen Maß zu messen, man hat ihr Geborgenheit und liebevolle menschliche Zuwendung vorenthalten, man hat ihre Sprache geknebelt und verstümmelt und ihre einzige Möglichkeit, die Sehnsucht nach Liebe auszudrücken, besteht heute darin, Steine zu werfen und sich Straßenschlachten mit den gesetzlichen Vertretern der staatlichen Macht zu liefern.
Dem Resultat ihrer Erziehungspolitik steht die staatliche Macht jetzt fassungslos gegenüber. Nachdem der Staat eine durch und durch organisierte, kontrollierte, bürokratisierte Gesellschaftsordnung geschaffen hat, die für Widersprüche keinen Raum läßt, steht er jetzt einem unkontrollierbaren, ziellosen Ausbruch gegenüber, der die geheiligten Rechte der Wirtschafts- und Gesetzesordnung radikal angreift. Dieser Staat darf jetzt nicht zugeben, daß es längst nicht mehr darum geht, Hausbesetzer am widerrechtlichen Eindringen in 'Privateigentum' zu hindern. Vielmehr versucht er mit allen Mitteln, eine Opposition zu ersticken, die die von diesem Staat geschaffene Lebensform total ablehnt. Ginge der Staat nicht gegen diese Lebensform vor, müßte er eingestehen, daß er mit Hilfe des unbegrenzten Wirtschaftswachstums und rück-

Foto Göóck



sichtsloser Profitgier die Natur und damit den menschlichen Lebensraum fast zerstört hat. Er kann das Mißverhältnis zwischen materiellem Wohlstand und unmenschlichen Lebensbedingungen nicht öffentlich zugeben, ohne daß in der breiten Öffentlichkeit Zweifel an seiner Ordnung laut werden und sich ein allgemeines Bewußtsein gegen ihn bildet. Das könnte den totalen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung nach sich ziehen, der innerhalb der Straßenschlachten schon deutlich geworden ist.

Die Jugend fördert eine neue Menschlichkeit, die auf der Basis der herrschenden Ordnung nicht realisierbar ist. Der Staat ist nicht in der Lage, sich mit der Jugend zu verständigen, weil er seine gesamten Wertmaßstäbe und damit seine Macht aufgeben müßte. Das kann er sich bei der derzeitgen Ausdehnung seiner Macht nicht leisten. Er wird Mittel und Wege suchen, den bestehenden Widerstand in seine Ordnung zu integrieren. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die Jugend kompromisbereit ist, inwieweit die staatliche Gewalt in Form von Polizeikräften sie nicht schon mürbe gemacht hat.

Abschließend möchte ich sagen: Ich kann nicht still zu Hause sitzen und mein Leben mit Gehorsam und Nichtstun vergeuden. Hinterher will wieder niemand etwas gewußt haben

Zweiter Schweigemarsch am 23.9.

Am Mittwochabend versammelten sich ca. 1.500 Menschen am Olivaer Platz, um einen 2. Schweigemarsch für den gestern getöteten Klaus-Jürgen Rattay durchzuführen. Die Demonstration ist zwar nicht genehmigt, aber sie wurde von der Polizeiführung geduldet. Die Route soll die gleiche sein wie gestern — also eine Abschlußkundgebung mit Blumenhinterlegung an der Mahnwache.
Obwohl es kaum zu Steinwürfen o. ä. kommt, geht die Polizei wieder einmal sehr brutal gegen die Demonstranten vor. 13 Personen werden vorübergehend festgenommen und ca. 10 Personen verletzt.
Dazu Auszüge aus Gedächnisprotokollen:
(in vielen Gedächnisprotokollen spiegelt sich wider, wie in der Gerüchteküche rumgerührt wird — Meldungen aus 2. und 3. Hand, die sich nie bestätigt haben, — auch die Leute, die die Gerüchte aufgebracht haben sind nicht bekannt—, die Stimmung ist schon angeheizt genug)
„ Als ich um ca. 19.30 Uhr am Olivaer Platz ankam, sagte uns jemand, daß bei der Demo am Vortag außer dem schon bekannten Todesfall noch zwei weitere Leute gestorben seien. Diese Nachricht sollte am Mittag um 12.00 Uhr durchs Radio gekommen sein, doch gleich danach wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Nach Aussagen von Augenzeugen (?) solle ein Demonstrant von einem Mannschaftswagen vorsätzlich überfahren und dadurch getötet worden sein; weitere Augenzeugen bestätigen dieses und sagten, der zweite Tote wäre von mehreren Bullen totgeschlagen worden (?). (Anmerkung des Ermittlungsausschusses: diese Augenzeugen haben sich bei uns nie gemeldet und die Gerüchte sind nie bestätigt worden!)
Wir liefen die gleiche Route wie am Vortag in Richtung Potsdamer Str. Als wir gegen 21.00 Uhr vor dem Wittenbergplatz waren, wurden von den hinter der Masse herlaufenden Bullen Tränengasgranaten nach vorn geschmissen, sodaß eine Panik ausbrach und ne Menge Demonstranten in Richtung Wittenbergplatz liefen. Dann trennten die Bullen uns von der übrigen Masse. Wir (ca. 25 bis 30 Leute) standen mitten auf dem Wittenbergplatz, wo auf einmal eine ganze Horde (ca. 50 bis 80) von Bullen auf uns zustürmte und uns einkreiste. Ich sah noch, wie jemand mit dem ich in einer Reihe war, von 3 Bullen zusammengeschlagen wurde und mit blutenden Kopfplatzwunden reglos am Boden liegen blieb. Sie schlugen immer weiter auf ihn ein. Als sie endlich von ihm abließen und weiter rannten, ging ich hin, um ihn erstmal wegzuschleppen und in Sicherheit zu bringen. Leider kam ich nicht weit, weil zwei Bullen ankamen und auf mich einprügelten. Ich leistete keinen Widerstand und wollte mich freiwillig abführen lassen. Die Bullen allerdings schmissen mich zu Boden und prügelten ca. 1 min lang auf mich ein. Sie beschimpften mich mit Wörtern wie: 'Radikale Sau', 'linkes Mistschwein', 'Votze', 'kleiner Wichser' usw. Dann prügelten und stießen sie mich in den Mannschaftswagen."

Ich kann bezeugen, daß im Moment des Bulleneinsatzes keine Steine geworfen wurden. Es entstand Panik. Die Leute (auch ich) rannten, stürzten teilweise übereinander. Als ich aufstehen wollte, bekam ich vier Knüppelschläge ab (beide Arme, Rücken, Kopf). Stark blutend wurde ich in die Wanne gezerrt."

Foto Armin Stauth



„Der Demozug zog nach kurzer Beratung an der Bullenansammlung hinter dem KADEWE (Wittenbergplatz) vorbei. (Es war ca. 20.45 bis 21.00 Uhr). Ohne Grund knüppelten die Bullen von der Seite in die Menge hinein. (Ein Bulle meinte später in Moabit: 'Um die Steinewerfer von den friedlichen zu trennen.')



Foto M. Aurich

Im Freiraum unseres Staates, der Bullenwanne:
„Ich wurde sehr brutal über die Straße zu einem Polizeiwagen geschleppt. Dort wurde ich hineingeworfen. Mehrere Polizisten waren drinnen und haben mich noch geschlagen, dann auf einen Sitz geworfen und dann wieder auf den Kopf geschlagen und auf den Boden geworfen. 6 Personen waren auf diese Art in den Wagen geworfen worden. Man konnte sich nicht bewegen, ohne geprügelt oder beleidigt zu werden. Unmöglich zu atmen."

„Ich wurde in einen Mannschaftswagen geknüppelt, daß mir alles wehtat. Im Mannschaftswagen wurden wir gezwungen, uns auf den Boden zu legen. Der Buller sgte: 'Auf den Boden und Köppe runter!' Wir lagen dort wie Sperrmüll. Ich lag ganz unten, sodaß meine Beine völlig eingeklemmt waren. Der Junge, der neben mir lag, kriegte den Kopf nicht richtig runter, dafür schlug ihm ein Bulle mehrmals mit dem Knüppel auf den Kopf."

„Kurz vor den Wannen wurde ich gepackt und in die Wanne gezerrt, in der sich bereits 7 oder 8 Festgenommene auf dem Boden befanden. Ich wurde ebenfalls auf den Boden gestoßen. Unter mir lag ein Bullenschild, unter dem noch jemand lag. Wer sich bewegte, wurde angebrüllt und bekam unter Umständen noch einen Schlag. Ein Bulle drückte mich mit seinem Schild hinunter. Ich konnte kaum atmen und mich bewegen. Nach 10 Minuten wurde ein am Kopf verletzter und blutender Mann anscheinend in einen Krankenwagen umgeladen."

Foto Matthias Reichelt



Gleich geht's los.

Faschistoide Methoden — faschistoider Wortgebrauch
„Sie brachten uns zum Polizeirevier. All meine Sachen wurden mir dort abgenommen. Dabei sagten sie mir, daß ich stinken würde und eigentlich ins KZ müßte. Dann brachten sie mich in die Zelle, Nach ein paar Minuten brachten sie einen anderen Gefangenen, der den Arm gebrochen hatte (—wie er sagt—von der Polizei). Nach ca. 1 Stunde ging ich zur Toilette. Die Bullen bedrohten mich und schauten nach meinem Kopf, wo sie mich vorher geschlagen hatten. Nach 2 bis 3 weiteren Stunden holten sie mich aus der Zelle. Dann sagten sie mir, daß wenn das ein paar Jahre früher gelaufen wäre, sie mir den Kopf kahl gschoren hätten (das hatten sie mit den Juden im 2. Weltkrieg gemacht) und ich ein schmutziger Homo sei, weil ich mir die Haare blondiert hatte. Dann sagten sie noch, ich solle in den Wald gehen und auf Bäume klettern und so. Danach ließen sie mich frei und zeigten mir den falschen Weg, den ich aber nicht ging."

Einen Tag später, auch am Wittenbergplatz, 23.00 Uhr:
„Polizei stoppt am KADEWE Campingbus. Ca. 15 min später kommt ein Typ an und fragt: 'Ist das hier ein besetztes Auto?' und deutet auf den Campingbus. Antwort: 'Ja, das ist das erste instandbesetzte Auto.'. Daraufhin Gelächter und der Typ sagt: 'Und diese Schießbudenfiguren sollen es wohl bewachen!?' Auf diesen Satz hin wurde er sofort festgenommen. Eine Minute später sind sie mit ihm weggefahren."



Foto Ralph Rieth

Reaktionen in anderen Städten

In der **Karlsruher** Bewegung machte sich Betroffenheit und Wut breit, als der Tod von Klaus-Jürgen im Zusammenhang mit den Berliner Räumungen bekannt wurde. Wutentbrannt bezeugten zahlreiche Leute ihre Solidarität mit den Berlinern Hausbesetzern. Spät abends errichteten sie aus von der Bevölkerung bereitgestellten brennbaren Materialien (Sperrmüll) eine Barrikade auf einer Hauptverkehrsstraße und entzündeten diese.

Zu einer Spontandemonstration kamen am Dienstagabend in **München** etwa 2000 Personen zusammen. Nachdem die Grünen, sie hatten den Protestmarsch angemeldet, das Ende der Demonstration bekanntgaben, blockierten Demonstranten zunächst eine Straßenkreuzung, dann entschloß sich die Mehrheit der Teilnehmer, den Zug fortzusetzen. Die Polizei versuchte erfolglos, die Demonstration zu stoppen und beschränkte sich dann zunächst darauf, den Zug zu beobachten. Während die Zahl der Teilnehmer auf mehrere Hundert schrumpfte, gingen einige Scheiben bei Banken und der BILD-Zeitung zu Bruch. Gegen Mitternacht kam es dann zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nachdem die Demonstration von der Polizei eingekreist worden war, griffen Zivilbeamte gezielt mehrere Demonstranten heraus und zerrten sie in Polizeiautos. Ob sie noch in Haft sind, wußte der Polizeisprecher nicht zu sagen.

Die Nachrichten aus Berlin haben auch in **Marburg** unmittelbare Betroffenheit ausgelöst. Trotz Semesterferien trafen sich über 50 Leute zu einer nächtlichen Demonstration. Gegen 23 Uhr hallte es in der Oberstadt: „Spekulanten, die erreichen Profite über Leichen". Eingeworfene Glastüren und die lautstarke Aufforderung: „Macht dem Polizeichef Lummer sein ganzes Leben Kummer", zeugten von der Wut über die Berliner Ereignisse. Für Mittwochnachtmittag sind weitere Demonstrationen angekündigt.

Zu einer spontanen Solidaritätsdemo mit den Hausbesetzern in Berlin mit etwa 200 Teilnehmern kam es gestern abend in **Hannover.** Von der Uni, wo die ersten Scheiben eingeschlagen wurden, ging es in Richtung „Neue Heimat", wo dann das Scheibeneinwerfen fortgesetzt wurde. Hannovers Polizei war unterdessen bemüht, durch besonders provokatives Verhalten die Stimmung möglichst noch mehr anzuheizen.

In **Stuttgart** ging eine Demo vor das Verwaltungsgebäude des DGB. Die Wut richtete sich hauptsählich gegen den DGB als Hauptanteilseigner der „Neuen Heimat". Als verschiedene Demonstranten versuchten, die Fassaden des DGB-Hauses zu besprühen und die Schaufenster mit Steinen zu bewerfen, sahen sie sich konfrontiert mit beherzten, selbsternannten „Objektschützern" aus der Gewerkschaftsjugend.

In **Amsterdam** zogen am späten Dienstagabend etwa 300 Kraaker vor die Büros der deutschen Fremdenverkehrsverbands, der Lufthansa und das Generalkonsulat der BRD, um gegen den Einsatz der Polizei in West-Berlin gegen die Hausbesetzer zu demonstrieren. Sie warfen Rauchbomben und schlugen einige Fensterscheiben ein.

In **Frankfurt** hatten sich etwa 1000 Leute am Abend von der Uni aus in Bewegung gesetzt, um gegen die Räumung der Berliner Häuser und den Tod von Klaus Jürgen Rattay zu demonstrieren. Die ersten Steine flogen gegen das Bockenheimer Polizeirevier. Nach kurzem Knüppeleinsatz (die Wirkung des Wasserwerfers ging im Regen unter), ging der Zug dann durchs Westend und wurde dort von der Polizei aufgerieben, wobei es zu zahlreichen Verletzten kam. Einzelne Gruppen zogen durch Bockenheim und das Westend, hier und da einen Scherbenhaufen hinterlassend. Zwei Männer und eine 17jährige wurden wegen Landfriedensbruch festgenommen und sollen heute dem Haftrichter vorgeführt werden.

In **Kassel** gingen Scheiben bei der Giftmüllfirma Winthershall, der Neuen Heimat und einem Maklerbüro zu Bruch.

Auch in **Hamburg** schlug das lähmende Entsetzen sehr schnell in Wut und Trauer um. Und die wollten wir unserem örtlichen DGB nicht vorenthalten. Die anschließende Demonstration von ca. 300 Menschen durch die Innenstadt konnte einige Informationen über den Häuserkampf in Berlin vermitteln.

Bevor der Polizeiapparat entsprechend reagieren konnte, löst sich die Demonstration in Gruppen auf. Durch den lärmenden Einsatz eines Hubschraubers und diverser Mannschaftswagen sorgte die Polizei selbst für einen Menschenauflauf, der anschließend streng von ihnen bewacht wurde. Fazit des Abends: 28 kaputte Scheiben, von Banken, Versicherungen und der Firma Hoechst im Büroviertel City Nord; 3 Leute wurden vorläufig festgenommen. „Um Mitternacht war der Spuk vorbei" — so die Pressestelle der Polizei.

Etwa 600 Leute demonstrierten am Dienstag abend spontan in einem Fackelzug vom **Bremer** Ostertorviertel zur Verwaltung der „Neuen Heimat" in der Innenstadt. So viele Scherben wie dieses Mal hat es bei der „Neuen Heimat" und ihrer 100%-igen Tochterfirma, der Nordwestdeutschen Siedlungsgesellschaft, noch nie gegeben. Beim darauffolgenden Polizeieinsatz wurden die Demonstranten in die Rembertistraße getrieben. Dabei warfen einige Polizisten Steine hinter den davonlaufenden Leuten her, unterstützt von einem Kollegen, der mit gezogener Pistole die Kreuzung sicherte. Als sich die Demonstration auflöste, wurden mehrere Leute festgenommen.

Trotz strömenden Regens versammelten sich in **Köln** am Dienstag in den späten Abendstunden nahezu 800 Leute in der Innenstadt zu einer spontanen Demonstration. Steine flogen, als der Zug an einem Gebäude der Neuen Heimat vorbeizog. Für Freitag 18 Uhr wurde auf dem Chlodwigplatz eine weitere Demonstration angesetzt. (taz)

Trotz Dauerregens nahmen in der Nacht zu Mittwoch ca. 800 Personen an einem spontanen Fackelzug durch die **Freiburger** Innenstadt teil. Einmal wurde die Demo aus einem oberen Stockwerk mit Flaschen beworfen und öfters beschimpft. Als gegen 0.30 Uhr McDonald, die Badische Zeitung und einige größere Geschäfte Scheiben lassen mußten und die Spray-Aktivität zunahm, marschierte eine Hundertschaft auf. Zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten kam es nicht.

freunde, wir sind zutiefst betroffen ueber den tod ~~dxxxxx~~
eines 18jaehrigen berliner, der nur sein recht wahrnahm, seine
meinung oeffentlich zu manifestieren der weizaeckersenat schreckt
vor nichts mehr zurueck . er will die bewegung fuer ein menschen-
wuerdiges wohnen vernichten, bis hin

zur physischen vernichtung von menschenleben in dieser stunde
gilt fuer euch unsere ganze solidaritaet. weg mit dem weizaecker-
senat. freilassung aller inhaftierten. alle leerstehenden und
besetzten haeuser in die hand der bevoelerung
jugendzentrum ~~neckargeuxxxxxx~~ neckargemuend in selbsverwaltung
ev bammentalerstr 1 (6903)neckargemuend
zu selben zeit haben wir folgendes telegramm an den regierenden
buergermeister
=von berlin gesandt: iwxxxxx wir, die ~~mitligxxxxx~~ mitglieder des
selbstverwaltenden jugendzentrums von neckargemuend protestieren
energisch gegen die raeumung von 8 haeusern am heutigen tage.
es ist jetzt klar geworden, waw die fortsetzung der ,,berliner
linie'' bedeutet: zerschlagung der bewegung fuer menschen-
wuerdiges wohnen in berlin heute haben sie es, herr buerger-
meister auf die
spitze getriben. bei einem poliezeieinsatz wurde ein 18jaehriger
berliner getoetet. dieses menschenlben lastet auf ihren und
ihres ~~innsxxxxx~~ innensenators gewissen. ziehen sie jetzt endlich
die konsequenzen lassen sie alle inhaftierten hausbesetzer
frei geben sie saemtliche leerstehenden und besetzten haeuser
zu instandsetzung auf basis-demokratischer grundlage frei
ziehen sie die perseonliche konsequenz und
treten sie mit ihrem senat z~~ruexxxxxx zuriexxxxx~~ zurueck
jugendzentrum neckargemuend in selbstverwaltung ev
bammentalerstr 1 (6903)neckargemuend

Empfehlung der Hausbesetzer und ihrer Freunde

Keine zwei Wochen nach dem letzten Angriff erfrecht sich nun der Berliner Senat aufs Neue, mindestens 14 besetzten Häusern, vielen davon in Kreuzberg, die Räumung anzudrohen. Beim letzten Mal verlief die Reaktion trotz der Ermordung von K.J. Rattay noch relativ friedlich. Man verließ sich vielmehr auf die Unterstützung zahlreicher liberaler Solidaritätsgruppen. Die Unterstützung war zwar groß, aber nicht wirksam. Es ist schade, immer wieder feststellen zu müssen, daß jeder friedliche Protest, sei er auch massenhaft, ignoriert wird.

Die Vertreter sämtlicher besetzter Häuser ist nicht gewillt, auch nur die geringste Provokation dieser Art weiterhin zu dulden. Der Besetzerrat und seine nach 10.000den zählende Freunde, haben sich nun ebenfalls auf eine härtere Linie geeinigt.

Sollte auch nur der geringste Angriff gegen eines der besetzten Häuser erfolgen, sollte sich der Senat und die Polizei, tatsächlich erdreisten aufs Neue den Hausfrieden unserer Häuser zu brechen, ist die Amtszeit für den gegenwärtigen Berliner Senat abgelaufen. Des weiteren geht es postwendend endlich mal auch den stadtbekannten Spekulanten an den Kragen. Ihre weitgehend ungenutzten Villen im Grunewald werden ohne vorherige Ankündigung zwangsweise geräumt.

Nach einem eventuellen Angriff auf irgendeine unserer kulturellen Errungenschaften, wie z.B. besetzten Wohnraum, Cafes, sowie auf unsere Kulturzentren mit Arbeits- und Auftrittsmöglichkeiten für zahlreiche Theater- und Musikgruppen, Werkstätten, etc., kann der bürgerliche Berliner Kulturbetrieb damit rechnen, daß weder in der »Deutschen Oper« noch im »Schiller-Theater«, noch in irgendwelchen Ausstellungen, Messen oder Kongressen auch nur eine einzige „Kultur"-Veranstaltung ohne Störung über die Bühne geht.

Der bereits entstandene, bzw. bei erneuten Senatsagressionen zu erwartende Sachschaden stellt, verglichen mit den weitergehenden zu erwartenden Reaktionen auf Häuserräumungen und dergleichen, nur eine relativ geringfügige „Bedrohung" des Rechtsfriedens dar. Deshalb sei auch nur nebenbei darauf hingewiesen.

An den Berliner Senat ergeht daher die dringende Empfehlung, sämtliche weitere Störungen, Angriffe, Durchsuchungs- und Räumungsversuche zu unterlassen. Eine nachhaltige Störung des Rechtsfriedens ist auch für die Bewegung mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Von daher wäre es auch der im Grund friedlichen und bekanntlich arbeitsscheuen Bewegung gelegen, wenn oben genannte Maßnahmen, nicht zur Notwendigkeit würden.

Nachtrag zu Springer und seiner „Presse":

Die Abschaffung des § 88a ist noch lange kein Grund, in schamloser Art und Weise in Bild, BZ und Morgenpost nicht nur Gewalt zu verherrlichen, zu verharmlosen oder zu billigen, sondern auch noch öffentlich zur Anwendung von Gewalt in Form von terroristischen Bürgerwehren aufzufordern. Sollte diese Hetzkampagne nicht sofort ein Ende finden, wird sich eine massive Störung von Produktion und Auslieferung der Springer-Presse nicht vermeiden lassen.

Die lustigen Hausbesetzer

SIE REDEN VON "FRIEDEN" UND MACHEN KRIEG !

nach der letzten räumungswelle sollen nach einem internen senatspapier 14 weitere häuser,davon 9 in K 36,geräumt werden.wir sehen in diesen räumungen nicht nur einen angriff auf die häuser,sondern einen angriff auf den widerstand überhaupt.gerade an den gezielten aktionen nach der letzten räumung,wie DGB-besetzung,21 brandanschläge in berlin in der gleichen nacht,solidaritätsdemosund anschläge in BRD,anschläge auf lufthansa und andere deutsche einrichtungen im ausland,zeigen,daß der widerstand den schweinen langsam zu gefährlich geworden ist.noch glauben sie,ihn im keim ersticken zu können,bevor sich noch mehr mobilisiert und wir zunehmend zusammenhänge begreifen und andere inhalte in den häuserkampf kommen.während des hungerstreiks der gefangenen aus der RAF und anderer gefangener kamen in die häuserbewegung die ersten inhalte über die häuser hinaus.die besetzer verhielten sich öffentlich als bewegung zum hungerstreik,auch weil viele durch die kriminalisierung selbst direkt mit knast konfrontiert wurden. diese entwicklung drückte sich auch aus in der solidarität mit den befreiungskämpfen in el salvador und der türkei,den hungerstreikenden in irland bis hin zur antihaigdemo,die sich konkret gegen die dafür verantwortlichen richtete.es sind die yanks,die jetzt ihren druck af die BRD-regierung verstärken,um die häuserbewegung zu zerschlagen und unseren widerstand zu brechen,auch angesichts des zu erwartenden hungerstreiks der RAF.ganz konkret für uns zeigt sich das daran,daß haig sich selbst nach berlin eingeladen hat, daß weizsäcker und demnächst auch vogel direkt in den USA über die situation hier beraten.die erste antwort der schweine war die räumung der 8 häuser vor 2 wochen,um durch die zu erwartenden krawalle die militanz wieder.auf häuser-ebene zu reduzieren.gleichzeitig wurden paten in die häuser geschickt,die die funktion hatten,die räumung selbst friedlichzu halten.die durch brutalste bulleneinsätze provozierte anschließende eskalation(wannen fuhren rücksichtslos in demonstranten und passanten,es gab so viele schwerverletzte,wie noch nie und mindestens einen toten) sollte jedoch den "großen schlag"gegen den widerstand vorbereiten. denn sie haben gemerkt,daß sie einen großen teil der bewegung trotz zahl reicher spaltungs- und integrationsversuche(treuhand,käseglocke,paten, klaus-rattay gruppe)nicht einkaufen können.und die schweine müssen den wider stand jetzt zerschlagen,bevor er sich organisiert und eine klare politische stoßrichtung bekommt.nach der eskalation hetzen die medien wieder mal gegen 'chaoten und extremisten' am rande des 'terrorismus',lummer sagt sinngemäß,man müsse noch drei oder viermal solche eskalationen in kauf nehmen und 100 von den "drahtziehern"einknasten,dann würde der rest total frustriert aufgeben und die wenigen,die weitermachen,wären leicht zu isolieren und einzumachen und wir hätten wieder "inneren frieden".kriminalbeamte fordern ein direkteres eingreifen der alliierten,faschistenaktionen gegen besetzte häuser nehmen zu,eine bürgeraktion gegen chaos wird gegründet,die freiwillige polizeireserve wird eingesetzt...der tod klaus rattays war vorbereitet,in den medien tauchten in letzter zeit immer mehr meldungen auf, daß schußwaffengebrauch gerechtfertigt gewesen wäre,und durch die gleich nach seinem tod verhängte nachrichtensperre ist es nicht mal klar, ob es nicht noch mehr tote gab---CDU,SPD undFDP rufen auf zur 'solidarität der demokraten',die immer dann demonstriert wird,wenn es den schweinen an die substanz geht.daran zeigt sich auch,daß die ganzen parteienstreitereien nur ein vorwand sind,um zu vertuschen,daß die CDU und lummer nur das ausführen, was von allen schweinen zusammen geplant wurde.der scheinmißtrauensantrag der SPD,ihre angriffe auf die räumungspolitik des CDUsenats sollen nur ablenkung der öffentlichkeit von den wirklichen verantwortlichen zu sein. teilweise geht dieses kalkül auch auf,ein großer teil der bewegung fordert nur lummers rücktritt und fixiert sich ausschließlich auf den toten und die bevorstehenden räumungen,ohne die hintergründe zu durchleuchten.für uns heißt das aber ganz klar,daß wir nicht auf ihr kalkül eingehen,das sie mit den räumungen bezwecken,und nicht blind auf die militärische ebene einlassen,auf der sie uns im moment überlegen sind,uns nicht zerschlagen,einmachen und auspowern lassen,sondern daß wir auch weiterhin in der offensive bleiben aber indem wir unseren widerstand.unsere widerstandsformen und unsere angriffe selbst bestimmen.immer mehr leute,die in teilbereichen(antiAkw-,häuser-, knastkampf,friedensbewegung)anfingen,zukämpfen,checken,daß hinter allem die gleichen schweine stecken und gegen die müssen wir uns richten!in diesem zusammenhang begreifen wir auch den kampf gegen die startbahn west als teil unseres kampfes.es liegt an uns,an der stärke des drucks,den wir ausüben,zu verhindern,daß die yanks mit der startbahn nach ramstein noch eine zweite startrampe für ihre imperialistischen agressionen gegen den nahen osten und die 3. welt durchsetzen können,wie wichtig dieser militärflughafen für die schweine ist,wird daran deutlich,daßsie sich über den willen von 80% der bevölkerung und des rhein-maingebietes und über 1000e,die überall dagegen ankämpfen hinwegsetzen,eben weil es ihnen um krieg geht.doch der kampf wird weitergehen,auch wenn das gelände geräumt ist.

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG,ob nach INNEN oder nach AUSSEN !!!!!!
OFFENSIV IN EINER FRONT GEGEN DAS SCHWEINESYSTEM !!!!!
KEINE STARTBAHN WEST!!HÄNDE WEG VON BESETZERN UND UNSEREN HÄUSERN !!!!!
SOFORTIGE ERFÜLLUNG DER ZUSAGEN AN DIE GEFANGENEN !!!!!

VV: 19°° FR ★ DRUGSTORE

Tod von Olaf, Hamburg '80

Über ein Jahr ist vergangen, seitdem in Hamburg der 16-jährige Olaf Ritzmann unter ähnlichen Umständen in den Tod getrieben wurde, wie jetzt Klaus-Jürgen Rattay in Berlin. Olaf war zusammen mit anderen im Anschluß an die Anti-Strauß-Demo am 25. August 1980 vor einer Hundertschaft Polizei geflohen, die knüppelschwingend in den S-Bahnhof Sternschanze stürmte. Vor dem Bahnhof war einige Zeit zuvor die Demonstration beendet worden, die Demonstranten befanden sich auf dem Heimweg. Die eintreffende Hundertschaft der „Alarmabteilung" der Hamburger Polizei verfolgte die flüchtenden Demonstranten bis zum oberen Teil der Treppe zum Bahnsteig. In panischer Angst flüchteten etliche Demonstranten auf die Gleisanlagen. Auf dem Rückweg zum Bahnsteig wurde Olaf Ritzmann von einer S-Bahn erfaßt und tödlich verletzt. Auf einen Wink der Polizei hin wurde sein Leben noch Tage künstlich verlängert, um „Krawallen" vorzubeugen.
Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

Nur Polizei, Senat und Springer-Presse war von Anfang an klar: Mit dem Tod von Olaf Ritzmann hatten sie nichts zu tun. Zuerst wurde die Anwesenheit von Polizei am Bahnhof vor dem tödlichen Unfall ganz bestritten. Aus der Flucht auf die Gleise wurde jugendlicher Übermut: *„Nach übereinstimmenden Berichten von Polizei und Bahnpolizei tobten die zum Teil jugendlichen Demonstrationsteilnehmer dann über die Gleise in Richtung Altona weiter"* (HA,2.8.1980). Insgesamt viermal veränderte die Polizei die offizielle Version und reagierte auf die Veröffentlichungen des Ermittlungsausschusses. Die BamS faßte die bürgerliche Sicht der Dinge so zusammen: *„Der 16-jährige Olaf Ritzmann war am Freitag an seinen Verletzungen gestorben, Zusammen mit anderen Demonstranten war er in einen Bahnhof gestürmt und dabei vor einen Zug gestürzt"* (BamS,31.8.1980).
Da wundert es nicht, daß jetzt in Berlin die Version verbreitet wurde, Klaus Jürgen Rattay sei auf die Stoßstange des BVG-Busses gesprungen und bei dem Versuch, dessen Scheibe einzuschlagen unter die Räder geraten.
Daß überhaupt die Polizeiversion erschüttert und in der Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Bild der Geschehnisse verbreitet werden konnte, ist auf die Tätigkeit des Ermittlungsausschusses zurückzuführen, der sofort nach dem 25. August 1980 Augenzeugenberichte sammelte, die schon wenige Tage später ein präzises Bild des tatsächlichen Ablaufs der Ereignisse ermöglichten. Auf der Grundlage von über 100 Augenzeugenberichten wurde Anzeige gegen die Verantwortlichen für den Polizeieinsatz an der Sternschanze gestellt, zu deren Unterstützung 1.500 Unterschriften gesammelt wurden. Aufgrund dieser Anzeige wird nun seit einem Jahr von der Hamburger Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Ermittlungsakten sind auf 300 Seiten angewachsen, ohne faßbare Ergebnisse hervorgebracht zu haben. Die polizeilichen Ermittlungen verfolgen das Ziel, die sattsam bekannte Polizeiversion zu untermauern. Nur unwesentlich Neues kam dabei zutage. In den Ermittlungsakten stehen sich die Aussagen von Polizisten einerseits und Demonstranten, Passanten und Rote-Kreuz-Sanitätern andererseits gegenüber. Auftretende Widersprü-

che blieben ungeklärt. Überhaupt nicht verfolgt wurde in den polizeilichen Ermittlungen ein Verstoß gegen die Polizeidienstvorschrift „PDV 100“, nach der vor Einsätzen in Bahnhöfen und anderen gefährlichen Gebieten der Verkehr gestoppt werden muß.
Auf die Spitze trieb es die Polizei jüngst am 24.Septemer 1981, am Tage der Solidaritätsdemonstration mit den Berliner Hausbesetzern: Als die Demonstration an der Sternschanze ankam, war der Bahnhof weiträumig von der Polizei abgesperrt, benachbarte Bahnhöfe waren ebenfalls gesperrt. In der Folge mußten die Demonstranten weiterziehen und es gab eine brutale Hetzjagd der Polizei gegen sie. Stellungnahme der Polizei: *„Ha, glauben Sie denn, wir wollen daß da noch mal jemand unter die Räder kommt......“*
Auffällig ist, daß den einzelnen vernommenen Polizisten ihr Tun nicht ganz geheuer ist; sie versteifen sich auf die Vogel-Stauß-Perspektive und wissen angeblich weder, mit welchem Einsatzbefehl sie überhaupt im Einsatz waren, noch wollen sie am Sturm auf den Bahnhof beteilgt gewesen sein.
Deutlich in die Offensive ging nur der Einsatzleiter der Hundertschaft.Für ihn sind die Demonstranten eine *„Gruppe hochkarätiger Anarcho-Krimineller“*, durch deren Anwesenheit für die Polizei *„ein höchster Gefährdungsgrad gegeben“* war. Er gibt auch zu, daß seine Leute in den Bahnhof gestürmt sind, allerdings bleibt der Grund dafür im Dunkeln. Und dieser Herr wird von höchster Seite gedeckt. Der Einsatzbefehl, der auf “Sicherstellung des Lautsprecherwagens“ lautete, (Anm.: Dieser befand sich zum Zeitpunkt des Polizeiangriffs gar nicht mehr am Bahnhof) wurde zwischenzeitlich vernichtet.
Letztlich versuchten die polizeilichen Ermittler die Ereignisse vollends auf den Kopf zu stellen. Da wurde aus hochausgerüsteten, prügelnden Polizisten von Steineschmeißern bedrohte Beamte und aus der Flucht auf die Gleise ein mutwilliges Verlassen des Bahnsteiges zum Steineschmeißen.
Mit der Eröffnung eines Verfahrens kann aufgrund dieser Ermittlungen nicht gerechnet werden. Zu erwarten ist eine offizielle Mitteilung, daß das Verfahren gegen die eingesetzten Polizisten nicht eröffnet wird, da kein Zusammenhang zwischen dem Polizeieinsatz und Olafs Tod zu ermitteln sei, und damit die offizielle Sprachregelung eines “bedauerlichen Vorfalls“ (Staack) besiegelt wird.
Auf der Kundgebung am 24.9.81 haben wir unsere Erfahrungen bei der Aufklärung des Todes von Olaf Ritzmann zusammengefasst:
„Wir wissen, wer die Schuldigen für den Tod von Olaf Ritzmann hier an der Sternschanze und den Tod von Klaus-Jürgen Rattay vor zwei Tagen in Westberlin sind.
Wir wissen auch, daß wir nicht nur die Opfer der staatlichen Gewalt tragen müssen, sondern es auch allein an uns liegt, die tatsächlichen Geschehnisse zusammenzutragen und an die Öffentlichkeit zu bringen.
Auf unabhängige Gerichte oder gar polizeiliche Aufklärung können wir uns nicht verlassen.
Mit dieser Gegenöffentlichkeit, die die offiziellen Versionen zum Tod von Olaf Ritzmann genauso erschüttert hat, wie die Lügen von Innensenator Lummer und seiner Polizei, schaffen wir für uns auch ein kleines Stück dazu, Angst, Wut und Trauer über die Toten umzusetzen in neue Hausbesetzungen, Aktionen gegen Kriegsgefahr,Atomenergie und gegen diesen mörderischen Staat.“

Ermittlungsausschuß zum 25.8.80
c /o Bunte Liste, Bartelstr.26
2ooo Hamburg 6

Reaktion der Presse

Die Saat der Gewalt

Das Blut auf der Potsdamer Straße war kaum getrocknet, als die wechselseitigen Schuldzuweisungen begannen. Jeder wies mit dem Finger in die Ecke, in der er selbst nicht steht. Niemand fragte, jedenfalls nicht laut und öffentlich, wieviel Schuld er selbst mitträgt an dem Tod eines jungen Mannes.

Nicht fragte sich Heinrich Lummer, ob die Sicherheit des Rechtsstaates seit gestern, als der Innensenator zur Räumung von acht besetzten Häusern blasen ließ, wirklich größer geworden ist, ob der Staat nicht vielmehr Schaden genommen hat?

Nicht fragte sich die „Neue Heimat", ob die Inanspruchnahme eines Rechtstitels zum jetzigen Zeitpunkt nicht größeren Schaden aufwühlen würde, als er bei einigem Zuwarten entstanden wäre?

Nicht fragten sich Sympathisanten und „Paten" der Hausbesetzer, ob sie in den zurückliegenden Wochen und Tagen eigentlich zur Entspannung der Situation, ob sie nicht vielmehr zur Schürung des gegenseitigen Hasses beigetragen hatten?

Nicht fragten sich AL und Jusos und Judos, ob sie mit ihren rechthaberischen Demonstrationen und einäugigen Schuldzuweisungen nicht zusätzlich Öl ins Feuer gegossen hatten, anstatt es löschen zu helfen?

Schon gar nicht fragte der Pöbel innerhalb der Besetzerszene, welches gerüttelte Maß an Schuld ihn an der Brutalisierung eines Kampfes trifft, in dem es längst nicht mehr um leere oder besetzte Häuser geht?

Schlimmer: Die Szene hat jetzt ihren Märtyrer, und sie wird in seinem Namen jeden labilen Jugendlichen, der kaum weiß, wovon er spricht, einzuspannen suchen in noch mehr Haß auf diesen Staat, auf diese Gesellschaft.

Über den Toten selbst, über seine mögliche Rolle innerhalb der Szene, über seine Motive, die ihn gestern auf den Winterfeldtplatz trieben, läßt sich zur Stunde Schlüssiges noch nicht sagen. Zu widersprüchlich waren die Nachrichten den ganzen Tag über. Vorschnelle Verurteilungen und vorschnelle Freisprüche sind schon genug gefallen.

Aber zwei Fragen, die gestern kaum gestellt wurden, wollen wir eindringlich stellen —

Eine an den Senat: Hat es gelohnt, um eines Rechtstitels willen, zu dessen Eintreibung kein Zugzwang bestand, gestern dieses massive Risiko zu laufen, das neben einem Toten noch zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten kostete?

Eine an die Hausbesetzer: Lohnt die hartnäckige Verweigerung, in die sie sich flüchten lohnt blindwütiges Anrennen gegen die Gesetze selbst, Tote und Verletzte?

Wenn jetzt von beiden Seiten nicht konsequent nach Befriedung gesucht wird, wenn der Terror der Straße und der Anspruch auf das staatliche Gewaltmonopol sich wechselseitig eskalieren, dann wird der Tote in der Potsdamer Straße nicht der letzte gewesen sein.

HANS HÖPPNER

Volksblatt Berlin, 23.9.81

Unsere Meinung:

In dieser gestörten Stadt

-thes. Ein Toter ist zu beklagen. Das geschieht in dieser unserer Ordnung mit dem angemessenen Ernst, wie immer Schuld und Schicksal sich verkettet haben mögen. Einen Märtyrer aber hat die Szene der Hausbesetzer und Sympathisanten damit nicht, auch keinen Benno Ohnesorg. Der Student, der an jenem 2. Juni an der Berliner Oper starb, war, ohne ein Angreifer zu sein, einem Übermaß an Staatsgewalt ohne Selbstverschulden erlegen. Die APO konnte sich darauf berufen, zumal ihr prinzipieller Ansatz, daß verkrustete Strukturen in Frage gestellt zu werden verdienten, richtig war.

Die Hausbesetzer und deren friedliche oder gewalttätige Sympathisanten entbehren solch geistigen Überbaus ihrer materiellen Ansprüche weitgehend. Sie maßen sich an, einen zugegebenen Mißstand auf einem lebenswichtigen sozialpolitischen Gebiet, mit dem System schlechthin zu identifizieren und angebotene Kompromisse zu denunzieren.

Deshalb war es richtig, daß der neue Senat die Berliner Linie seines Vorgängers ernst nahm und an einer geringen Zahl dafür nachweislich geeigneter Objekte Exempel statuierte. Wir haben dennoch vorher zu bedenken gegeben, ob eine Debatte des Parlaments darüber abgewartet werden sollte. Dies taten wir nicht, weil es rechtlich geboten gewesen wäre, sondern aus politischen Erwägungen. Tatsächlich handelt es sich hier um eine Aufgabe der Exekutive. Deren Vollzug wurde fair, ohne Winkelzüge vorbereitet. Die Behörde hatte durch den Verzicht auf durchaus legitime Überraschung in Kauf genommen, daß die Szene sich auf die Staatsaktion vorbereiten und ihre Sympathisanten mobilisieren konnte. Es sei also eingeräumt, daß der von uns in Erwägung gezogene Respekt vor dem Parlament zwar eine gewisse Frontenklärung in der politischen Kontroverse ermöglicht, die Risiken der Konfrontation aber nicht verringert, womöglich vergrößert hätte.

Auch darf nicht außer Betracht bleiben: Das Angebot des Staates an Rechtsbrecher, mit ihnen über das illegal beanspruchte Rechtsgut zu verhandeln, um daraus womöglich Legalisierungen herzuleiten, bedeutet bereits eine erhebliche Spannung des rechtsstaatlichen Bogens. Dies wird gerade ein ehemaliger Justizminister wie der Berliner Oppositionsführer Vogel wissen, weshalb er mit seinem Vorwurf, sein Nachfolger im Amt des Regierenden Bürgermeisters verlasse die Berliner Linie, weder bei Freund noch Gegner so recht überzeugend gewirkt haben mag.

Einwände gegen den gestrigen Vollzug der Räumung haben wir demnach nicht. Die Polizei ist nach den Beobachtungen unserer von Tränengas und Wasserwerfern auch unmittelbar betroffenen Mitarbeiter dem Anspruch eines flexiblen, schonenden Einsatzes unter Vermeidung unnötiger Konfrontation gerecht geworden. Sie unterschied dabei auch mit stellenweise sichtbarem Erfolg zwischen den eigentlichen Hausbesetzern, von denen nur im Ausnahmefall Aggressionen aus den Häusern heraus oder bei der Räumung beobachtet wurden, und den Störern. Schon lange vor der Räumung wurde in Einzelaktionen krimineller Art deutlich, was wir an einer Hauswand schon seit Tagen so bekenntnisfreudig und geschliffen formuliert lesen durften: „Wir bekämpfen nicht die Fehler des Systems, sondern dessen Vollkommenheit."

Nun liegt es im Wesen unseres Systems, daß es sich nicht für vollkommen hält und deshalb bereit sein muß, auch auf aggressiv vorgetragene Zweifel einzugehen, sie notfalls fruchtbar zu machen, wie es ja auch am Beispiel der besetzten Häuser geschieht. Um vor der Geschichte brennende Barrikaden rechtfertigen zu können, bedürfte es indes einer revolutionären Situation, die auch mit allem anarchistischem Bemühen nicht erzeugt werden kann, sondern gesellschaftlich gegeben sein muß, was selbst Horst Mahler irgendwann einsah.

Bei den Berliner Anschlußkrawallen aber, die immer wieder ernstzunehmenden und grundrechtlich geschützten Demonstrationen folgen, macht lediglich eine politisch nicht einleuchtend motivierte kriminelle Minderheit einem Gemeinwesen, das ohnehin an seiner Lage chronisch krankt, das Leben schwer. Sie diskreditiert dabei auch die von ihr jeweils benutzten Anlässe, so die Hausbesetzungen, als Mittel begründeter politischer Aktionskritik. Auch zugegebene Mißstände rechtfertigen keine chronischen Rechtsbrüche.

Wer hier den inneren Frieden gefährdet, wurde gestern erneut deutlich. Ob die einge-

setzten Polizisten sehr glücklich waren, als der Innensenator nach der Räumung in einem der Objekte auftauchte, mag dahingestellt bleiben. Die von der AL-Fraktion konstruierte Kausalität und versuchte Schuldzuweisung an den verantwortlichen Senator ist indes nicht so ernstzunehmen wie der Tod des jungen Westdeutschen, der in einer hektischen, möglicherweise von ihm selbst noch verschärften Situation Opfer eines Unfalls wurde, dessen Ausgang nicht zuletzt den Busfahrer psychisch belasten dürfte. Daß die Polizei Demonstranten in den fließenden Verkehr drängte, war offensichtlich und bedenklich.

Wer daraus politisches Kapital zu schlagen versucht, unterstreicht nur die Notwendigkeit jener von uns schon beschworenen großen Koalition der Vernunft zum Schutze dieser gestörten Stadt.

Tagesspiegel, 23.9.81

Terror gegen Wohnungssuchende

Westberliner Polizei knüppelt brutal

Ein Todesopfer und Hunderte Verletzte Proteste: „Mörder!"

BZ am Abend, 23.9.81

Herr Lummer, Sie haben einen Menschen auf dem Gewissen

Im Berliner Häuserkampf ist ein Mensch getötet worden. Das war kein Verkehrsunfall, das war nicht das Verschulden eines durchgedrehten Busfahrers. Nein, Herr Lummer, das war einzig und allein Ihre Schuld. Sie haben gewußt, daß die Räumung der acht besetzten Häuser politische Blindheit ist. Man hat es Ihnen oft genug gesagt. Das, was Sie jetzt gemacht haben, ist nicht nur politische Blindheit, sondern ein Wahnsinn, den Sie zu verantworten haben. In einer Situation, in der die ganze Stadt unter Hochspannung steht, in der es tausende von Leuten gibt, die nicht wissen, wo sie ihre Verzweiflung und ihre Wut lassen sollen - in einer solchen Situation, triumphierend eine Pressekonferenz in einem geräumten Haus zu halten, ist mehr als eine Provokation. Ohne ihr machtherrliches und geltungssüchtiges Auftreten hätte es keine Situation gegeben, bei der ein Mensch getötet würde. Was Sie gemacht haben, ist Feldherrenmanie in Feindesland, Herr Lummer. Und Feldherren führen Krieg. Wer den Krieg erklärt, nimmt Tote in Kauf, das wissen Sie genau. Auch mit politischen Entscheidungen kann man Menschen umbringen. Wie viele solcher Entscheidungen wollen Sie noch treffen?

Vera Gaserow

die tageszeitung, 23.9.81

Die sogenannten Angebote des Senats und der Neuen Heimat

Wohl eine der perfidesten Lügen stellt die der Öffentlichkeit als Begründung gelieferte Behauptung dar, der Senat und die Neue Heimat hätten den Besetzern „Angebote" und „Lösungen" gezeigt, aber die bösen Besetzer seien darauf ja gar nicht erst eingegangen.
Gerade der westdeutschen Öffentlichkeit, die von den Problemen hier sehr weit entfernt ist, erscheinen folglich die Räumungen als einziger Ausweg. Nur, welche Zeitung, welcher Sender hat sich denn bisher die Mühe gemacht, dieses vom Senat und der Neuen Heimat imnmer wieder aufgewärmte — und scheinbar einzige — Argument einmal auf seine Richtigkeit hin zu überprüfen? Welche Zeitung, welcher Sender, die sich in der Lobhudelei und Hofberichterstattung fast überschlagen, hielt es denn für nötig, einmal die andere Seite, die der betroffenen Besetzer anzuhören? Parteilichkeit ist immer dann verpönt, wenn sie Stellung bezieht für die , die nicht das Sagen haben!
Hier nun aber haben wir uns ein Forum geschaffen, all diesen Lügen und Falschmeldungen entgegenzutreten **und sind gespannt darauf, wie die Medien dies aufnehmen und die als Lügner hingestellten Senatoren und Geschäftsführer reagieren.** Wir warten auf eine Antwort.
Beweisen wollen wir unsere Vorwürfe an der Geschichte der drei geräumten Häsuer in der Winterfeldtstraße. Besetzt wurden sie Februar/März 81, Eigentümerin ist die Neue Heimat. Geplant sind hier sogenannte „Modernisierungen gehobeneren mittleren Standards" nach dem Landesmodernisierungsprogramm; eilig freilich hatte es die Neue Heimat hiermit nicht. Eineinhalb Jahre fast standen die Häuser leer. Zeit genug, daß das, was noch intakt war, durch Witterungseinflüsse, sogenannte Antiquitätenjäger und Zerstörungstrupps für die geplante Modernisierung vorbereitet wurde. Dementsprechend sahen die Häuser bei der Besetzung aus. Wir wußten aber nicht nur, welch ein Wust von Arbeit auf uns zukommen würde, sondern uns war ebenso klar, daß diese Häuser zu den von der Neuen Heimat heißbegehrtesten Objekten gehörten. Denn die geplanten Modernisierungsarbeiten versprechen der Neuen Heimat enorme Profite. Nach dem Landsmodernisierungsprogramm sollten die Modernisierungskosten 70 % der Neubaukosten nicht überschreiten. Bewilligt sind jedoch 80 - 90 %, das sind über 6.6 Millionen DM.
Die Neue Heimat verhält sich in diesen Fällen wie ein kleines Kind: was sie hat, beachtet sie nicht; aber wehe, es kommt jemand, der das zuvor nicht Beachtete haben möchte. Dann macht sie ihre sogenannten Eigentumsrechte lautstark und wenn nötig mit Gewalt geltend.
Das altbekannte Spiel, daß bei besetzten Häusern die Planungen plötzlich in einem Eifer durchgezogen werden, den man der deutschen Bürokratie gar nicht zutraut, veranlaßte uns, am 3.7. eine Pressekonferenz abzuhalten. Wir hatten in Erfahrung gebracht, daß **vor der Besetzung weder eine Baugenehmigung noch eine Finanzierungsbewilligung vorlag,** die NH dies aber in der Zwischenzeit nachge-

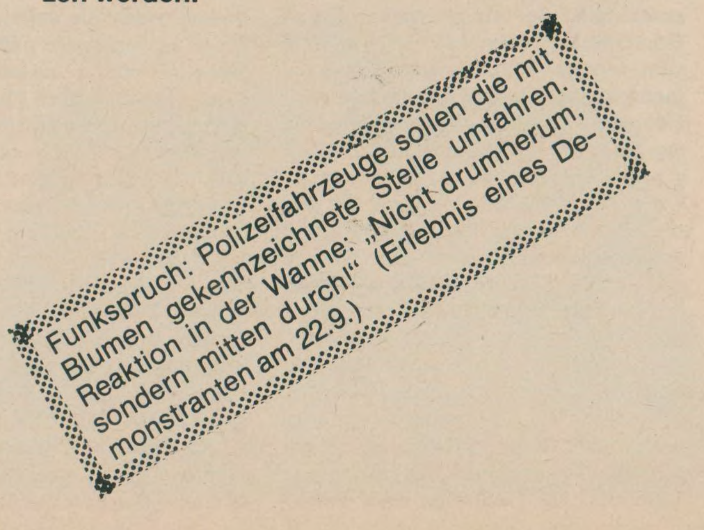
holt hatte. Deshalb erklärten wir auch:
„In aller Kürze stehen die Bauauftragsvergaben bevor, womit die Neue Heimat sich Sachzwänge schafft, die spätere Räumungen unumgänglich machen."
Wir wiesen auch auf unsere **Zusammenarbeit mit Architekten, Städte- und Landschaftsplanern** hin und daß wir an konkreten Instandsetzungshilfen für die Häuser wie auch an Alternativen zur Blockplanung arbeiten würden. Daß solche Pläne natürlich nicht in einer Woche auf dem Tisch liegen können, müßte gerade auch der Neuen Heimat bekannt sein. Um unsere Vorstellungen in Ruhe erarbeiten zu können, lautete eine unserer Hauptforderungen: „Aussetzung von Bauauftragsvergabe und Stop der Modernisierungspläne!"
Und tatsächlich schien es auch so, daß sich eine wie auch immer geartete Lösung abzeichnen würde. Mit zwei Briefen, die auf den 16./17. Juli datiert waren, teilte die Neue Heimat einmal allen besetzten NH-Häusern in Schöneberg mit, „daß eventuell eine Möglichkeit besteht, eine gemeinsame Lösung für sämtliche NH-Häuser zu suchen." Der zweite Brief war an die Besetzer der Häuser Winterfeldtstr. 20/22/24 gerichtet, in dem die Neue Heimat auf den „derzeitigen Planungsstand" hinwies und es begrüßen würde, mit uns ein Gespräch über die künftige Nutzung der Häuser zu führen. Nach einigen Diskussionen stimmten wir dem Gespräch zu und luden den Sanierungsbeauftragten der NH in Schöneberg, Herrn Schimmel, in den Info-Laden des Hauses Winterfeldtstr. 22 ein. Das Gespräch fand am 24.7. statt. Die NH hatte zu dieser Zeit eine Aussetzung der Strafanträge mit der Staatsanwaltschaft abgesprochen und Herr Schimmel tat immer noch so, als ob es eventuell eine Lösung für sämtliche NH-Häuser in Berlin geben könne. Aber wie immer in solchen Gesprächen: zu den zentralen Punkten und Fragen bekamen wir keine verbindlichen Antworten. Wir wiederholten nochmals unsere Bereitschaft, an weiteren Gesprächen teilzunehmen, erklärten aber auch hier — wie auch in einem Brief an die NH — daß politische und friedliche Lösungen solange schöne Worte bleiben müßten, als die NH nicht die Strafanträge zurückziehen und die Bauauftrgsvergabe stoppen würde. Mit dem Rücken an der Wand kann man keinen Dialog führen! Doch die NH war an keinen weiteren Gesprächen interessiert. Sie hüllte sich in Schweigen. Uns gegenüber jedenfalls. All die Gerüchte und vermeintlichen Angebote über ominöse Umsetzangebote — die ja letztendlich nichts anderes als freiwillige Räumungen beinhalten — erfuhren wir lediglich aus der Presse. **Wo waren denn die sogenannten Herren Lummer, v. Weizsäcker, Krämer, Lahmann & Co. mit ihrer vielbeschworenen Dialogbereitschaft?** Würden Sie jemandem glauben, er wolle sich ernsthaft und ehrlich mit Ihnen auseinandersetzen, der Ihnen seine Positionen über Presse, Hör- und Sehfunk mitteilt?
Auch die Hochschulgruppe der GEW (Paten der Besetzer der Häuser in der Winterfeldtstr. 20 und 22) machte ihre Erfahrungen mit der „Gesprächsbereitschaft" der Neuen Heimat. Auf zwei öffentliche Erklärungen bekamen sie von der NH keine Antwort. Auch die Forderung nach einem Gespräch, die vom Landesvorstand der GEW unterstützt wurde, beantwortete die Neue Heimat mit dem Satz: **„Wir müssen bauen, nicht diskutieren."** Eine ebenso klare Antwort erhielten Vertreter der ÖTV-Bezirksgruppe in einem Gespräch mit den Geschäftsführern der NH am 2. September: **Die NH sei nicht dafür da, gewerkschaftliche Wohnungsbaupolitik zu machen, son-**

dem sei ein an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiertes Wirtschaftsunternehmen. Auf die Frage, wie ernst es die NH mit den in der Öffentlichkeit kursierenden Gerüchten über sogenannte Umsetzangebote meine, stellten Lahmann und Krämer lapidar fest: Die NH wolle keine längerfristigen Verträge abschließen. Sie sei nicht daran interessiert, Instandsetzungen zu finanzieren, sondern wolle Modernisierungen durchführen. Dies gelte naütrlich auch für die als Umsetzangebote ausgewiesenen Häuser.

Spätestens hier muß jedem klar sein, was es mit diesen sogenannten „Angeboten" auf sich hat. Besetzer machen ihre Häuser für die geplante Modernisierung oder den Abriß frei, werden umgesetzt in Häuser, die zu dem Zeitpunkt nicht so lukrativ sind, um in einigen Jahren — nach Belieben der Eigentümer — auch hier dann herauszufliegen.

Aber nicht nur an diesen Punkten läßt sich die Unseriösität der „Angebote" aufzeigen. **Es wurde auch bewußt gelogen: Die der Öffentlichkeit präsentierten Umsetzwohnungen sind zum größten Teil vermietet bzw. besetzt.** Den fälschlichen Eindruck, hier stünden Wohnungen leer, gewann der Berliner Bausenator Rastemborski bei einem nachmittäglichen Spaziergang über die Hinterhöfe der besetzten Häuser im Bülowbogen. Zu einer Hinterhofbesichtigung der angeblich leerstehenden, in Wirklichkeit aber besetzten Häuser in der Schöneberger Blumenthalstraße reichte offenbar die knapp bemessene Zeit nicht mehr aus. Die Besetzer der betroffenen Häuser erfuhren all dies erst aus der Berliner Presse. Alle Versuche, die Öffentlichkeit über die wahren Sachverhalte aufzuklären, schlugen fehl. Stattdessen wiederholten die Verantwortlichen des Senats und der Neuen Heimat diese Lügen auch weiterhin.

Nicht genug, daß der Senat und die Neue Heimat erstunkene und erlogene Begründungen für die Räumungen heranziehen, wollen oder können sie nicht begreifen, daß wir unsere Häuser nicht freiwillig für die geplanten Modernisierungen und Abrisse hergeben. Wir wollen auch nicht für drei oder fünf Jahre in sogenannten Umsetzwohnungen unterkommen, um dann, nachdem wir diese Häuser instandgesetzt und uns dort eingelebt haben, auch dort wieder heraus zu müssen. **Uns geht es um den Erhalt von billigem Wohnraum, um eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik. Wenn der Senat und die „gesellschaftlich relevanten Kräfte" wirklich Lösungen aufzeigen wollen, dann darf nicht geräumt werden.** Wenn sie nicht genügend Druck auf Wohnungsbaugesellschaften und private Eigentümer ausüben können, daß diese ihre leerstehenden Wohnungen den 80.000 wohnungssuchenden Berlinern zur Verfügung stellen, **dann müssen sie anerkennen, daß eben diese Wohnungssuchenden in die leerstehenden Wohnungen gehen und diese instandbesetzen werden!**



Offener Brief der Besetzer der Knobelsdorffstraße 40/42

13.9.81 (vor der Räumungsdrohung)

An Herrn
Weizsäcker,
Regierender Bürgermeister von Berlin.

Herr Weizsäcker!
Wir rechnen damit, daß unsere Häuser in nächster Zeit geräumt werden sollen. Das ist schmerzlich für uns, da wir eine Räumung nur ohnmächtig über uns ergehen lassen können. Aber danach werden wir wieder am Zuge sein.
Vielleicht können wir Ihnen mit diesem Brief am besten begreiflich machen, was eine Räumung für Sie und für uns bedeuten würde. Die tieferen Gründe für die Besetzung unserer Häuser gehen oft unter in oberflächlichen Diskussionen über Wohnungspolitik. Wir leben hier zusammen in einer menschlichen Gemeinschaft. Hier können wir, viele zum ersten Mal, unseren eigenen menschlichen Grundbedürfnissen nach Geborgenheit und Liebe nachgehen, die uns Ihre Gesellschaft und unsere davon geprägten Eltern nicht geben konnten.
Überall in den Städten wächst die Vereinsamung und Verzweiflung der Menschen, gedeihen die Neurosen. Und das nur, weil Ihre Gesellschaft die Einsamkeit und die Neurosen der Menschen braucht, um weiter bestehen zu können. Aber mit dieser Unmenschlichkeit hat Ihr System in uns z. B. selbst Menschen geschaffen, die sich wieder daran erinnern, daß wir alle (oder?) zuerst Menschen sind – sehr lange, bevor wir etwas anderes, z. B. Deutscher oder Parteimitglied, sind. Und unser Menschsein ist das einzige, was uns wirklich verbindet, und Ihre unmenschliche Gesellschaft das einzige, was uns trennt. Das haben wir erkannt, deshalb wird es nach einer Räumung ein Zurück in den Ausgangszustand nie mehr geben. Denn das hieße für jeden einzelnen von uns: Zurück in sauteure und trostlose Einzimmerwohnungen, in Isolation und Neurose. Wir sind mit unserem Zusammenleben dem Sinn des Menschseins ein großes Stück näher gekommen. Das werden wir nicht mehr hergeben. Deshalb werden wir dranbleiben und wir werden zusammenbleiben. Und falls uns bald nur noch die Straße bleibt, werden wir sie voll ausnutzen, um immer wieder da aufzutauchen, wo es Ihnen am wenigsten paßt. Das ist keine Stein- und auch keine Bombendrohung, denn wir haben noch Phantasie, die Sie nicht haben. Deshalb können wir Ihnen in Ihrer Computer-und Paragraphenwelt nur unser Mitleid aussprechen – allerdings nur soviel, wie Sie selbst noch fähig sind, Mitleid zu empfinden (sollten Sie dabei ziemlich schlecht wegkommen, so ist uns das scheißegal).
Unser Handeln aus menschlichen Bedürfnissen heraus macht uns stark und läßt uns nie daran zweifeln, daß unser Weg der richtige ist. Und wir wissen, daß Ihre Gesellschaft schwach ist. Ihr Fundament besteht nur aus Geldscheinen und – wo die nichts mehr nützen – aus brutaler Gewalt. Deshalb werden wir schließlich siegen, auch wenn wir morgen unser Haus verlieren. Das alles sollte Ihnen vor einer Räumung klar sein.
In unseren Häusern führen wir ein zufriedenes Leben, und wir akzeptieren jeden und lassen jeden in Ruhe, der uns akzeptiert und in Ruhe läßt. Es ist auch sinnlos uns vorzuhalten, wir würden fremdes Eigentum besetzen. Häuser gehören den Menschen, die darin wohnen, und nicht irgendwelchen unsozialen Subjekten, für die menschliche Grundbedürfnisse nichts weiter als eine Profitquelle bedeuten.
Und wenn Menschen in ein leerstehendes Haus einziehen, ist das nur normal und natürlich – nach menschlichen Gesetzen; und das sind solche, die man nicht aufzuschreiben braucht, weil sie in jedem Menschen drin sind – auch wenn viele sie nicht mehr finden, weil sie vor Paragraphenpauken nie gelernt haben, in sich selbst hinein zu fragen. Trotzdem – sie sind drin!
Und da sind sie sehr viel mehr wert als ein paar tote Blätter bedruckten Papiers. Sie werden uns ein sehr viel spontaneres Handeln ermöglichen, als Sie und Ihre Gesellschaft es drauf haben. Je mehr Schläge Sie an uns verteilen lassen, desto mehr Grund werden Sie haben, sich zu fürchten.

respektlos
die Bewohner
der Häuser Knobelsdorffstraße 40/42

Welche Arbeits- und Lebenszusammenhänge, welche Konzeptionen und Ziele sind zerstört worden?

Beitrag der Knobelsdorffstr. 42

Durch die Räumung unseres Hauses am 22.9.81 ist die Arbeit an unserem Konzept mit einem Schlag hinfällig geworden. Unsere Vorstellungen sind damit aber nicht begraben! Unser offene Brief vom 13.9.81 beschreibt unsere Lebensvorstellungen, die wir in unserem Haus für uns entwickelt haben. Der Senat hat es durchsetzen können, den billigen Wohnraum, den wir instandbesetzt hatten, zu zerstören, aber er hat es nicht geschafft, unsere Gruppe und unsere Lebensvorstellungen zu vernichten.

Als wir am 8. Mai dieses Jahres das Haus besetzten, geschah dies aus wohnungspolitischen Gründen. Doch darüber hinaus haben wir im Laufe der Zeit Ideen für unser Zusammenleben entwickelt.

Für die meisten von uns ist es das erste Mal, mit Menschen zusammen zu leben, die politischähnlich gesinnt sind und gemeinsame Ziele haben. Es war das erste Mal, nicht weil wir vorher nicht das Bedürfnis danach hatten, sondern weil es in Berlin wie auch in den meisten Städten Westdeutschlands unmöglich ist, ausreichenden Wohnraum für Wohngemeinschaften zu bekommen.

Leben in einer menschlichen Gemeinschaft bedeutet für uns auch, daß wir versuchen, uns gegenseitig so zu akzeptieren, wie wir wirklich sind; versuchen, die Masken abzulegen, die man „draußen" braucht, um anerkannt zu werden.

Gerade die Diskussion im Haus, der Informationsaustausch über das, was politisch läuft, wofür sich die Menschen im Haus engagieren, schafft ein Klima, das motiviert weiterzumachen mit unserer politischen Arbeit, ob es gegen Lummer. NATO-Doppelbeschluß, AKWs oder Gewalt gegen Frauen geht. Außerdem regt es die Phantasie an, man /frau bekommt mehr Lust, etwas zu machen.

Vielleicht will die unheilige Allianz von Kapital--Bürokratie-Staatsmacht gerade das kaputtmachen?

Der Brief wurde in einer Zeit verfaßt, als wieder neue Räumungsgerüchte (Psychoterror) auftauchten.

Drei Tage später am 16.9.81 wurde uns das Ultimatum gestellt. Am 22.,9.81 wurde unser Haus in Kriegsspielmanier geräumt.

FOTO TAZ



Kleine Polemik über die Geschichte des Hauses Hermsdorfer Str. 4

1960 war das im Krieg ausgebombte und nach dem Krieg mit Steuergeldern wiederaufgebaute Haus Hermsdorfer Str. 4 wieder bezugsfertig. Fünf Jahre später wurde der Abriß des Hauses vorprogrammiert: das Grundstück und der ganze Block wurden als Gewerbegebiet ausgewiesen. 1966 begann die systematische Entmietung fast aller Häuser des Blocks. Ab 1970 schlug die Abrißkugel zu. Guterhaltene Wohnhäuser wurden zerstört, die Mieter in alle Winde zerstreut und in Betonsilos gepackt. Kein Skandal, sondern der Normalfall der Berliner Sanierungspolitik.

Das Haus Hermsdorfer Str. 4 sollte einem Parkplatz für die AEG weichen. Die Gewerbe-Siedlungs-Gesellschaft (GSG) als senatseigener Sanierungsträger bekam den Auftrag, das Haus bis Ende 81 „abzuräumen". Im Februar 80 erhielt sie die Entmietungsgenehmigung und begann mit ihrer unmenschlichen Umsetzarbeit.

Im Herbst erwachte das Interesse der Parlamentarier für das Haus: Ein CDUler im Abgeordnetenhaus erkundigte sich im Oktober beim Senat, warum das guterhaltene Wohnhaus abgerissen werden soll und im November beauftragte die Weddinger BVV das Bezirksamt, sich für den Erhalt des Hauses einzusetzen. Damals hieß es, das Haus solle nach Wohnungszusammenlegungen vorrangig an kinderreiche Familien weitervermietet werden. An sich kein schlechter Vorschlag, nur die folgenden Taten passen nicht zu den sozialen Worten!

Am 22.1.81 erteilte das Bezirksamt die Abrißgenehmigung. Eine Woche vorher hatte der Senat noch einmal klargestellt, daß das Wohnen im Haus unzumutbar sei, da Industrie und Gewerbe das Haus (zumindest in der Planung) umgrenzen. Aber anstatt solch eine nicht gerade menschenfreundliche Zusammenballung von Industrie und Gewerbe noch einmal zu überdenken, denkt der Senat nur an die Interessen der Industriellen und Gewerbetreibenden, denn für die wäre ein Wohnhaus im Gewerbegebiet ein Dorn im Auge. Sie müßten sich verstärkt um den Umweltschutz kümmern, und das kostet viel Geld. Damit schien alles gelaufen, doch die Besetzung am 24.1.81 schob dem erstmal einen Riegel vor: am 28.1.81 erklärte das Bezirksamt die Abrißgenehmigung für vorläufig unwirksam.

Am 31.7.81 erdreistet sich Bausenator Rastemborski zu behaupten, die Besetzer stünden einer wohnungswirtschaftlich sinnvollen Nutzung der Hermsdorferstr. 4 im Wege. Er verweist dabei auf den BVV-Beschluß vom November 80, der nach der Räumung in die Tat umgesetzt werden solle. Aber: von Wohnungszusammenlegungen ist nicht mehr die Rede, die kinderreichen Familien sollen sich in platzarmen Wohnungen tummeln. Nur der Abriß des Hauses ist weiter in Planung, nämlich dann, wenn sich ein gewerblicher Nutzer für das Grundstück gefunden hat.

Zwei Tage nach der Räumung wird plötzlich öffentlich, was schon lange bekannt, aber bewußt verschwiegen wurde: noch nicht mal die Finanzierung für die Renovierungsarbeiten ist gesichert. Aus der Verbitterung über den Verlust unseres Hauses und aus der Wut über die vielen Lügen und Heucheleien heraus wird uns immer klarer: Es geht ihnen nicht darum, „Wohnraum für kinderreiche Familien" zu schaffen, es geht ihnen darum, uns aus unserem Lebensbereich zu vertreiben, weil unsere Formen des Widerstands gegen ihre unmenschliche Wohnungs- und Sanierungspolitik ihre Lügen immer deutlicher werden läßt.

Die Räumung der Hermsdorfer Str.4

Die durch die Räumungsandrohung mobilisierte öffentliche Unterstützungs- und Sympathiebewegung ließ bei uns die Hoffnung aufkommen, doch noch eine Möglichkeit zu haben, die Räumung zu verhindern.
So waren bei uns ab Sonntag abend bis zu dreihundert Leuten im Haus. In dem abendlichen Plenum wurde die Räumung vorbereitet, um auf einen gemeinsamen Nenner im Verhalten bei der polizeilichen Aktion zu kommen. Tagsüber wurden die Arbeiten organisiert, die für eine so große Gruppe nötig sind (aufräumen, kochen, einkaufen etc.). Überall wurde geredet, Musik gemacht, man richtete sich ein. Montag abend spielte das Kabarett des Westens, was uns ein wenig half, den Grund, weswegen wir zusammen waren, zu vergessen, und uns Spaß und Freude brachte, trotz der andauernden Gerüchte über den tatsächlichen Räumungstermin. Diese Termine wurden bewußt von der Geheimpolizei (Zivis), Innensenat und anderen Dienststellen des Apparats in die instandbesetzten Häuser gestreut (Psychoterror).
Den ganzen Tag über war Hektik im Haus, so daß die meisten müde ins Bett fielen.
Am Dienstag morgen hatten wir gerade gefrühstückt, als das erste Gerücht kam — 2000 B... an der Philharmonie — kurz nach zehn Uhr kam der zweite Bote: In der Wiesenstr. und Liesenstr. stehen Wannen. Alles ging plötzlich sehr schnell, die Leute im Hof stürmten ins Haus, die Tür war gerade verschlossen, da waren die ersten B... auf dem Hof und bauten sich auf. Die Türen wurden mit Spießen gegeneinander verbarrikadiert. Zur gleichen Zeit konnte aus dem Fenster der kriegsmäßige Aufzug der B... beobachtet werden. Im Umkreis von ca. 500 Metern waren sämtliche Straßen abgesperrt (entweder mit spanischen Reitern oder mit Stacheldraht). Auf der Freifläche (wo auch mal gute alte Häuser standen), auf dem Hof und auf dem nebenliegenden Parkplatz standen B... in Kriegsausrüstung mit Hundestaffeln und Wannen und natürlich auch ein Knastbus. Nachdem uns fünfzehn Minuten Zeit gelassen wurde, versuchten sie, die Haustür zu öffnen. Sie benötigten etwa eine Stunde dafür.
Mit etwas mehr Intelligenz wären sie in fünf Minuten drin gewesen. Nun begann der Abtransport der einzelnen Leute. Insgesamt dauerte die Räumung ca. zehn Stunden. Einhundertacht Personen wurden am Ort polizeilich überprüft, fotografiert und dann zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgekarrt. Die letzten von uns kamen erst nach Mitternacht aus den Zellen heraus.
Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen alle 108 Personen wegen **Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung, Freiheitsberaubung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.**
Mit diesen Ermittlungsverfahren versucht der Staat uns und unsere Unterstützer abzuschrecken, zu isolieren und als Kriminelle abzuurteilen. Hieran wird uns auch wieder klar, daß eine konsequente politische Arbeit zwangsläufig mit Knast bestraft und unterdrückt wird.

Erklärung der Paten, Unterstützer und Solidaritätsgruppen vom 24.9.81

Instandbesetzung geht weiter und wir werden sie weiter unterstützen!

Am Dienstag, dem 22. September 1981, hat der CDU-Minderheitensenat den Bankrott seiner Politik erklärt. Er sah sich nach monatelangem Hinhalten und Drohen nur dazu in der Lage, acht instandbesetzte Häuser polizeilich räumen zu lassen. Mehr als das Mittel polizeilicher Gewalt, hinter dem er seine wohnungs- und jugendpolitische Konzeptionslosigkeit zu verbergen können meint, fiel ihm nach „hundert Tagen Weizsäcker" nicht ein.
Ernstgemeinte Verhandlungen mit Instandbesetzern fanden entgegen den Behauptungen des Senats nicht statt. Der Berliner Senat realisiert seine Politik hinter polizeilichem Schutzschild und mit polizeilichem Knüppel.

Die Folgen sind vor allem:
1. Am Nachmittag des Räumungstages, als der Innensenator sich in einem geräumten Haus als Westentaschen-Napoleon präsentierte, führte er dadurch fahrlässig und in Szene gesetzt zugleich eine Situation herbei, in der ein Mensch zu Tode kam. Dieser Tod geht zu Lasten des Berliner Senats insgesamt und des Innensenators Lummer insbesondere.
2. Die Räumung der Häuser hat eine politisch friedliche Lösung in weite Ferne gerückt. Das Katz- und Maus-Spiel der Gewalt ist vom Senat erneut eröffnet worden.
Einer der Verlierer hat bereits mit dem Leben bezahlt. Die Gewalt in Berlin und andernorts geht ohne Abstriche zu Lasten des Senats von Berlin.
3. Durch die Räumung der Häuser werden eine Fülle phantasievoller, vielversprechender wohnungspolitischer Ansätze als Ausdruck und Voraussetzung veränderter Formen des Zusammenlebens und Arbeitens vorsätzlich gefährdet oder von vornherein mit dem Gewaltschild zerdrückt. Die Besetzung von Häusern ist für die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen nur ein Ausdruck und zugleich ein Stück Selbsthilfe aus der Perspektivlosigkeit heraus, reale Eigentätigkeit in einer Gesellschaft, die für sie weder Raum noch Arbeit noch sonst irgendwelche sozialen Chancen übrig hat.
Die bisher praktizierte Sanierungspolitik bedeutet in diesem Zsuammenhang: Zerschlagen von sozialem Gefüge, von Arbeitsplätzen in Kleinbetrieben, von kulturellen Stützpunkten des sozialen Lebens. Sie bedeutet die Zerstörung des Grundrechts auf Wohnung, Arbeit und selbstgewählte Lebensperspektive.

Die Konsequenzen des CDU-schwarzen Dienstags werden für uns sein:
1. Wir, die wir die Sache der Instandbesetzer unterstützt haben und jetzt mehr als je zuvor unterstützen, müssen zu verhindern versuchen, daß der Senat seine Gewalttätigkeit den Jugendlichen in die Schuhe schiebt und hinterher so tut, als sei er selbst zu militanten Reaktionen um des Friedens und des Rechts willen gezwungen worden.
Der Senat war und ist der Gewalttäter Nummer eins! Er „warf den ersten Stein".
2. Wir wollen verhindern, daß die gerechte Sache der Instandbesetzer hinter einer vom Senat erzeugten Gewaltwolke verschwindet und in ihrem Schatten ad acta gelegt werden kann. Die Probleme, um deretwillen die Instandbesetzungen erforderlich waren, sind nicht gelöst worden. Instandbesetzung, von

uns unterstützt, geht darum weiter. Mit ihr der Kampf um eine Wohnungspolitk, die humanen Anforderungen entspricht. Hierzu gehört unabdingbar das Recht der Instandbesetzer auf Selbstbestimmung im Wohnbereich.

3.) Die militante staatliche Machtdemonstration hat zunächst jede Gesprächsmöglichkeit zerstört. Dies gilt insbesondere gegenüber dem Innensenator Lummer.

4.) Die SPD hat mit der Rücknahme ihres Mißtrauensantrags gegenüber den Senatoren Lummer und Rastemborski und der Mitwirkung an der außerparlamentarischen Showveranstaltung zur „Solidarität der Demokraten" gezeigt, daß sie gleichermaßen blind gegenüber der Verursachung der einseitig vom Senat verschuldeten Gewalt und ihrer eigenen Dialogunfähigkeit gegenüber Hausbesetzern und ihren Sympatisanten ist. Die Veranstaltung der Parteien soll nur dazu dienen, die staatliche Gewalt mit der biedermännischen Miene nach der eigenen Brandstiftung zu verdecken und die Dialogfähigkeit zum Schein zu demonstrieren. Darüber hinaus sollen die Paten und Hausbesetzer kriminalisiert werden. So gesehen ist diese staatstragende Veranstaltung eine erneute politische Provokation!



Foto Ralph Rieth

5.) Die gewerkschaftseigene Neuer Heimat und der DGB-Landesbezirksvorstand haben sich an den Ereignissen in den letzten Tagen ebenfalls schuldig gemacht, weil sie es abgelehnt haben, durch eine Rücknahme der Strafanträge die Räumungen zu verhindern.
Mit ihrem Vorgehen widersprach die Neue Heimat ihrer Erklärung vom 17.7.1981, „mit sämtlichen besetzten Häusern der Neuen Heimat Verhandlungen zu führen, um zu einer friedlichen Lösung für unseren Teil zu gelangen."
Statt diese friedliche Lösung herbeizuführen, hat der DGB-Landesbezirksvorstand alles unterlassen, die Räumungsabsichten Lummers zu verhindern. Im Gegenteil wurde durch die mit keiner Einzelgewerkschaft abgesprochene gemeinsame Erklärung von DBG, DAG und Arbeitgeberverbänden das Vorgehen des CDU-Senats und der Berliner Polizei öffentlich gebilligt.
Die Paten — und insbesondere die Gewerkschafter unter den Paten— werden sich weiterhin, und zwar verstärkt, um eine innergewerkschaftliche und öffentliche Diskussion bemühen, um die Neue Heimat und den DGB-Landesbezirksvorstand zu einer Wende in der bisherigen Wohnungspolitik zu bewegen.

Die Paten und Solidaritätsgruppen fordern:

1. Räumungsstopp
2. Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die besetzten und leeren Häuser im Rahmen einer neuen Wohnungspolitik;
3. Lückenlose Offenlegung und Berichterstattung über die Polizeieinsätze und ihre Folgen, Räumungen, Festnahmen und eingeleitete Strafverfahren;
4. Einstellung aller Strafverfahren und aller Strafanträge, die ihre Ursache in der Wohnungsnot und den Instandbesetzungen haben;
5. Rücktritt des Innensenators Lummer.

Diese Erklärung wurde auf einer Vollversammlung am 24.9.1981 von 120 Personen als Vertreter von 64 Paten—, Solidaritäts— und Unterstützergruppen aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Hochschulen, Wissenschaft, Kultur und Selbständigen verabschiedet.

Presseerklärung der Paten und Unterstützergruppen zur Politik des Berliner Senats

Die letzten Wochen vor der Ankündigung der Räumung von besetzten Häusern bis zur tatsächlichen Räumung am 22. September 1981 waren von Seiten des Senats nicht durch offenen Gespräche und ehrliches Bemühen um eine sinnvolle Lösung der drängenden Probleme gekennzeichnet, sondern durch das Beharren auf Macht- und Rechtspositionen, die durch bloße Scheinangebote an die Instandbesetzer abgesichert werden sollen.
Die Folge dieses Verhaltens hat nach den Räumungsaktionen der letzten Woche die Stadt in größte Unruhe gestürzt und einen kaum überbrückbaren Graben aufgerissen. Auch das 'Angebot' des Senats an die Hausbesetzer und ihre Unterstützer hat nach unserer Überzeugung nur den Zweck, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und weitere Räumungen vorzubereiten. Dabei umgeht der Senat wiederum die Notwendigkeit, eine Gesamtlösung für alle besetzten Häuser zu finden. Unsere Kritik im einzelnen:

1.) Den Besetzern selbst werden keine Verhandlungen angeboten, im Gegenteil: es werden neue Räumungen und Hauszerstörungen vollzogen und angedroht. Der Senat macht zwar allgemeine 'Angebote', um der

Öffentlichkeit Aktivitäten und 'guten Willen' vorzutäuschen, aber diese Angebote werden nicht an die Besetzer selbst gerichtet, sondern nur über die Presse bekannt gegeben. Sie sind somit auch nicht weiter nachprüfbar. Auf der Grundlage schwammiger Absichtserklärungen, weiterer Polizeieinsätze und Drohungen kann aber nicht miteinander gesprochen werden.

2.) Den Besetzern von 150 Häusern werden keine Bleibeangebote, sondern lediglich Umsetzangebote in 10 Häuser gemacht, wobei es sich teilweise um normal vermietete, teilweise um stark demolierte und zum Abriß bestimmte Häuser handelt. Zum Teil ist auch unklar, auf welche Häuser sich dieses 'Angebot' überhaupt bezieht. In der Öffentlichkeit schlägt der Senat die Kirche als Träger für die 10 Häuser vor, ohne daß mit der Kirche überhaupt verhandelt wurde.

3.) Die 10 Häuser werden gleichzeitig allen Wohnungssuchenden Berlins angeboten — es haben sich daraufhin schon zahlreiche Interessenten an den Bausenator gewandt. Dies und der Tatbestand, daß auch bereits vermietete Wohnungen in das 'Angebot' einbezogen sind, läßt befürchten, daß Konkurrenz und Konflikte zwischen Mietern und Besetzern geschürt werden sollen.

4.) Darüberhinaus bietet der Senat für 5 Häuser der BeWoGe und für 3 landeseigene Häuser Nutzungsverträge an. Diese Angebote sind freilich äußerst fragwürdig: zwei der landeseigenen Häuser sind schon an andere Nutzer vergeben (Admiralstr. 15 und 17 — Nutzungsvertrag mit Kiezwerk e. V. bzw. Martinswerk). Der Nutzungsvertrag für das besetzte Haus in der Boeckhstr. 8 soll nur bis zum Abriß des Hauses für einen Schulbau gelten. Die von der BeWoGe angebotenen Nutzungsverträge mit Besetzern von 5 Häusern in Kreuzberg wären dann ein richtiger Ansatz, wenn die Verträge nicht zeitlich befristet wären. Diese Befristung erzeugt Unsicherheit und hemmt entscheidend die Bereitschaft zum Ausbau der Häuser in Selbsthilfe.
Darüberhinaus betonen wir:
Solche Vertragsangebote müssen ein Teil eines Gesamtkonzeptes für alle Häuser sein.

5.) Es fehlen Angebote für Besetzergruppen, die durch die jüngsten Räumungsaktionen wohnungslos geworden sind und mit erheblichem Aufwand begonnen hatten, die von ihnen besetzten Häuser bewohnbar zu machen.

6.) Schließlich machen wir zum wiederholten Male darauf aufmerksam: Das 'Angebot' des Senats geht mit keinem Wort auf die wohnungspolitischen Forderungen der Instandbesetzer ein:
Verhinderung überteuerter Modernisierungen, Schluß mit der Verschleuderung von Steuergeldern, Erhaltung billigen Wohnraums für sich und die Bewohner der Stadt.

Interview mit Bodo Thomas (SPD)

Dem ERMITTLUNGSAUSCHUSS sind hunderte von Personen bekannt, die bei polizeilichen Übergriffen z.T. so verprügelt wurden, daß sie auf der Intensivstation behandelt werden mußten. Immer wieder haben zivile Greiftrupps und uniformierte B. wahllos Leute zusammengeschlagen und dabei auch wiederholt für jedermann sichtbar mit Steinen auf Personen geworfen. Der ERMITTLUNGSAUSCHUSS hat den Verletzten immer wieder geraten, Strafanzeige zu erstatten, obwohl die Sache kaum Aussicht auf Erfolg hat. Es ist kein einziger Fall bekannt geworden, wo ein B. verurteilt oder auch „nur" angeklagt worden wäre. Im Gegenteil, wenn überhaupt Ermittlungen eingeleitet wurden, so wurden die Verfahren nach kurzer Zeit wieder eingestellt. — Kein Wunder, wer könnte einen „grünen" B. auch identifizieren? Darüber hinaus ist auch schon Leuten, die festgenommen wurden und dabei Strafanzeige wegen solcher Verletzungen, die sie bei der Festnahme erlitten hatten, erstatten wollten, ganz offen angedroht worden, sie bekämen sofort eine Gegenanzeige, wenn sie auf ihrer Anzeige bestünden.

Es gibt ohnehin kein staatliches Interesse, gegen die nach „Wild-West"-Manier vorgehenden B. zu ermitteln. Dazu hier einige Ausführungen von Bodo Thomas — Mitglied der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses —, die er in einem Interview machte. Bodo Thomas gehört zum rechten Flügel der Partei und hat nach eigenen Angaben 10 Jahre für die Belange der Polizei in der Öffentlichkeit geworben (Auszug aus Tonbandprotokoll, soweit B.Th., wörtlich): „Ich habe selber gesehen, wie die Polizisten, die vor dem Hause Bülowstr.89 postiert waren, Steine geworfen haben. Was mich am meisten bestürzt, ist die Tatsache, daß alle, mit denen ich gesprochen habe, Vertreter der Polizei, Vertreter des Senators des Inneren, diese Fälle gar nicht abgestritten haben, es wurde einfach gesagt, es ist doch wohl verständlich, die Männer sind überreizt, das müsse man halt in Kauf nehmen." (...)

Frage: Herr Birkenbeul, der Pressesprecher des Innensenators hat mal gesagt, sie werfen die Steine ja nur zurück und buddeln sie jedenfalls nicht aus (...), ist denn da kein Verfolgungsinteresse erkennbar ?

B. Thomas:„ Das ist ja gerade das, was mich da so bestürzt hat, daß man mir klarmachte, man darf einen Polizisten in diesem komplizierten Einsatzsystem nicht mit einer zu starren Elle messen, sondern man müsse einfach begreifen, daß aus der Natur der Sache Übergriffe erfolgen. Wer der Meinung ist, daß dies, sagen wir mal Schuldausschließungsgrund wäre, oder daß den Beamten in der Rage des Gefechts das Gefühl der Rechtswidrigkeit fehlt, der kann doch gar nicht auf die absurde Idee kommen , daß der sich strafrechtlich zu verantworten habe (...) Wer also meint, das polizeiliche Vorgehen in dieser Weise erklären zu müssen, der gibt damit zu erkennen, daß er nicht die Notwendigkeit einer strafrechtlichen Verfolgung dieser Beamten sieht. Und ich würde sagen, schwerer Landfriedensbruch, das ginge ja fast noch, Körperverletzung im Amt halte ich für fast noch schlimmer und das ist meiner Auffassung nach am laufenden Band passiert... Und an der Stelle wird es nun wirklich problematisch für unseren Staat. Wenn man sich zum staatlichen Gewaltmonopol bekennt, doch nicht etwa deshalb,

weil man sagt, irgendeiner muß es haben, sondern das staatliche Gewaltmonopol läßt sich nur dadurch rechtfertigen, daß man sagt, der Staat ist der einzige oder ist die einzige Institution, wo gewährleistet ist, daß Gewalt rechtmäßig und ohne Willkür angewendet wird. In dem Moment, wo der Staat Gewalt unrechtmäßig und willkürlich anwendet, ist damit die moralische Voraussetzung für das staatliche Gewaltmonopol weggefallen. In dem Moment, wo der Staat unrechtmäßig und willkürlich handelt, gerade bei der Gewaltanwendung, wird der Staat zu einer ganz normalen Bürgerkriegspartei und verliert im Grunde genommen die neutrale Position über den anderen Parteien, d.h. also mit solchen Polizeieinsätzen wird nicht nur die Frage der Rechtsstaatlichkeit berührt, sondern die Legitimation der bestehenden staatlichen Ordnung überhaupt.
Wenn man als Abgeordneter Repräsentant dieses Staates ist, da kann einem natürlich bei solchen Dingen angst und bange werden, weil dies durchaus ein staatlicher Beitrag ist zum Abgehen von einer friedlichen Ordnung in unserem Staat zu einem auch vom Staat selbst geförderten Bürgerkrieg."

Foto Ali Poczewsky




P
LUMMERs
ERSTER SCHRITT
zur
Endlösung

Nachbemerkung

oder der Versuch eine Zwischenbilanz zu ziehen:

Auf dem nebenstehenden Bild ist von „Lummers erstem Schritt zur Endlösung" die Rede. Der vorliegende Text dokumentiert die ultimativ angesetzte Räumung von acht besetzten Häusern und den Tod von Klaus-Jürgen Rattay, ein vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzungen, auf den weiter unten im einzelnen noch einzugehen sein wird

Der spektakuläre Beginn der Auseinandersetzungen datiert vom 12.12.80. Seinerzeit hat sich recht spontan der ERMITTLUNGSAUSSCHUSS gegründet, wobei recht bald aus unserer unmittelbaren Betroffenheit eine Dokumentation entstand, wobei vieles improvisiert werden mußte. Inzwischen hat sich vieles verändert. Wir sind jetzt fester eingerichtet, haben im Mehringhof unseren eigenen Raum und sind täglich (20-22 Uhr) erreichbar.

Unsere wichtigste Aufgabe sehen wir weiterhin darin, die Leute zu unterstützen, die wegen ihres berechtigten Kampfes gegen die Wohnungsspekulation mit Strafverfahren überzogen werden. Dazu einige Zahlen: Im Zusammenhang mit den Vorfällen am 12.12.80 gab es 58 Festnahmen, wobei 27 Haftbefehle ausgestellt wurden. Bei den Leuten, die einen Haftbefehl hatten, gab es im Strafverfahren 2 Einstellungen, 23 Urteile sind ergangen, die zum größten Teil noch nicht rechtskräftig sind. Die Urteile reichen von Einstellung gegen Geldbuße bis zur Verhängung von 2,5 Jahren Haft, eine Strafhöhe, die sich wohl nur durch die zum großen Teile reaktionäre deutsche Justiz erklären läßt (Im Ausland gibt es für vergleichbare Fälle 2-6 Monate auf Bewährung). Es gab auch 12 Freisprüche (fast 50%) der Verfahren. Insgesamt verzeichneten wir bis Anfang November 81 84 Prozesse gegen 96 Personen. Davon wurden 8 Verfahren eingestellt und in 33 Fällen erging Freispruch. 6 Verfahren wurden bereits in der 2. Instanz verhandelt. Dabei kamm 3x dasselbe raus wie vorher, 1x gab es weniger, 2x mehr.

Die Gesamtzahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren dürfte an die 5000 betragen. Wir erwarten in ca 300-500 Fällen Anklageerhebung.

Bisher haben wir bei den Verfahren in der ersten Instanz in einem Viertel der Fälle die Kosten übernommen, die jeweils 1000-1500 DM betrugen. In näherer Zukunft werden wir wohl an die 160 000 DM allein an Prozeßkosten zu übernehmen haben. Deshalb benötigen wir auch dringend weitere Spenden.

Eine weitere Aufgabe sehen wir darin, die Öffentlichkeit über das Verhalten der Berliner Polizei zu unterrichten.

Es sei daran erinnert, daß im Dezember 1980 ein Mannschaftswagen der Polizei einem jungen Mann an einem betonierten Blumenkübel die Beine zerquetschte. Im April 81 warfen wir auf einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Räumungsaktion am Fränkelufer die Frage auf, „wer eigentlich ermittelt in Berlin gegen diejenigen Polizisten, die im Schutze der Nacht und in Hinterhöfen Leute ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit zusammenschlagen?" und stellten fest, „wir befürchten, daß die Fortsetzung dieser Polizeistrategie demnächst auch zu Todesopfern führen wird."

Im Mai 81 befand sich ein junger Mann infolge eines Knüppeleinsatzes der Polizei in akuter Lebensgefahr auf der Intensivsta-

tion. Am 22.9.81 war es dann soweit. Klaus-Jürgen Rattay verlor sein Leben.
Ein Interesse, die B. strafrechtlich zu verfolgen, gibt es nicht, das Gegenteil trifft zu (vergl. Interv.m. B. Th.). Im Todesfall ermittelt die Staatsanwaltschaft schon 5 Wochen ohne ein Ergebnis vorlegen zu können oder zu wollen. Die politische Führung beteuert wie üblich ihre Unschuld.
Vielerorts wird behauptet, es handele sich um einen Verkehrsunfall oder es sei die Folge der in provokatorischer Absicht in einem gerade geräumten Haus abgehaltenen Pressekonferenz durch Innensenator Lummer.
Eine Pressekonferenz zu dieser Zeit an diesem Ort ist wohl als „strafverschärfend" zu bezeichnen. Viel schlimmer ist aber, daß es jeden von uns jederzeit hätte treffen können und auch weiterhin kann.
Dies ergibt sich aus folgenden Überlegungen: Erstens will in Berlin keine der etablierten Parteien den Wohnungs- Subventions-Spekulanten-Profit-Skandal / Dschungel ernsthaft beenden. Stattdessen läßt man lieber die Leute, die sich zu Recht gegen diese Zustände wehren, ungeheuer verprügeln, einknasten und geht sogar soweit, ins politische Kalkül Tote miteinzubeziehen.
Zweitens darf man nicht vergessen, daß die Berliner Polizei die Funktion einer Bürgerkriegsarmee hat, die sie derzeit nach besten Kräften ausfüllt (u.a. deshalb wird sie zur Zeit auch dauernd für ihre „Besonnenheit" von den Politikern gelobt).
Als besonders verschärfend kommt die Person des derzeitigen Innensenators Lummer hinzu. Einmal sind seine reaktionären Äußerungen in der Vergangenheit hinlänglich bekannt. Zum anderen denkt dieser Mann öffentlich darüber nach, wie er die Instandbesetzerbewegung zerschlagen kann. (Etwa so nach dem Motto: 3-4 mal eine große Räumung und die Szene ist frustiert). Insoweit kann es auch nicht überraschen, daß Lummer in den Zusammenhang mit dem Begriff „Endlösung" gebracht wird.
Dieser Mann denkt in Kategorien wie zerschlagen, aufräumen, für Ruhe und Ordnung sorgen. Als Senator für Inneres hat H. Lummer den Machtapparat unter seiner Kontrolle, um in Westberlin „Friedhofsruhe" herzustellen.

Wie danken allen denen, die uns bei der Herstellung der Dokumentation geholfen haben, insbesondere den Mitarbeitern der TAZ. Wir bitten um Entschuldigung, falls uns hinsichtlich der Urheber der Bilder ein Irrtum unterlaufen sein sollte.



161

JIM BEAM
STRAIGHT BOURBON
WHISKEY

Jawoll!!

Lummer ätsch!

Besetzt

r:182 von
J.R.